

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis pränumerando:
Wochenschrift 3.00 M., monatlich 1.10 M.,
wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.
Vernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonntabend, den 16. August 1902.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.
Vernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die Infections-Gefahr
beträgt für die sechsgepalte Kolonelle
alle oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereinsk-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
(nur das erste Wort frei). Inzerate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
und Festtagen bis 4 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Das Wahlverfahren
bei den preussischen Landtagswahlen.

II.)

Die freisinnige Presse hat unsere Ausführungen „Zur Technik der
preussischen Wahlen“ („Vorwärts“ Nr. 181) sehr wohl aufgenommen.
Die „Freisinnige Zeitung“ und mit ihr ein Teil der Provinzpresse
haben ihn ohne Zusatz wiedergegeben. Die „Berliner Zeitung“
findet die Verlegenheitsphrasen: „Uns könnte es nur recht sein,
wenn das „elendeste“ aller Wahlsysteme auf diese Weise durch
seine eignen Bestimmungen ad absurdum geführt würde.“

Nur die „Vollzeitung“ und die „Dresdener Morgenzeitung“
äußern sich wenigstens nicht unfreundlich; dagegen hält das „Berliner
Tageblatt“ (Nr. 403) den socialdemokratischen Plan für „nicht un-
gefährlich“, verpflichtet sich nur geringen Erfolg davon und
tröstet sich mit dem Gedanken, daß die Konservativen und das
Centrum immer mehr „zum willenlosen Werkzeug in der Hand einer
starken Regierung“ herabsinken!! Diese Haltung ist leicht ver-
ständlich, wenn man sich klar macht, daß der preussische Freisinn,
männliche und weibliche Linie, durch die geplante Art unsrer Wahl-
betätigung vor eine erste für längere Zeit maßgebende Entscheidung
gestellt wird. Gewehr bei Fuß dürfen beide Parteien nicht zusehen
sind sie doch an den von uns als schwierig bezeichneten 115 Man-
daten zum Teil mit 22 (resp. 7) Mandaten beteiligt, das heißt bei
einer Abgeordnetenzahl von 25 (resp. 11) mit 88 Proz. (resp.
64 Proz.) ihres Besitztandes. Schon 1898 vermochten sie Breslau
nur mit Hilfe der Socialdemokraten zu halten; in Königs-
berg mußten sie eins der drei Mandate den National-
liberalen lassen. Da bei den Wahlen 1903 die Socialdemokraten
überall dort, wo mehrere Abgeordnete zu wählen sind und die Frei-
sinnigen erst mit den Socialdemokraten zusammen die absolute
Majorität der Wähler erreichen, auf der Wahl eines social-
demokratischen Abgeordneten und zwar im ersten Wahlgang bestehen
werden, müssen sich die Freisinnigen entscheiden, ob sie durch Wahl-
bündnisse mit andern Parteien, die für sie nicht ohne Verluste ab-
geschloffen werden können, die Trümmer ihrer Partei nunmehr als
dauernden Bestandteil der „einen reaktionären Masse“ retten
wollen, oder ob sie als wirkliche Liberale die Socialdemo-
kratie auch in Preußen als ebenbürtige Partei betrachten und
als kleineres Hebel wählen wollen. In diesem Falle würden sie
zwar auch einen Teil ihrer bisherigen Mandate — und zwar an die
Socialdemokratie — übergeben sehen, aber diese Verluste würden
durch Erwerbungen bedeutend überholt werden. Zudem würde der
Einzug der Socialdemokratie in den Landtag an sich die oppositionelle
Stellung auch der Liberalen stärken. Nun mag es wohl sein,
daß die einsichtigeren Führer der Liberalen lieber die zweite Mög-
lichkeit zur Wirksamkeit werden sehen wollen; aber es fragt sich,
ob die Masse der liberalen Wähler noch für diese Taktik zu haben
ist. Haben wir doch selbst bei den geheimen Reichstagswahlen die
Liberalen in der Stichwahl die Reaktion gegenüber der Social-
demokratie zum Siege führen sehen. Was ist da von den mutigen
Spießbürgern bei der öffentlichen Landtagswahl zu erwarten? Ist
es der erste Wille der Liberalen, mit der Reaktion in Preußen
aufzuräumen und mit Hilfe der Socialdemokratie zunächst das Wahl-
system zu zerbrechen, so müssen sie schon heute, ohne eine Minute zu
verloren, Klärung darüber in den Köpfen ihrer Leute zu schaffen
suchen. Ob nach allem Vorangegangenen eine solche Taktik den
Liberalen noch möglich ist, wie weit sie bereits auf der schiefen
Ebene heruntergeglitten sind, an deren Ende zum Beispiel
die sächsischen „Fortschrittler“ längst angelangt sind, läßt
sich zur Zeit nicht mit Sicherheit sagen; die endgültige Entscheidung
dafür in einem oder dem andern Sinn durch die nächsten Landtags-
Wahlen ist an sich schon eine Entschädigung für die Beteiligung
der Socialdemokratie.

Es ist selbstverständlich, daß man sich bei dieser Sachlage in
freisinnigen Kreisen an alle möglichen Strohhalme klammert. Auch in
unsern Parteikreisen hat man wohl gesagt, daß die socialdemokratischen
Wahlmänner sich in einer ähstlen Zwangslage befinden würden —
denn bewußtlich die Freisinnigen ihre Forderungen nicht,
so mühten sie doch wohl oder äbel für die Frei-
sinnigen als das kleinere Übel stimmen. Die Frei-
sinnigen berufen sich nun gern auf derartige Auslegungen.
Es ist deshalb wünschenswert zu betonen, daß wir diese Zwangslage
nicht erkennen. Nehmen die Freisinnigen unsere Forderung ab, so
mögen unsere Genossen ruhig in jedem Wahlgang für ihren eignen
Kandidaten stimmen, die Freisinnigen ihrem Schicksal überlassend.
Der Freisinn ist bisher nicht auf voller Energie gegen das Drei-
klassenwahlssystem aufgetreten, weil er in den größeren Städten
immer noch eine wenn auch kleine, so doch sichere Anzahl von Ab-
geordneten durchzusetzen vermochte. Wird ihm dieser Boden unterhölet,
so dürften vielleicht auch die Freisinnigen gegen das preussische Wahl-
recht energischer auftreten. Dazu kommt, daß die Masse dieses Wahl-
systems unsern Genossen erlauben, den Freisinnigen eine recht lange
Bedenkzeit zu geben. Zum Beweis wollen wir mit den Urwahl-
ergebnissen in Breslau von 1898 rechnen. Dort, wo drei Abgeordnete
zu wählen sind, hatten die vereinigten Konservativen, Centrum zc.
647 Wahlmänner, die Freisinnigen 585, die Socialdemokraten 91 Wahl-
männer; die absolute Majorität betrug also 642 Stimmen.**) 1898
wurden sämtliche drei freisinnigen Kandidaten in je einem Wahl-
gang gewählt, da unsere Genossen sogleich für sie gegen die

Konservativen stimmten. Nehmen wir an: 1903 hätten die Ur-
wahlen das gleiche Ergebnis, die Freisinnigen aber verweigerten die
Abtretung eines Abgeordneten-Mandats an die Socialdemokraten.
Dann ist folgende Taktik möglich.

Von den 91 socialdemokratischen Wahlmännern wählen 81 von
vorneherein den eigentlichen socialdemokratischen Kandidaten; die
zehn übrigen verteilen nach vorherigem festgestellten Plan ihre
Stimmen zu je zwei auf fünf weitere Socialdemokraten. Der
Erfolg wäre der: Da absolute Majorität weder von den Kon-
servativen noch von den Freisinnigen zu erreichen ist, kommt es
zu einem weiteren Wahlgang, wobei wieder alle acht Kandidaten im
Felde stehen; dann muß der Wahlkommissar auflösen, welcher von
den Socialdemokraten mit je 2 Stimmen auszuscheiden hat; es folgt
ein Wahlgang mit 7 Kandidaten usw. bis endlich der achte Wahl-
gang die Entscheidung bringt — falls der Tag ausreicht. Bei diesem
achten Wahlgang haben es unsere Genossen immer noch in der Hand,
wenn sie wollen, den Freisinnigen zu wählen. Praktischer ist es, ihn
durchfallen zu lassen. Dann beginnt bei dem zweiten Kandidaten genau
das gleiche Spiel — die Freisinnigen sind in der Zwangslage,
jezt den Socialdemokraten zu wählen, um wenigstens den dritten Frei-
sinnigen bei der dritten Wahl mit socialdemokratischer Hilfe durchzu-
setzen. Sehen sie, daß es den Socialdemokraten ernst ist, so werden
sie freilich schon bei der ersten Wahl nach so und so viel Wahlgängen
den Socialdemokraten wählen, um zwei freisinnige Mandate zu
ernten.

Freilich bleibt ihnen ein anderer Ausweg, nämlich mit den Kon-
servativen ein Wahlbündnis zu schließen; aber abgesehen davon, daß
hierdurch die Entscheidung über die reaktionäre Haltung der Liberalen
in glänzendster Weise — nicht nur durch die Masse ihrer Wähler,
sondern durch ihre auserlesenen Wahlmänner — gefallen wäre,
werden auch die Konservativen sehr wenig entgegenkommend sein.
Sie werden sich kaum zur Hergabe eines Mandats an die Frei-
sinnigen bequemen, da sie ja bei starrem Festhalten der Social-
demokraten auf alle drei Mandate rechnen können. Die social-
demokratischen Wahlmänner werden im allgemeinen arme Teufel
sein, die nicht so leicht noch einen zweiten Tag opfern werden — an
einem ist ja bei dieser Taktik eine Beendigung der Wahl absolut un-
möglich; bleiben sie aber am zweiten Tage der Wahl fern, so haben
die Konservativen aus eigener Kraft die Majorität.

Die hier geschilderten Verhältnisse können in einer ganzen Reihe
von Kreisen eintreten. Etwas günstiger würden die Freisinnigen
dort stehen, wo sie zwar auch erst mit den Socialdemokraten
zusammen absolute Majorität, aber doch wenigstens die größte
Stimmengahl von allen Parteien haben. Inmehrin läßt sich auch
hier die oben geschilderte Taktik verwenden: durch die endlose Ver-
zögerung der Wahlhandlung werden vielleicht auch hier die Frei-
sinnigen zum Entgegenkommen zu zwingen sein; mindestens wird
auch auf diese Weise die Unmöglichkeit des Wahlverfahrens klargelegt.
Wir sind mit den heutigen Ausführungen über die Grenze
hinausgegangen, die wir uns selbst gesteckt — wir haben von der
materiellen Taktik unser Wahlmänner gesprochen, die endgültig
erst festgestellt werden kann, wenn die Ergebnisse der Urwahlen vor-
liegen werden. Wir glauben diese Ausnahmen machen
zu sollen, weil die Liberalen schon heute erfahren müssen,
daß sie als Wahlmänner nur solche Leute ausstellen
dürfen, die gegebenen Falls für einen Socialdemokraten stimmen
können und wollen. Die beliebte Ausrede „unsre Wahlmänner können
nicht für einen Socialdemokraten stimmen, wir haben Lehrer zc.
unter ihnen“ kann nicht früh genug abgeschnitten werden. Schon
aus der Aufnahme unserer Forderung, bei der Aufstellung der
Wahlmänner auch auf die Möglichkeit der Wahl eines Social-
demokraten bedacht zu sein, werden sich Schlüsse auf die Stellung-
nahme der Liberalen ergeben.

Freilich kann — und eine Reihe von Blättern stellt bereits die
nachdrückliche Forderung, die Regierung den bedrohten Parteien da-
durch ein wenig zu Hilfe kommen, daß sie einzelne Eigentümlichkeiten
der Wahlen durch einfache Abänderung des Reglements durch den
Minister beseitigt. Es sind das die Befugnisse sowohl der Wahl-
männer, wie der Urwähler den Namen ihrer Erwählten selbst in das
Protokoll einzutragen und die Unständigkeit der Stichwahl bei den
Abgeordnetenwahlen. Für unser Verhalten gegenüber dem Freisinn
läme beides nur in den Wahlkreisen in Betracht, wo der Freisinn
bei den Urwahlen, wenn auch nicht die absolute Majorität so doch
die größte Stimmengahl erhält; das wird eventuell bei
den Stichwahlen in den Urwahlbezirken von Berlin zu
beachtlichen sein. Auf alle Fälle wäre es ein erster bescheidener
Erfolg des Wahlbeteiligungs-Beschlusses, wenn die Regierung, die
bei Besprechung des Antrages Barth im Abgeordnetenhaus über-
haupt nicht vertreten war, sich zu irgend einer Aenderung des Wahl-
verfahrens gezwungen sähe. Viel wichtiger aber ist es, daß die Re-
gierung bei näherem Zusehen erkennen wird, daß ihr ohne Aende-
rungen, die über das Reglement hinausgehen, die von uns
versprochene Blamage nicht erspart bleiben kann. Also entweder
eine gründliche Blamage oder Abänderung der gesetzlichen
Grundlagen des Wahlsystems — allermindestens durch Teilung der
großen Wahlkreise. Während der Beratung eines eventuellen Ge-
setzentwurfes in der nächsten Session des Abgeordnetenhauses können
wir weiter hierüber sprechen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. August.

Wie man zu Amt und Würden kommt!

In Hannover hatte sich vor einigen Jahren eine „Kon-
servative Vereinigung“ gebildet, welche sich die Aufgabe
gestellt hat, den daselbst unbekanntem sselbischen Feudalkonservatismus
einzuführen. So sehr diese Absicht mißlungen ist, so haben doch die-

jenigen Persönlichkeiten, die an dem edlen Werke mitwirkten, sich
nicht ohne Lohn bemüht. Das „V. Z.“ veröffentlicht nachfolgende
interessante Zusammenstellung:

- 1. Rittergutsbesitzer Karl v. Allen in Linden, welcher
20000 Mark für die konservative Vereinigung
geopfert hatte und vor dem Jahre 1888 in der hannoverschen
Armee Sekondeleutnant gewesen war, wurde im Verlaufe von
2 1/2 Jahren Rittmeister à la suite des Königsdänen-Regi-
ments, königlicher Kammerherr, Major und Graf.
2. Freiherr v. Marenholz in Groß-Schwülper, welcher
3000 M. auf den Altar der konservativen Vereinigung nieder-
gelegt hat und entschiedener Kanalgegner ist, wurde
zum königlichen Kammerherrn ernannt.
3. Der Graf zu Jun- und Ruyphausen, der 8000 M.
geopfert, wurde zunächst zum Wälschen Geheimen Rat mit dem
Prädikat Excellenz und später zum Fürsten ernannt.
4. Landrat v. Valentini in Hameln wurde als Geheimer
Regierungsrat und Vertreter des Chefs in das Civilcabinett
berufen.
5. Regierungsrat Heinrich beim Oberpräsidium in
Hannover, ein Hauptförderer der konservativen Vereinigung,
wurde zunächst als Oberregierungsrat nach Posen versetzt
und später in das Ministerium des Innern berufen.
6. Landrat Schmäder in Bielefeld, der 2500 M. für die
Zwecke der konservativen Vereinigung geopfert, wurde als Re-
gierungsrat an das Oberpräsidium nach Hannover gezo-
gen.
7. Landrat v. Berg in Bishorn, welcher für den genannten
Zweck 4000 M. hergegeben hatte, wurde zum königlichen Kammer-
herrn ernannt und, obgleich er wegen seiner Abstammung in
der Kanalfrage im preussischen Abgeordnetenhaus zur
Disposition gestellt worden war, nichtsdestoweniger alsbald
zum Regierungsrat befördert und mit der Leitung der wichtigen
politischen Abteilung beim Oberpräsidium in Hannover
betraut; er wartet hier nur auf den Abgang des Polizei-
präsidenten Grafen Schwerin in Hannover, um dessen
Nachfolger zu werden.
8. Regierungsrat Heese in Hildesheim, der 1000 Mark ge-
opfert, wurde Oberregierungsrat.
9. Kaufmann Eppen in Burgludde, der 500 Mark gegeben,
wurde Kommerzienrat.
10. Freiherr v. d. Wasche-Hännefeld wurde königl.
Kammerherr.
11. Landrat v. Meeren in Burgdorf wurde als vor-
tragender Rat in das Handelsministerium berufen.
12. Landrat Dr. Vriehoff in Bremerförde, der sich mit
1000 M. beteiligte, wurde zum Regierungsrat befördert und nach
Hannover versetzt.

Nach einer kürzlichen Nachricht soll sogar einer der eifrigsten
und entschiedensten Förderer der konservativ-agrarischen Bewegung
in Hannover, nämlich der Landrat Kammerherr v. R h e d e n in
Gronau, der für die Zwecke der konservativen Vereinigung 4000 M.
hergegeben hat, zum höchsten Beamten der Provinz Hannover
auserlesen gewesen sein.

Es wäre, wie sich versteht, eine gänzlich unberechtigte Annahme,
daß in Preußen, wie in verschiedenen ausländischen Staaten (siehe
„Kinderpielzeug“ in der Beilage dieses Blattes) Agenten
und Spionenträger die Möglichkeit haben, gegen Selbsteistung Kenter
zu beschaffen. Auch daran ist nicht zu denken, daß Geldspenden für
konservative Parteizwecke Beförderungen und Titelverleihungen herbei-
führen könnten. In der Lauterkeit der preussischen Zustände sind
lediglich geistige Fähigkeiten das Mittel, um zu Amt und Würden zu
gelangen. Und es ist lediglich ein seltsamer Zufall, daß die hervor-
ragende Befähigung sich so gern an die feudalkonservative Gesinnung
knüpft, welche in reiner Uneigennützigkeit bedeutende Geldsummen
für konservative Parteizwecke aufwendet. —

Der deutsch-österreichische Parteitag.

Unser Wiener Korrespondent schreibt uns:
Am Freitag tritt in Aulfig, der industriell entwickeltesten Stadt
Deutsch-Böhmens, der Parteitag der deutschen Socialdemokratie in
Oesterreich zusammen. Die föderalistische Organisation der österreichischen
Socialdemokratie bedingt es, daß die gemeinsamen und die Partei-
tage der einzelnen Nationen abwechseln; während im vorigen Jahre
der Parteitag in Wien die Vertreter aller Nationalitäten zur Fest-
stellung eines neuen Parteiprogramms versammelte, ist dieses Jahr
den „nationalen“ Tagungen gewidmet. Diese Teilung der Arbeit
war nicht zu umgehen, aber sie hat freilich im Besolge, daß die
Versammlungen der einzelnen Nationen an Bedeutung einermäßen
zurücktreten. Sie sind nun mehr oder minder Rechenschaftsberichte
über das abgelaufene Jahr; strenge genommen sollten sie
la auf die Dinge beschränkt bleiben, die der bestimmten
Organisation eigentümlich sind. Immerhin stehen auf der
Tagesordnung des Aulfiger Parteitages zwei wichtige und für die
Entwicklung der Socialdemokratie in Oesterreich sehr beziehungsvolle
Angelegenheiten. Die eine ist die Stellung der Partei zu der
brennend gewordenen Frage des österreichisch-ungarischen Ausgleichs.
Der Parteivorstand schlägt eine Resolution vor — sie ist bereits
mitgeteilt worden —, die im Wesen auf eine vollständige Aufhebung
des dualistischen Verhältnisses hinausläuft. Die Resolution unter-
scheidet aber sehr richtig zwischen dem wirtschaftlichen Zu-
sammenschluß beider Staaten, der wohl am besten durch einen
Handelsvertrag herzustellen wäre, und der s i c h l a i s c h e n Trennung,
die eine Gemeinsamkeit beendigen soll, die vorzugsweise auf Kosten
Oesterreichs aufgebaut ist. Die andre Diskussion wird die Verhältnisse
betreffen, denen die Arbeiterbewegung in Oesterreich ausgesetzt ist. In
seinem Lande haben die Arbeiter weniger Rechte als in Oesterreich,
aber es giebt hierzulande keine bürgerliche Partei, die nicht ihre
eigene „Arbeiterpartei“ befände. Angefangen hat mit dem Schwindel
der Großmeister alles politischen Schwindels, der Lueger, und da er
damit im Jahre 1897 so gute Geschäfte machte — bei den letzten
Wahlen sind sie ihm einigermaßen verdorben worden — so hat er
auch allerorten Nachahmer gefunden. Wir haben nun eine christlich-

*) S. Artikel I in Nr. 188.

**) Dies die Angaben nach der Wahlmännerwahl. Von den
1329 gewählten Wahlmännern wurden aber nur die Wahlen von
1271 für gültig erklärt. Da sich über die neue Gruppierung nichts
sicheres ermitteln läßt, rechnen wir mit den Zahlen des Tages.

soziale, eine liberale, eine alldeutsche, eine jungdeutsche, Arbeiterbewegung"; die extreme Arbeiterpartei von Oesterreich, die Deutsche Volkspartei, hat ihren Arbeitervertreter, sogar die Fortschrittler, die unerschrockenen Manchesterliberalen, haben in Brünn mit dem Schwindel Versuche angestellt. An Arbeiterpartei ist also kein Mangel, fehlen ihnen freilich nur — die Arbeiter. Diese Versuche der bürgerlichen Parteien, die Bewegung des Proletariats zu verfälschen, die Arbeiterschaft in die Untermöglichkeit bürgerlicher Parteien zu bringen, sollen nicht bloß zeitlich mit der Gewährung des Wahlrechtes an die Arbeiter zusammen, sondern sie sind eine unmittelbare Wirkung jener fünften Kurie, wodurch sich die Bourgeoisie die Arbeiter vom Hals geschafft hat. Da das Bürgerrecht durch die Privilegien in seinem politischen Wesen unangreifbar verankert ist, so hat es die Möglichkeit erlangt, sein Stimmrecht in der allgemeinen Wählerklasse zu verankern; es ist ihm die Prämie für die Heberläufer, der Kaufpreis an die Renegaten des Proletariats geworden. Die Verlogenheit des Wahlsystems ist die Quelle der Verlogenheit jener falschen Arbeiterpartei. Hoffentlich wird die Diskussion in Aussicht ergeben, daß sich die Partei dieses Zusammenhanges bewußt ist. Die Debatte über das Gemeinde-Wahlrecht, die vor zwei Jahren auf dem Grazer Parteitag geführt wurde, hat diese Erkenntnis noch ziemlich vermissen lassen.

Der Parteitag tritt in vergleichsweise politisch ruhiger Zeit zusammen, und so ist ihm vergönnt, ohne drängende Sorgen der Gegenwart den Weg für weitere Partei-Arbeit abzustechen. Möge ihm das ganz gelingen! —

Deutsches Reich.

Das Telegramm der Empörung. Die Centrumpresse beschränkt sich, wie wir voraussehen, auf einen Auktandspostest gegen den Kaiser. Sie läßt sich daran genügen, den bairischen Fortschrittlern ein wenig zu stacheln. So bringt die Germania eine Korrespondenz aus München, in der ausgeführt wird:

„Weit nachdrücklicher noch macht sich das Kaisertelegramm als Einmischung in innerbairische Verhältnisse geltend. Der Kaiser spricht von einer Aktion der Mehrheit des Landtags mit tiefer Entrüstung, mit Empörung, nennt sie schändliche Undankbarkeit gegen den Regenten. Zu einer solchen Kritik ist der Kaiser in keiner Weise berechtigt, die Bundesstaaten sind in ihren inneren Angelegenheiten durchaus selbstständig dem Reiche gegenüber und müssen schon die Einmischung des Reiches, aber noch viel mehr die des Kaisers zurückweisen, der doch nicht der Bundesrat selbst ist, sondern lediglich das Präsidium desselben. Wir in Bayern halten daran unverwundlich fest und betrachten es als einen Wegweiser zum Einheitsstaat, wenn der Kaiser mit einer Kritik der innerbairischen verfassungsmäßigen Institutionen hervortritt, die seiner Kompetenz gänzlich fernliegen.“

Weiter bespricht die Germania das, was sie das Geld-anbieten des Kaisers nennt:

„Daß das ein Zug der Freundschaft und des Edelstums des Kaisers sein soll, wer würde diese Absicht des Kaisers verkennen? Allein es kommt doch darauf an, wie es in der Öffentlichkeit aufgenommen wird. Der Regent hat, wie zu erwarten war, das Anerbieten des Kaisers abgelehnt. Allein der Eindruck dieses Vorganges ist nicht desto weniger überaus peinlich. In welche Lage kommt dadurch das bairische Königshaus gegenüber dem Volke? Wenn nun doch einmal die getriebenen Stimmen durch das Eintreten einzelner aufgebracht werden sollen, was läge da näher, als daß zu allererst der Regent und die übrigen Mitglieder des Königshauses ihre Beiträge abgeben? Diese Wirkung des Kaisertelegramms haben die Vertreter des Kaisers offenbar übersehen. Das Königshaus hat mit seinen Gaben aus konstitutionellen Gründen zurückgehalten, um sich nicht an der politischen Lage zu beteiligen und nicht in die Parteipolitik verwickelt zu werden. Durch das kaiserliche Anerbieten ist nun das Königshaus mit dieser berechtigten Haltung beim Volke in die schiefste Lage gebracht, daß es indirekt durch das Kaisertelegramm — nach der Volksauffassung — eine Entwürdigung erfährt.“

Etwas schärfer spitzt denselben Gedanken das bairische Centrumsblatt, der „Bair. Courier“:

„Der Schatten, der dabei auf das Haus Wittelsbach fällt, wird wohl auch von der bairischen Regierung peinlich empfunden. Denn das Telegramm des Kaisers drängt geradezu die Frage auf, wenn nun einmal durch kaiserliche Privathilfe die verlorenen Kesselpfunde des Landesbudgets ersetzt werden sollen, warum hat denn nicht das bairische Königshaus, das ein erhebliches größeres Hausvermögen besitzt als die Hohenzollern, nicht selbst und zuerst die Mittel gegeben? Zugleich bitte ich Dich, die Summe, welche Du benötigst, Dir zur Verfügung stellen zu dürfen, damit Du in der Lage siehst, im vollsten Maße die Aufgaben auf dem Gebiete der Kunst, welche Du Dir gestellt hast, zur Durchführung zu bringen.“ heißt es in dem Kaisertelegramm. Das ist sonst nicht die Sprache, wie sie zwischen Souveränen herrscht, und unser Prinzregent ist in Wirklichkeit ein Souverän, wenn Bayern auch durch die verfassungsmäßige Lage zur Fiktion verurteilt ist, daß der Regent nicht König in eigener Person sein kann. Wenn man Almoester ist, dann kann man gnädig und herablassend schenken. Der Absicht des Kaisers liegt es selbstredend völlig fern, den Regenten und das Königshaus in eine solche delicate Situation zu bringen, im Gegenteil, er wollte lediglich seiner kaiserlichen und freundschaftlichen Gesinnung Ausdruck verleihen, aber das Volk empfand anders und zieht seine Schlüsse unbefangenen durch solche Erwägungen. Und das Volk empfinden drücken wir aus, wenn wir auch diese mißliche Seite des Kaisertelegramms hervorheben.“

Die liberalen Zeitungen, welche zunächst die Angelegenheit dadurch mildern wollten, daß sie das Telegramm aus einer politischen Auffassung des Kaisers in die private Meinungsäußerung eines Kunstfreundes undeuteten, begannen diese thörichte Ausflucht aufzugeben.

Die „Nationalesitz.“ beendet nach Citierung des „West. Merkur“ ihre Betrachtung also:

„Die bedenklichste Wirkung des häufigen persönlichen Eingreifens des Kaisers in die öffentlichen Erörterungen würde es meines Erachtens sein, wenn sich die Auffassung allgemein verbreitete, daß das westfälische Centrumsblatt so zuverlässigen Ausdruck gäbe: daß solche Kundgebungen keine Bedeutung für die tatsächliche politische Entwicklung erlangen.“ —

Von Wasserstrafen und Frieden.

Der Kaiser weilt in Düsseldorf. Auf eine Begrüßungsrede des Oberbürgermeisters dieser Stadt erwiderte der Kaiser mit einer Ansprache, in der er sagte:

„Düsseldorf ist eine von den glücklichen Städten, die ein Lieb-singen können von der Möglichkeit der Wasserstrafen, und sei in der glücklichen Lage, sich der Vorteile, die der Wasserverkehr bietet, zu erfreuen.“

Nach einer andern Lesart sagte der Kaiser: „Düsseldorf ist eine von denjenigen Städten, die jeden von der Möglichkeit der großen Wasserstrafen überzeugen müssen.“

Obgleich sich aber die konservativen Getreuen des Kaisers durchaus nicht von der Möglichkeit der großen Wasserstrafen überzeugen konnten, hat der Kaiser dennoch ihnen niemals ein Telegramm seiner Empörung geschickt.

Weiter sagte er am Schluß seiner Ansprache:

Er wünsche von ganzem Herzen den Segen Gottes zu der weiteren glücklichen Entwicklung der Stadt unter den schönen und friedlichen Ausblicken, die sich jetzt in Europa entspannen, und die er lange zu erhalten hoffe.

Es soll doch schon immer in Europa friedlich ausgehoben haben. In mancher kaiserlichen Rede, auch in Thronreden und in Ausführungen der Regierungsvertreter wurde so oft die Friedlichkeit der europäischen Lage gerühmt. Allerdings hat die Friedlichkeit früher nicht gehindert und wird jetzt nicht hindern, daß kriegerische Rüstungen ohne Unterlaß fortbetrieben werden.

Zum Besuch des Kaisers in Düsseldorf.

Schwimm-Parademarsch. Was alles bei kaiserlichen Festen an Huldigungen geleistet wird, zeigt folgendes uns mitgeteiltes Schreiben des kaiserlichen Hofmarschall-Amtes:

Ober-Hof-Marschall-Amt
Seiner Majestät
des Kaisers und Königs
B 971. Berlin, den 24. Juli 1902.

Dem Vorstand des Allgemeinen Schwimmvereins erwidere ich auf das Schreiben vom 15. d. M. ergebenst, daß der beabsichtigten Ausbildung Ihrer kaiserlichen und königlichen Majestäten am 15. August d. J. durch einen

Schwimm-Parademarsch im Rheinstrom
Bedenken nicht entgegensteht.

gez. Eulenburg.
An den Vorstand des Allgemeinen Schwimm-Vereins
3. Bd. des Vorsitzenden Herrn Timena
Düsseldorf.

Hier ist also das Baugrundschen im eigentlichen Sinne zur Thatsache geworden.

Ernstlicher Kampf.

Daß das Eingreifen der Socialdemokratie in die preussischen Landtags-Angelegenheiten sofort den Erfolg haben würde, in die bleiernen lastende Bindnisse, in der jetzige politische Entwicklungsmöglichkeit zu Boden fällt, Bewegung zu bringen, beweist eine geängstigte Anklage der „Post“ zu unserm letzten Artikel über das preussische Wahlverfahren. Die „Post“ mahnt die konservative Gesellschafter zu ungezügelter Wahlvorbereitung:

Für die konservativen Parteien erwächst aus dem angeführten Vorgehen der Socialdemokraten die unabwendliche Verpflichtung, ihre Wahlorganisation liberal und namentlich auch in denjenigen Wahlbezirken, in welchen auf eine größere Anzahl von socialdemokratischen Stimmen in der dritten Abteilung gerechnet werden kann, so wirksam einzurichten, daß bei den nächsten Wahlen auch in der dritten Abteilung eine ausreichende Anzahl von Wählern der eigenen Partei sich an der Wahl beteiligt, um alle socialdemokratischen Bestrebungen zu Schanden zu machen. Noch trennt uns noch ein volles Jahr von den Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus, aber es empfiehlt sich dringend, mit diesen Organisationsvorbereitungen nicht bis zum letzten Augenblick zu warten, sondern die Vorbereitungen rechtzeitig zu treffen, so daß, wenn im Herbst nächsten Jahres der Wahlsapparat in Bewegung gesetzt werden muß, alles wohl klappt und namentlich der für die Durchführung der Wahlen so wichtige kleine Dienst nach allen Richtungen hin sachgemäß eingerichtet ist. Dieser hat man sich vielfach bei den Landtagswahlen darauf verlassen, daß der Ausgang der Wahlen völlig sicher ist und demzufolge ein ernstlicher Kampf nicht stattfindet. Diese Auffassung wird man liberal da, wo Socialdemokraten in Frage kommen, angeben und damit rechnen müssen, daß überall auch da, wo nach der vorherrschenden politischen Gesinnung der Ausgang des Kampfes nicht zweifelhaft sein kann, auf ernstlichen Kampf gerechnet werden muß. Man wird also auch überall durch sachgemäße Organisation diesen Kampf vorbereiten müssen, sonst läuft man vielfach Gefahr, im entscheidenden Momente unangenehme Ueberraschungen erleben zu müssen. Diese Mahnung gilt insbesondere den konservativen beider Richtungen, welche erfahrungsgemäß in Bezug auf die Wahlvorbereitungen besonders lässig zu sein pflegen. Sie dürfen die Gefahr des Eingreifens der Socialdemokraten durchaus nicht unterschätzen und müssen die Ankündigung dieses Eingreifens als eine dringende Mahnung für sich ansehen, um ihrerseits auch rechtzeitig den Wahllampf zu vorbereiten, daß sie mit Sicherheit auf Erfolg rechnen können.“

Die Juristungen der Konservativen werden beitragen, daß das gänzlich abgestumpfte Interesse der Bevölkerung an die wichtigen preussischen Landesfragen und an den Wahlen endlich erweckt wird. Die Socialdemokratie wird diese Situation zu nützen wissen und Sorge tragen, daß es den Konservativen an „unangenehmen Ueberraschungen“ nicht fehlen wird. —

Fall Löhring. Die Regierung schweigt. Der „Reichs- und Königlich Preussische Staats-Anzeiger“ kennt ebensowenig den Fall Löhring wie das Telegramm des Kaisers an den Prinzregenten von Bayern.

Der „Reichsbote“ sucht durch eine Zuschrift aus Posen den albernen Katsch zu erneuern, als sei Löhring „unmöglich“ geworden, weil er als 59-jähriger Mann mehrere jungen Damen den Hof gemacht und in 23-jähriges Fräulein hat heiraten wollen.

Die „Westfälische Zeitung“ erinnert daran, daß nach dem Befehl vom 27. März 1872 ein Staatsbeamter nur pensioniert werden kann, wenn er „infolge eines körperlichen Gebrechens oder wegen Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte zur Erfüllung seiner Amtspflichten dauernd unfähig ist“. Gehaltslohnung ist aber durchaus körperlich und geistig bei bestem Befinden. Danach hat die Angelegenheit auch eine Seite, welche die preussische Ober-Rechnungskammer angeht. Diese muß die Zahlung von Pension an einen Beamten, der durchaus dienstfähig ist, beanstanden. —

Heber die Hungerepidemie in Posen meldet die „V. J.“: Die Cholera soll nach den uns vorliegenden Nachrichten in Posen leider Fortschritte machen. In einem Hause der Bronkerstraße sollen nicht weniger als 38 Personen erkrankt sein. So meldet ein Posener Blatt. Am 13. d. M. wurde eine größere Anzahl von erkrankten Personen in das Stadtlazarett eingeliefert. In der Familie eines Handwerksmeisters erkrankten, wie uns mitgeteilt wird, sämtliche Familienmitglieder, die Gesellen und Lehrlinge, insgesamt 16 Personen. Es fällt in Posen auf, daß die Polizeiberichte nicht das geringste über diese Epidemie melden. —

Ein Erinnerungsteinst welpolitischen Thaten ist auf Befehl des Kaisers im Leylinger Forst errichtet worden. Unweit des Dorfes Born findet man diesen welpolitischen Gedächtnisstein, er steht auf einer Anhöhe und ist weithin sichtbar. Auf diesen Stein, der 1898 errichtet wurde, sind kürzlich auf kaiserlichen Befehl folgende Daten eingemeißelt worden:

Die
Deutsche Besignahme
von Kiautschou
erfolgte am 14. November 1897,
der Karolinen und Marianen
am 12. October 1899,
von Samoa am 1. März 1900,
Einnahme der Tahiti-Islands
17. Juni 1900,
Einnahme Pekings 15. August 1900,
Unterzeichnung
des Friedensschluß-Protokolls
7. September 1901.

In diesem Wortlaut befindet sich ein Irrtum. Es ist, wie auch die „V. J.“ bereits bemerkt hat, auffallend, daß die auf kaiserliche Veranlassung vorgenommene und möglicherweise vom Kaiser selbst verfaßte Inschrift von einer Besignahme Kiautschou spricht, während doch nach den Entlassungen der Regierung Kiautschou nur auf 99 Jahre gepachtet ist. Auch die „Besignahme“ der Karolinen und Marianen reduziert sich auf den Abschluß eines Handelsvertrages. Deutschland erlangte durch die spanischen Kolonialparte die Inselgruppen für 17 Millionen Mark, ein Geschäft, das der Kaiser im Gegenzug zu breiten Volksschichten für ein besonders glückliches zu halten scheint.

Daß die „Besignahme“ von Kiautschou mit den Daten der chinesischen Erhebung auf einem Steine steht, entspricht dagegen sehr gut dem historischen und kaiserlichen Zusammenhang. Ohne die Annexion Kiautschous keine Vögel-erhebung. — Vermessen könnte man die Verewigung der viel-geprochenen Sühnefahrt. —

Zur Ehrung des Duellhelden Lieutenant Hildebrand in Gumbinnen teilt die „V. J.“ noch mit, daß die Eskorte, welche die vierpännige Gala-Equipage des Lieutenants begleitete, nicht aus Offizieren, sondern aus Mannschaften gebildet wurde. Man hat also sogar Mannschaften in Parade-Anzügen und ihre Pferde für diesen eigenartigen „Dienst“ der ungesegneten Duellfeier in Anspruch genommen. —

Behördliche Geheimniskrämeri. Vor einigen Tagen ist sämtlichen ober-schlesischen Polizeibehörden, Gemeinde-vorstehern etc. eine geheime Zuschrift von Seiten der Regierung zugegangen, in welcher ihnen nach der „Kattowitzer Zeitung“ mehr Zurückhaltung und Verschwiegenheit gegenüber der Presse empfohlen wird. Der Anlaß soll in Notizen liegen, die in letzter Zeit in ober-schlesischen Blättern erschienen sind und Sachen ausplauderten, welche „eigentlich nur die Verwaltungsgeschäfte angehen“. — Sollten diese Notizen sich auf die Dienstverweigerung der ober-schlesischen Behörden gegenüber Rußland beziehen? —

Der Kaiser und die Kunst. Das kaiserliche Entschuldigungs-telegramm an den bairischen Prinzregenten ist trotz der berühmten kaiserlichen Rede über die moderne Kunst-Kunst von unserer gesinnungstüchtigen liberalen Presse als eine hocherfreuliche That kaiserlichen Mäcenatentums gefeiert worden. Daß Wilhelm II. ein freigiebiger Mäcen, kann ja angeht die von Manmorischwadronen der Sieges-Allsee nicht geleugnet werden, ob aber diese gutgemeinte Gönnerschaft der Kunst irgend etwas nützt, ist eine ganz andre Frage.

Auch zu der zeitgenössischen Literatur hat ja Wilhelm II. in seiner impulsive Art Stellung genommen. Man weiß, wie er den Dichtern jener Zeit entgegengetreten hat. Man weiß auch, daß er wegen der Aufführung der „Weber“ seine Loge im Deutschen Theater gekündigt hat. Es liegt nun ein neues Dokument für die literarische Geschmacksrichtung des Kaisers vor. Wilhelm II. hat die Widmung von Nataly v. Eichstruths neuestem Romane angenommen. Und die Verfasserin rühmt sich, daß der Kaiser seit Jahren ein „sehr gnädiges Interesse“ an ihren Büchern genommen habe, und daß nicht sie es gewesen sei, die die Widmung ihres jüngsten Werkes provoziert habe.

Man sieht, des Kaisers Geschmacksrichtung weicht auch hier ganz entschieden von dem sonst in literarischen Kreisen herrschenden Geschmack ab. Selbst ein Schriftsteller, der unlängst selbst einer persönlichen Unterredung mit dem Kaiser gewürdigt wurde, der Verfasser des „Jugend von heute“ und des „Hochmann als Erzieher“, hat vor noch gar nicht allzu langer Zeit unter dem allgemeinsten Wechsel aller kritischen Kollegen das vernichtendste Urteil über die platte, selbst mit der deutschen Sprache auf dem gespanntesten Fuße lebende Unterhaltungs-Schriftstellerin Nataly v. Eichstruth ausgesprochen. Die Gunst des Kaisers fällt also auch hier auf eine Person, deren Produktionen mit der Literatur absolut nichts zu thun haben. —

Die Reichstags-Erfahrungswahl in Kulmbach-Forchheim. Nach einer Meldung des bairischen Depeschensbüros wurden 15 689 Stimmen abgegeben. Jöllner (C.) erhielt 6009 Stimmen, Faber (natl.) 3046 Stimmen, Weinholt (Bund der Landwirte) 3520 Stimmen, Deinhart (Soz.) 1706 Stimmen, Wölfel (Bahr, Bauernbund) 306 Stimmen, Kuglitzig oder zerplittert sind 32 Stimmen. Hiernach ist Stichwahl zwischen Jöllner (C.) und Faber (natl.) nötig.

Die Wahlbeteiligung war diesmal um ein Weniges — einige Hundert Stimmen — geringer, als 1898. Trotzdem gewannen zwei Parteien Stimmen: das Centrum ca. 900, die Socialdemokratie annähernd 300. Dagegen haben die National-Liberalen mehr als 2000 Stimmen verloren, trotzdem der Freisinn, der 1898 3228 Stimmen erhalten hatte, diesmal wahrscheinlich um gegen den Sozialdemokraten zu demonstrieren, auf die Aufstellung einer Kandidatur verzichtet hatte! Wo die 2000 freisinnigen Stimmen geblieben sind, ist völlig rätselhaft; es müßte denn sein, daß die infolge einer ganz wunderbaren politischen Seelenwanderung für den Kandidaten des Bundes der Landwirte votiert hätten, der es ja auf ungefähr ebenso viele Stimmen gebracht hat, als freisinnige Stimmen diesmal durch die freisinnige Abstimmung obdachlos geworden waren. —

Zufälle — ein Aufmunterungsmittel. Der Sergeant Otto Hörning von der 4. Compagnie der Unteroffiziers-Schule in Welkenfels war wegen vorchriftswidriger Behandlung und Mißhandlung Untergebener angeklagt. Vor dem Kriegsgericht der achten Division wurde ihm vorgeworfen, daß er am 20. Juni d. J. auf dem Scheideplatze eine Reihe Säufel seiner Compagnie, die wegen schlechten Schießens unter seiner Aufsicht nachziehen mußten, dadurch vorchriftswidrig behandelte, daß er dieselben im „March, march!“ auf dem Stenche hin und her jagte und mehrmals über eine 80 Centimeter hohe Barriere springen ließ. Dabei hatte er den Säufel geschien, der bei dem Springen über die Barriere durch das unvorsichtige Treiben des Angeklagten zu Falle gekommen war und sich verletzt hatte, viermal mit der Faust in das Gesicht getreten, daß am andern Tage noch blaue Flecke sichtbar waren. Jene befanden, daß das Hin- und Herrennen kein richtiger Laufschritt gewesen, sondern alles durcheinander gelaufen sei. Die Mannschaften hätten fünf bis acht Mal eine Strecke von 100 bis 150 Meter durchrennen müssen und wären ziemlich erschöpft gewesen. Geschien sei infolge eines Stoßes, den ihm der Sergeant an die Schulter gegeben, mit dem Schienbein gegen die Schranke gestoßen und dann gefallen, daß ihm das Bein heftig schmerzte und er nicht mehr springen konnte.

Der Angeklagte gab vor, Geschien habe sich „aus Faulheit“ hingelegt. Die Worte: „Herr Sergeant, ich kann nicht mehr, ich bin verletzt!“ wollte er nicht gehört haben. Die Tritte habe er ihm nur versetzt, um ihn aufzumuntern, dochmals die Barriere zu nehmen. Der Vertreter der Anklage betonte, daß das wüste Hin- und Herrennen im March, march mit dem Schießdienst gar nichts zu thun hatte. Solches Jagen und auch das Springen über die geschlossene Barriere stelle sich als bloßes Schreien der Mannschaften dar. Das Treiben sei zweifellos als eine Mißhandlung Untergebener anzusehen, weshalb eine Strafe von — 3 Wochen mittleren Arrestes zu beantragen sei. Der Gerichtshof nahm als erwiesen an, daß der Angeklagte den Geschien getreten habe, es war ihm aber zweifelhaft, ob eine beabsichtigte Mißhandlung vorlag. Jedenfalls, so hieß es in der Urteilsbegründung, sei nicht genügend erwiesen, daß der Angeklagte das Bewußtsein hatte, dem Untergebenen körperliches Mißbehagen zu verursachen. Der Angeklagte wurde nur wegen vorchriftswidriger Behandlung Untergebener zu 10 Tagen gelinden Arrestes verurteilt.

Aus der verbesserten Monarchie Neuf. a. Z. wird uns in Ergänzung unserer früheren Mitteilung heute geschrieben, daß der Petitionssturm der Bevölkerung um Erweiterung der politischen Landesrechte bereits einen kleinen Erfolg aufzuweisen hat. Bis her

ausen nämlich, weil der frumbe Heinrich XXII. es bestimmt, bei Arbeiter-Festlichkeiten Frauen und Mädchen sich die Füße niemals anzuheben. Darüber ist mit Recht mancher Wig gerissen worden. Jetzt auf einmal scheint auch mit diesem Hofe aufgeräumt zu werden, denn das königliche Landratsamt hat soeben verfügt, daß zu dem am 24. stattfindenden Greizer Gewerkschaftsfest, zu dem der Genosse Julius Rottler als Festredner erscheint, auch die Frauen und Mädchen während der Festrede anwesend sein dürfen. — Bekanntlich existierte ein ähnliches Eintragsrecht bereits einmal: Im Februar, während der Massenauflösung der Greizer Weber, wurde verfügt, daß während der Dauer des Streiks auch Frauen und Mädchen (für die sonst kein Vereinsrecht existiert) den Streikversammlungen beizuwohnen dürften. Nach dem Streik wurde jedoch dieses „Versammlungsrecht“ wieder aufgehoben. Hoffentlich lebt die Festreden-Verfügung etwas länger. —

Zu den kommunalen Werten in Mülhausen t. E. wird und geschrieben: Bei den am kommenden Sonntag stattfindenden Ergänzungswahlen zum Mülhäuser Gemeinderat, die durch den bekannten Austritt der 11 Liberalen und liberalen Mitglieder des Kollegiums notwendig geworden sind, scheint es zu einem eigentlichen Wahlkampf nicht zu kommen, da die Liberalen sowohl wie die Liberalen Wahlenthaltung beschloffen haben. Die Ersteren wollen es offenbar vermeiden, daß der Vorkritt ihrer Partei, der bereits bei den Hauptwahlen am 15. Juni d. Z. in die Erscheinung getreten war, noch offenkundiger werde, und erklären deshalb die Verantwortung für die weitere Entwicklung des kommunalen Konflikts denen überlassen zu wollen, die die Lage geschaffen haben. Ebenso scheinen auch den Liberalen die Wahlen etwas zu hoch zu hängen. So werden auf der Wahlstatt nur die Sozialisten und die Demokraten erscheinen, von denen die Ersteren sechs von den elf erledigten Sitzen in Anspruch nehmen, während die übrigen fünf den Demokraten zufallen. Von besonderem Interesse für die Verteilung der gegenwärtigen kommunalen Werten in Mülhausen ist die Mitteilung der nationalliberalen „Straßburger Post“, die Lösung der Kandidatenfrage erweise sich für die Demokraten als eine überaus schwere, da einzelne Großindustrielle jeden Bürger, der sich zur Annahme eines Gemeinderats-Mandats bereit erkläre, mit dem geschäftlichen Boykott bedrohen. Die Herren haben nämlich die Absicht, es in Mülhausen zum offenen Kampf zu treiben, um die Regierung zur Auflösung des in seiner Mehrheit sozialistisch-demokratischen Gemeinderates zu zwingen. —

Ausland.

Kulturkampf und Bauerrevolte.

Der Oberst de Saint Remy wird von den Mexikanern zum Märtyrer für die heilige Sache der Kommen gestempelt und schon hat er einen Racheiferer gefunden in der Person eines Kapitän d'Quince. Derselbe hat, wie Remy, sich geweigert, bei der Schließung einer Schule das Kommando zu übernehmen, und ist nun gleichfalls nach der Festung Velle Isle en Mer gebracht worden. Die liberal-militärische Verschönerung, die schon in der Dreifus-Affaire so drastisch zum Ausdruck kam, zeigt sich auch jetzt wieder. So berichtet ein Ehoner Mexikales Blatt, daß die Kollegen des Hauptmanns Remy sich mit diesem solidarisch erklärt hätten und ihn auf seiner Fahrt ins Gefängnis bis zum Bahnhof hätten begleiten wollen. Man kann dem Mexikales Blatt aufs Wort glauben, daß die Sympathien, namentlich in den höheren Offizierskreisen, bei den Mexikanern sind.

Die von nationalistischer Seite gemachte Mitteilung, welche durch den Telegraph in deutschen Blättern Verbreitung gefunden hat, daß der Ministerpräsident Combes dem Präfelden von Finistère wegen seines Verhaltens einen Tadel erteilt habe, ist, nach den Versicherungen der „Petite République“, vollständig erfunden. Es hätte auch wirklich wohl kaum ein Grund vorgelegen, den Präfelden zu tadeln, denn nach den ausführlichen Berichten in den französischen Zeitungen hat sich dieser Herr in seiner schwierigen Lage durchaus taktvoll benommen.

In der Bretagne waren von den 38 Schulen, die von dem Dekret Combes getroffen waren, am 13. d. M. noch 13 durch die Behörden zu schließen; es handelt sich bei allen um Schulen der „Schwestern des heiligen Geistes“, genannt Weiße Schwestern. Die Ortsgemeinden, wo eine befürchtete Schließung der Schule bevorsteht, gleichen vollkommen dem Kriegszustand. Die Einwohner haben auf den Landstraßen Wachen aufgestellt, es sind Radfahrer, die der Bevölkerung sofort mitzuteilen haben, wenn die Truppen im Anmarsch sind, Trompetenstöße oder Klöckengeläute rufen die Bevölkerung zum Widerstande zusammen. In mehreren Orten haben die Bauern die Feldarbeit eingestellt, um die Verteidigung ihrer „Schwestern“ nicht zu verlassen, die Frauen beteiligen sich sehr stark bei dem Widerstande. — In Concarneau erwarteten 2-3000 Menschen die Ankunft der Truppen auf dem Bahnhof. Die Soldaten kamen erst am nächsten Tage und mußten eine regelrechte Belagerung der Schule, deren Vorhofhür mit Eisenstangen und Steinen versperrt war, vornehmen. In Carantec waren hohe Barricaden gebaut und in Folge dessen waren hinter dem Thor der Schule massive Mauern errichtet. Die Bevölkerung ist im höchsten Grade aufgeregter, und würden die Behörden und das Militär weniger ruhig und kaltblütig vorgehen, so wäre es längst zu großem Blutvergießen gekommen.

Dagegen beginnen jetzt die Gerichte zu arbeiten. So wurden in Nodéz 14 Personen mit Strafen von 200 Fr. Geldstrafe bis vier Monaten Gefängnis belegt, weil sie den Inspektor der öffentlichen Schulen auf offener Straße beleidigt und angegriffen hatten. Vor dem Gerichtshof von Morveles standen eine Anzahl Personen wegen Teilnahme an dem Widerstand bei Schließung der Schule vonumont. Die Angeklagten waren sämtlich Angehörige der besseren Stände. Ein Munizipalrat wurde zu einem Monat, ein Notar zu 6 Tagen Gefängnis verurteilt, während ein Kreisrat 200 M., ein Advokat 50 M. Geldstrafe erhielt.

Gegen den durch den Telegraph mitgeteilten Beschluß des Ehoner Appellationshofes, wonach die Anlegung von Siegeln an den Schulen der Schwestern von Saint Charles für ungesetzlich erklärt und die Vollziehung derselben verlangt wurde, hat der Präfeld von Velle, Herr Alapetite, den Konflikt erhoben. Dieser wurde vom General-Staatsanwalt auch unterzeichnet, so daß die Siegel bis auf weiteres an den Schulen angeheftet bleiben.

Leavenworth, 15. August. Die Landleute halten fortwährend die Zugänge zu den Schulen besetzt. Heute ist eine große Wallfahrt nach Leefogost veranstaltet worden, wo etwa 15 000 Personen aus den benachbarten Parochien mit der Geistlichkeit, Kreuzen und Bannern sich versammelt haben und Hymnen sangen.

Paris, 15. August. Die Regierung hat beschlossen, eine Anzahl republikanischer Abgeordneter und Bürgermeister gerichtlich zu verfolgen, weil dieselben dem Widerstand der Kongregationen gegen die Regierungsdekrete zugestimmt haben. Zahlreiche Privatpersonen

sollen gleichfalls vor Gericht gezogen werden. Der Präfeld des Departements Finistère ist von der Regierung beglückwünscht worden, weil er jedes Blutvergießen vermieden hat. Die Aburteilung des Obersten St. Remy wird in den ersten Tagen des September erfolgen. Gestern abend wurden in verschiedenen Gemeinden die Ordensschulen ohne besondere Zwischenfälle geschlossen; dagegen wurden in drei Gemeinden die amtlichen Siegel wieder abgerissen und die Ordensschwestern mit Gewalt von der Bevölkerung in die Schulen zurückgeführt, so daß abermalige Ausweisungen notwendig sind. —

Frankreich.

Eine etwas dunkle Rede hielt der Kriegsminister Andre bei der Einweihung des Denkmals für die Krieger von 1870, in der er sagte: Wir wollen unsere Niederlage nicht verkennen; wir kennen und tragen noch heute ihre Folgen. Wir ehren das Gedächtnis der für das Vaterland Gefallenen. Der Soldat, den das Denkmals darstellt, ist der Soldat der Zukunft, der Frankreich seine materielle Größe wiedergeben wird. Er schadet dem Lande, das zu verteidigen er geschworen hat, alles, selbst das Opfer gewisser persönlicher Ueberzeugungen. (Lebhafte Beifall). Dieser Soldat der Zukunft wird der Mäher Frankreichs sein. Diesem Mäher bewahren wir unsere Palmen auf. (Lebhafte Beifall).

Bemerklich hat der Telegraph die Rede arg verflümmelt und dem Kriegsminister, der zum Teil ganz verständige Ansichten bewiesen hat, dies Gemisch von abstrakter Phrasologie und kindischem Neuanfangeschwätz in den Mund gelegt. —

Dänemark.

Liberaler Wahlsieg an den Färöern. Bei der Wahl zum dänischen Landthing auf den Färöern am 7. August siegte der liberale Kandidat mit 18 gegen 1 Stimme. Bisher waren die Färöer in beiden Häusern des Reichstages konservativ vertreten. —

Norwegen.

Die norwegischen Friedensfreunde und der Militarismus. Die Jahresversammlung der norwegischen Friedensvereinigung, die am 8.-10. August in Stavanger tagte, erregte großes Interesse, weil man dort eine Arafprobe zwischen den sogenannten „Verteidigungs-nichtlingen“, d. h. den Abrüstungsmännern, und den Anhängern des liberalen Militarismus erwartete. Die herrschende liberale Partei in Norwegen hat es mit ihren gegen Schweden gerichteten militaristischen Bestrebungen dahin gebracht, daß immer größere Teile des Landes ausländisches Kapitalien verpfändet wurden. 400-450 Millionen Kronen norwegischer Staats-, Kommune- und Obligationsschuld sind gegenwärtig in Händen von Ausländern, abgesehen von dem ausländischen Kapital, das in privaten Unternehmungen steckt. — Der Hauptvorstand der Friedensvereinigung beantragte nun folgenden Juli zum ersten Paragraphen des Statuts: „Die Vereinigung verpflichtet in ihrer Arbeit für die Befreiung des Krieges ihre Mitglieder nicht, der Verteidigung des Vaterlandes hindernd entgegenzutreten.“ Dieser Passus, der eine Gutheißung der militaristischen Linken-Politik sein sollte, wurde mit offen gegen 6 Stimmen abgelehnt. — Dagegen beschloß die Versammlung, daß der Hauptvorstand sowie die Ortsvereine eine gemeinsame Tätigkeit mit den verschiedenen Arbeiter-Vereinen des Landes zu Gunsten der Friedenssache anstreben sollen. E. A. Hedin, der bekannte radikal-demokratische schwedische Reichstags-Abgeordnete, wurde zum Ehrenmitglied der Friedensvereinigung ernannt.

Rußland.

Ein neuer bischöflicher Austerlach.

Für das Eindringen der revolutionären Bewegung in die geistlichen Schulen legt ein neues geheimes Dokument Zeugnis ab, das wir zu veröffentlichten in der Lage sind: Was seiner Eminenz des Bischofs von Tambow und Schypt an die Präpste.

In der letzten Zeit sind unter den Jünglingen der Seminarien, besonders im Gouvernement Tambow, Anzeichen einer geheimen Propaganda seitens unzuverlässiger Menschen zu Tage getreten, die unter der lernenden Jugend Verwirrung auszustreuen versuchen und den regelmäßigen Fortgang der Lehrthätigkeit unterbrechen wollen. Das Ziel der Propaganda besteht darin: Erstens durch falsche Gerüchte über Details der bevorstehenden Reform der geistlichen Schulen und überspannte Erzählungen über die Erregung in den übrigen Lehranstalten, durch Aufhetzung zu unbedingten Forderungen betreffend Lehrplan und Ordnung in der Schule, Sammlung von Unterschriften unter Petitionen für Gleichstellung der Seminaristen mit den Jünglingen der Gymnasien bei der Zulassung zum Universitätsstudium, durch die Aufforderung für widergesetzliche geheime Kongresse Delegierter der verschiedenen Lehranstalten Gelder zu sammeln, durch die Verbreitung von Falschmationen und Anrufen, in denen die Schüler zum Streik und zum Protest gegen die bestehende Staatsordnung aufgefordert werden, unter den Schülern Unruhen hervorzurufen. Zweitens verfolgt die Agitation das Ziel, durch Unruhen unter den Jünglingen das Vertrauen der Regierung zu den geistlichen Schulen und zu dem Stand der Geistlichen überhaupt zu untergraben, in dem sie ihn als politisch unzuverlässig darstellt, der nicht jene Aufmerksamkeit und Rücksicht verdient, die ihm die Regierung erweist und die sich in der Sicherung eines festen Einkommens dem geistlichen Stand, in der Erhöhung der Pension und in der neuen Organisation von größeren Summen den Lehrern in den Seminarien sich geäußert hat. Eine solche Agitation droht mit großen Gefahren und schweren Schicksalsfällen nicht nur der lernenden Jugend, sondern auch den Eltern. Die Mittel, die von dunklen Agitatoren den Seminaristen zur Erlangung der Rechte der Aufnahme in die Universitäten empfohlen werden, werden zweifellos zu den entgegengesetzten Resultaten führen: zu der Schließung der höheren Lehranstalten für alle Schüler, die sich an den Unruhen beteiligen oder die Petitionen unterschrieben haben. Das Erziehungsamt sämtlicher Ressorts gestattet die Aufnahme nur solcher Seminaristen in die höheren Lehranstalten, über deren Charakter, Gesinnung und politische Verlässlichkeit von dem Seminarvorstand ein hinreichendwertes Zeugnis vorliegt; auf ein solches Zeugnis können aber nur solche Jünglinge Anspruch erheben, die an den Unruhen nicht beteiligt sind und auch nicht die Petitionen unterschrieben haben. Die übrigen kann ich nicht für brauchbar in dem Dienst des Eparchats anerkennen. Ich halte es für notwendig, schon vorzeitig die Eltern darauf aufmerksam zu machen, daß ich in Fällen von Unruhen im Einverständnis mit dem Vorgesetzten des allerheiligsten Synods mit Stummer alle die von den Seminarvorständen entsendeten Agitatoren und Anführer aus den Lehranstalten verweisen werde, ohne daß sie das Recht erhalten sollen, in andre, wie geistlichen so auch weltlichen Schulen Aufnahme zu finden. Außerdem werden die Unruhen unter der lernenden Jugend des geistlichen Standes, der als Stütze der Gesellschaft und Familie gilt, das Vertrauen der Regierung zu seiner politischen Zuverlässigkeit schwächen, was für die Geistlichkeit von den schädlichsten Folgen begleitet sein wird. In Anbetracht dessen beauftrage ich Sie, ohne Verzögerung die Eltern oder die Vormünder der Jünglinge zur Aufklärung aufzufordern oder sie zu sich zu rufen. Ich hoffe, daß es Ihnen durch persönliche Einwirkung diejenigen über die Wichtigkeit meiner Warnung zu belehren gelingt, die sie noch nicht genügend zu würdigen verstehen.

Unterzeichnet: Bischof Georgij.

Das Attentat auf den Gouverneur von Charkow, den Fürsten Obolenski, wurde im Sommer-Theater im Garten Zwoli in Charkow gegen 10 Uhr abends verübt. Der Gouverneur stand im Zwischenakt beim Eingang in seiner Loge und unterhielt sich mit dem Präsidenten des Landchaftsamts, Gordejensko, dessen Frau und dem Landchaftsbeamten Okhotowski, als ein in einem Mantel gehüllter Mann an die Gruppe herantret und in einer Entfernung von zwei Schritten vom Fürsten über die Schulter der Frau

Gordejensko einen Revolver auf ihn schob. Die Kugel ging fehl, der Gouverneur erhielt nur eine unbedeutende Kontusion am Hals. Frau Gordejensko ergriff den Attentäter an der Hand, der einen zweiten Schuß abgab, der ebenfalls fehlging. Der Attentäter wurde hierauf von herbeigeeilten Polizeibeamten und dem Publikum ergriffen und zu Boden geworfen, wobei er heftigen Widerstand leistete und noch zwei Schüsse abfeuerte. Der Polizeimeister von Charkow, der den Attentäter an der Schulter ergriffen hatte, wurde am linken Bein verwundet. Die Kugel ging oberhalb des Knies durch das Fleisch, ohne Knochen und Knochenhaut zu verletzen. Der Fürst Obolenski war, wie die „Frankf. Ztg.“ meldet, erst vor einigen Monaten zum Gouverneur von Charkow ernannt worden. Als im Gouvernement Charkow Bauernunruhen ausgebrochen waren, ging der Fürst sehr energisch gegen die aufrührerischen Bauern vor, die er auspeitschen ließ, und erhielt für die Unterdrückung der Unruhen den **Wladimir-Orden zweiter Klasse.** Schon im Mai verläutete, daß ein Attentat auf Obolenski verübt worden sei, das Gerücht war aber falsch. —

Amerika.

Militärische Jugendziehung. Das „Bureau Laffan“ meldet aus Washington: Das Kriegsdepartement hat eine bedeutende Verordnung erlassen, welche Bestimmungen für militärische Erziehung in öffentlichen bürgerlichen Schulen trifft. Hundert Armeekorps-Offiziere sollen Lehrstellen an Schulen, Hochschulen und Universitäten erhalten, die sich verpflichten wollen, den Unterricht und die Erziehung von mindestens je hundert Schülern in militärischer Weise und unter militärischer Leitung durchzuführen. Die Regierung wird den betreffenden Anstalten auch Gewehre und Munition, sowie Feldgeschütze zur Ausbildung der Schüler im Militärdienst liefern. Das Kriegsdepartement wird bei diesem Plane von der Absicht geleitet, für ein zukünftiges Freiwilligenheer eine feste Grundlage zu schaffen. —

Die militärische Jugendziehung, wie sie die Socialdemokratie bekanntlich als Ersatz für das heutige mehrgliedrige Drillsystem der Erwachsenen empfiehlt, muß doch nicht so thöricht sein, wie unsere Gemächtschöpfe es hinstellen, wenn die praktischen Yankee sich seiner bedienen zu sollen glauben. —

Partei-Nachrichten.

Ein internationales Arbeiterfest versammelte am 10. August die Genossen der Bodensee- und Alpenstaaten in Bregenz. Es waren etwa 15 000 schweizerische, österrische und deutsche Genossen erschienen, die am Nachmittag einen Demonstrationzug durch die Stadt mit 17 Fahnen und 2 Musikkapellen veranstalteten. Anreden wurden gehalten vom Genossen Leibfried für Oesterreich, Genossen Stehlin für die Schweiz und Genossen Wilhelm für Deutschland.

„Arbeiter“, das socialdemokratische Organ in Malmö, feierte am 6. August das Fest seines 10-jährigen Bestehens. Das Blatt, das im Jahre 1887 von dem vor zwei Jahren verstorbenen Genossen Axel Danielsen begründet und damals in Kopenhagen gedruckt wurde, hat sich jetzt zum Centralorgan der schwedischen Arbeiterbewegung entwickelt und erscheint in 12 000 Exemplaren. Für die Druckerei des Blattes wurden vor kurzem eine neue Rotationsmaschine und zwei Seismaschinen angeschafft.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 15. August 1902.

Die Umsätze an der Börse sind wieder demachen zusammengekrümpt und die Ausschauungen so wenig durch wirkliche Veränderungen der Wirtschaftslage bestimmt, daß sich ein Rückblick auf die einzelnen Verschleudungen kaum lohnt. Zeigte sich in der zweiten Hälfte der vorigen Berichtwoche auf den wichtigsten Spekulationsgebieten ein Ueberwiegen des Angebots, so trat in dieser Woche zunächst eine stärkere Nachfrage nach Kohlenaktien hervor, die nicht nur deren Kurs, sondern auch den der Eisenaktien etwas steigerte, zumal die lokale Spekulation durch kleine Käufe in einigen Hüttenaktien nachhelfte. Auf irgend eine Besserung in den Absatzverhältnissen der Kohlenwerke ist dieser plötzliche Begeh nach Kohlenaktien nicht zurückzuführen; soweit sich ersuchen läßt, dürfte es sich lediglich um einen Eingriff gewisser von den betreffenden Jochen interessierter Finanzkreise handeln zu dem Zweck, einem weiteren Niedgang dieser Papiere zu wehren. Unter den heutigen Umfahrvhältnissen läßt sich diese Absicht schon durch geringe Käufe erreichen. Als am Donnerstag diese Käufe aufhörten, trat wieder matte Haltung ein, die zu mehrfachen Abschwüchungen der Kohlen- und Eisenaktien führte. Auch heute setzte die Börse zunächst schwach ein, doch erholten sich später die Kurse auf günstige Meldungen über die Londoner Minenerotierungen. Im ganzen haben Montanwerte wie Vorkalken geringe Kursänderungen erfahren, nur einige wenige Kohlen- und Hüttenaktien weisen geringe Kursbesserungen auf.

Noch vor einem halben Jahre begegnete man fast überall überlegenen Rädeln, wenn man bei einer Erörterung der Wirtschaftslage darauf hinwies, daß bei der Beurteilung geschäftlicher Aussichten der deutschen Industrie nicht nur die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands in Betracht kämen, daß sich vielmehr der Schwerpunkt der industriellen Situation nach den Vereinigten Staaten verschoben habe, und der mehr als wahrscheinlich gewordene Hereinbruch einer amerikanischen Krise auch die deutsche Industrie schwer treffen werde. Heute wird in dem die wirtschaftlichen Vorgänge des Auslandes verfolgenden Teil der großen Geschäftswelt diese Auffassung vielfach geteilt, und mit anglichscher Spannung blickt man hinüber auf das bunte Spiel des wirtschaftlichen Betriebes jenseits des atlantischen Ozeans. Bisher ist der Druck der Krise in Deutschland durch die gleichzeitige Periode der Prosperität in den Vereinigten Staaten weitlich gemildert worden. Nicht nur hat sich der deutschen Eisen- und Stahlproduktion die Gelegenheit einer Teil ihrer Ueberzeugung nach Amerika abzustößen, die Zunahme des dortigen Konsums bewirkte zugleich, daß ein großer Teil der amerikanischen Erzeugnisse, der unter andren Verhältnissen exportiert worden wäre, auf dem amerikanischen Inlandsmarkt verblieb, und daß ferner die Vereinigten Staaten auf verschiedenen ausländischen Märkten, auf denen sie sonst wahrscheinlich als Verkäufer aufgetreten wären, als Käufer auftraten. Dadurch wurden diese Märkte entlastet und der deutschen Konkurrenz leichter zugänglich. Die bedeutenden Mengen von Eisen- und Stahlwaren, die Deutschland seit Mai vorigen Jahres nach England exportiert hat, hätten z. B., wenn auch die Union unter dem Einfluß der Krise gestanden hätte, sicherlich nicht vom englischen Markt aufgenommen werden können. Daraus ergibt sich als Folgerung, daß wir dann eine weitere Erholung der deutschen Industrie von der Krise möglich ist, wenn der Aufschwung in der nordamerikanischen Republik anfällt oder wenigstens kein Rückschlag erfolgt.

Unter diesen Umständen ist es zu verstehen, daß die Wiener Wirtschaftliche Korrespondenz zu dem nicht mehr ungewöhnlichen Mittel gegriffen hat, eine Rundfrage bei verschiedenen Finanz- und Industrie-Autoritäten der amerikanischen Geschäftswelt zu veranlassen und sie um ihre Meinungsäußerung über die Aussichten der amerikanischen Wirtschaftsentwicklung zu bitten. Viel pflegt bei derartigen „Enquetes“ nicht herauszukommen, zumal dann nicht, wenn, wie in diesem Fall, die Anfrage an Personen geht, deren Interesse an den wirtschaftlichen Vorgängen gebunden ist, und die durch dieses Interesse in ihrem Urteil beeinflusst sind. Zudem haben keine Gegner der Trüsterungsbestrebungen, sondern nur Leiter einiger dieser Bestrebungen sympathisch gegenüberstehender Firmen und industrieller Verbände geantwortet. Dennoch sind diese Antworten recht interessant: einmal weil sie deutlich die in der amerikanischen Geschäftswelt bestehende Auffassung von dem Gang der amerikanischen Wirtschaftsentwicklung wiederpiegeln, zweitens weil sie zeigen, wie wenig die ausschließliche Prognostik, ohne eine Ergänzung durch theoretische Studien, zur Beurteilung wirtschaftlicher Gestaltungen ausreicht.

Besonders interessant sind unter den bislang eingelassenen und veröffentlichten Antworten die des Herrn Archer Brown in New York, Chef einer der größten Eisenfirmen der neuen Welt, und des Herrn

William W. Bennett in New York, des Sekretärs der „National Association of Manufacturers of the U. S.“ Ersterer schreibt, nachdem er eine kurze Uebersicht über die ökonomische Entwicklung der Vereinigten Staaten gegeben und als besonders wichtige Tatsachen das Aufblühen der Silbermigration, die sichere Grundlage der amerikanischen Finanzen und den Verkehr in Münze statt, wie meist früher, in Papier hervorgehoben hat:

„In den verschiedensten Industriezweigen übersteigt der heimische nicht fingierte Bedarf die Größe des Angebotes, so daß wir an Stelle einer Ueberproduktion fast überall Unterproduktion haben. Bei Eisen und Stahlwaren ist diese Erscheinung sehr prononciert. Das erste Mal seit zwanzig Jahren importieren wir in großen Maßstabe aus England und Deutschland, um unseren Abgang zu decken, und doch produzieren wir 100 Proz. mehr als vor sechs Jahren. Unsere Kohlenproduktion hat im gleichen Verhältnis zugenommen und doch herrscht Kohlenmangel in allen Teilen des Landes.“

Die Wirkung der Konsolidation der führenden Industrien — die Kera der Trusts begann ja schon vor einigen Jahren — bestand darin, die Grundlagen der Produktion stetig zu machen. Zudem ist der Wettbewerb in großen Zügen vollkommen frei, da die Trusts mit Ausnahme gewisser Spezialitäten die Lage nicht kontrollieren. Diese Trusts sind oft überkapitalisiert und darin erblickt viele ein gefährliches Moment. Zudem werden „Wind und Wasser“, die in diesen Trusts eingeschlossen sind, jeden Tag in den Marktpreisen der Aktien „freigelassen“. Die meisten dieser Aktien werden mit einem Kursabschlag verkauft, welcher sie ihrem wahren Werte nähert.

Während es ein großer Unterschied zwischen Amerika und Deutschland zu machen in Bezug auf die „Trusts“. Bei uns ist der Wettbewerb fast auf jedem Gebiet frei und unbeschränkt. In Stahl und Eisen z. B., wo die Konzentration am weitesten vorgeschritten ist, wird mehr als die Hälfte der Landesproduktion von unabhängigen Gesellschaften erzeugt, und durch deren gegenwärtigen Wettbewerb werden die Preise festgelegt. Das mag von einigen bestritten werden, aber es ist Tatsache, meine Beobachtung der Syndikatsfähigkeit in Deutschland läßt mich glauben, daß dort der Wettbewerb nicht frei und unbeschränkt war, sondern in sehr großem Umfange unter der Kontrolle der Syndikats stand.“

Herr Archer Brown prophezeit dann, daß die Preise für Stahl und Eisen in den nächsten zwölf Monaten auf ihrer jetzigen Höhe bleiben werden und vor Ablauf von fünf Jahren die Vereinigten Staaten nicht wieder „als thätiger Konkurrent in Stahl und Eisen auf den europäischen Märkten“ auftreten würden. Dann heißt er zum Schluß:

„Wann das Gebäude unserer Prosperität etwa in einer allgemeinen Panik zusammenstürzen wird, kann niemand sagen. In der Vergangenheit hatten wir Krisen in Intervallen von etwa 20 Jahren; die letzte trat im Jahre 1893 ein. Unsere früheren Krisen waren indes Kreditkrisen. Jetzt aber gibt es, wie oben erwähnt, im ganzen Land nur Bargschätze! Unsere Schindeln dabei und im Ausland sind bedeckt, und es ist nicht abzusehen, wie unter den gegenwärtigen Umständen eine Kreditkrise entstehen könnte.“

Die Argumentation läuft, im Grunde genommen, darauf hinaus, daß die Nachfrage nach Industrie-Erzeugnissen bisher noch immer das Angebot übersteigt und die Kurve der Trusts durch ihr Angebot und Nachfrage bestimmt werden, also nach Ansicht des Herrn Archer Brown nicht überwertet sein können, auch noch keine Krise in Aussicht stehen kann. Die Tatsache, daß bisher noch immer vor jedem Krah, auch vor dem letzten, Leute von der volkswirtschaftlichen Einsicht des Herrn Brown die ökonomische Lage außerordentlich gesund erschienen ist, scheint dem ehrenwerten Leiter der Firma Rogers, Brown u. Co. ganz unbekannt zu sein. Seine Beweisführung erinnert an den Ausbruch der englischen Krise 1857. Einen Monat vor diesem Ausbruch hatte die Regierung alle möglichen Sachverständigen, Bankdirektoren, Großkaufleute und Großindustrielle vorgeladen, um sich über die Banklücke zu äußern, und alle hatten bei dieser Gelegenheit die frohgebende Gesundheit der englischen Geschäftslage gepriesen — vier Wochen später brach die Herrlichkeit zusammen.

Etwas geschiedert ist Mr. William W. Bennett. Er weist auf ein Moment hin, das bei der Beurteilung der amerikanischen Wirtschaftsverhältnisse immerhin mit in Betracht kommt, auf die Ausdehnung und Vielgestaltigkeit des inneren Marktes der Union gegenüber den engeren nationalen Märkten der europäischen Staaten.

„Der amerikanische Fabrikant“, erklärt er, „ist leichter in der Lage, mit dem Erzeuger gleichartiger Waren, in welcher Gegend der Vereinigten Staaten immer derselbe seine Fabrik auch haben mag, zu konkurrieren, als dies in den verschiedenen Ländern Europas etwa der Fall ist. Der Flächenraum der Union ist so groß wie jener Europas und das Eisenbahnetz ist weitläufiger. Die größere Leichtigkeit des Transportes von einem Staat in den anderen und die Tatsache, daß es keine Zollschranken zwischen den einzelnen Staaten gibt, daß ferner überall nur eine Sprache gesprochen wird, entfernen für die Händler alle Hindernisse, Waren überall zu kaufen, ob nun der Fabrikant an der atlantischen oder der pacifischen Küste seine Betriebsstätte hat; und die Fabrikanten wieder haben keine Verstehe vor einander, es wären denn solche aus lokalen Verhältnissen oder aus der Entfernung von den respektiven Hauptmärkten. In Europa liegen die Verhältnisse durchaus anders, da der Markt in jedem einzelnen Staat viel kleiner ist als der in den Vereinigten Staaten und für den Handel die Hölle, die Verschiedenheit der Sprachen und der nationalen Sitten zu überwinden sind.“

Auch ist Herr Bennett der Ansicht, daß auf die jetzige Geschäftslage die Erde folgen müsse, nur meint er, der regulierende Einfluß der großen Trusts und Syndikats vermöge einen „plötzlichen Umschwung“ der Tendenz zu verhindern:

„In den Vereinigten Staaten hat es, wie in allen Industrie-Staaten, Perioden von Höhe und Niedrigkeit in dem Gang der Geschäfte gegeben. Einer Reihe von günstigen Jahren folgt eine solche von trübem. Manchmal war insbesondere bei uns der Uebergang von einer zur anderen außerordentlich scharf und plötzlich. Seit ungefähr 8 Jahren erfreuen sich die Vereinigten Staaten einer größeren Steigerung der industriellen Prosperität, als in irgend einer der früheren Perioden der ganzen Geschichte. Es gibt derzeit keine Anzeichen dafür, daß dieser Aufschwung schon aufhören oder abnehmen dürfte, wenn auch unsere Produzenten genau wissen, daß alle Perioden aufsteigender Tendenz von Perioden des Niederganges abgelöst werden müssen.“

Er fragen, ob diesmal ein Nachlassen der industriellen Lebhaftigkeit eine vehemente Krise mit sich bringen würde. Eine solche vehemente Krise trat vor zehn Jahren ein, aber ich glaube, daß die großen Geschäftskombines, wenn sie so sorgsam geleitet werden, wie die führenden Trusts bisher, wie Wrenfen an dem Wagen wirken werden, um einen plötzlichen Umschwung der aufsteigenden Tendenz in eine unglückliche zu verhindern...

Auf Ihre weitere Frage antworte ich, daß die Eisen- und Stahl-Industrie gewöhnlich die erste unter den großen Industrien ist, welche die Reaktion von der aufsteigenden zur niedergehenden Konjunktur zu fühlen bekommt.“

Die Frage, in welcher Richtung die amerikanischen Trusts unter dem Druck einer Krise wirken werden, ob als Bremse oder als Verstärkung der Abfallgeschwindigkeit, ist noch eine völlig offene. In der Krise, unter der die deutsche Industrie zur Zeit leidet, haben sich die Syndikats und Kartelle eher als ein Hindernis der Krisenüberwindung erwiesen, denn als das Gegenteil. Aber die wirtschaftliche Macht und der finanzielle Rückhalt der großen amerikanischen Trusts ist ungeheurer. Es ist nicht unmöglich, daß bei leichten Rückschlägen tatsächlich die Trusts eine gewisse Bremswirkung ausüben könnten; bricht aber eine wirkliche Krise aus, so ist mehr als wahrscheinlich, daß die Marktkonzentration in den Trusts nur dazu führen wird, auch die Preisunterbietung und den Konkurrenzkampf konzentrierter und intensiver zu gestalten.

Aus Industrie und Handel.

Zur Beschäftigung im Baugewerbe schreibt die Arbeitsmarkt-Korrespondenz: „In Berlin liegt der Arbeitsmarkt selten günstig. So ziemlich sämtliche Maurer, über 9000 Mann, sind voll beschäftigt, ja es finden noch immer Neueinstellungen statt. Zugang

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kallius in Berlin.

ist so gut wie keiner vorhanden, obwohl von ihm augenblicklich eine neunmündige Gefahr für die Arbeitsbedingungen, die durch einen Tarifvertrag festgelegt sind, nicht drohen würde. Die Zahl der in der Errichtung begriffenen Bauten beträgt 947. Fast gleich günstig ist der Geschäftsgang auch in Hamburg und Altona. Nur bevorzugen dort die Arbeitgeber bei Einstellungen die von auswärts zuziehenden Arbeitskräfte, was eine Folge des großen Ausmaßes im Baugewerbe ist. In einigen Städten ist der Beschäftigungsgrad innerhalb kurzer Zeit so gestiegen, daß der ziemlich starke Zugang sofort in offene Stellen einrücken konnte, so namentlich in Magdeburg und Bremen. In Posen hat der günstige Stand des Arbeitsmarktes zu einer erfolgreichen Lohnbewegung und im Anschluß daran zu einem starken Zugang von Arbeitskräften aus Schlesien geführt. In gleicher Weise waren von der besseren Konjunktur Lohnbewegungen in Köln und Konstanz begünstigt. Von sonstigen Orten, wo der Geschäftsgang augenblicklich recht gut ist, nennen wir noch Apolda, Bielefeld, Chemnitz und Coburg. So erfreulich die Besserung im Baugewerbe ist, so muß doch abgewartet werden, ob die bemerkte Lebhaftigkeit längerer Bestand hat, oder ob nicht vielmehr die diesjährige Kaufkraft sich auf einen nur ganz kurzen Zeitraum zusammenzwingt. Noch immer sind die Orte, in denen im Baugewerbe die Stagnation nicht weichen will und die Beschäftigung der Arbeiter viel zu wünschen übrig läßt, zahlreich genug.“

Die letzte Bemerkung ist leider nur allzu richtig, und zwar sind es nicht allein verschiedene Großstädte, wie München, Nürnberg, Dresden, Breslau, wo der Beschäftigungsgrad der Maurer und Bauarbeiter dieses zu wünschen läßt, sondern auch eine lange Reihe Mittelstädte; besonders im rheinischen und westfälischen Industriebezirk ist der dortige schlechte Geschäftsgang auch auf die Bauwirtschaft einen lähmenden Einfluß aus.

Zur Lage auf dem Kohlenmarkt. Nach einer Meldung der „N. W. Z.“ wurden von den im Juli verbrannten Coalkohlen den Syndikatsgebern nur 72 Proz. gegen 76,8 Proz. im ganzen zweiten Quartal d. J. als Coalkohlen abgenommen. Der Rest wurde als Feinkohlen geliefert. Die Gebern erhalten dafür 7,50 M. statt 9,50 M. pro Tonne.

Rentabilität der Aktiengesellschaften im Dresdener Handelskammerbezirk. Eine interessante Statistik der Rentabilität, Kapitalien z. der Aktiengesellschaften im Handelskammerbezirk Dresden hat mit großem Aufwand an Zeit und Mühe die Dresdener Handelskammer veranstaltet und kürzlich veröffentlicht. Sie umfaßt die drei wegen des allgemeinen Geschäftsniederganges besonders interessanten Jahre 1899, 1900 und 1901 und gibt ein Bild von den Veränderungen, die sich im Laufe dieser Zeit in den Kapitalien und Erträgen der einzelnen Gesellschaften, großer Gruppen derselben und ihrer Gesamtheit vollzogen haben.

Im Jahr 1899 bestanden im Bezirk der Handelskammer 195 Aktiengesellschaften mit einem regelmäßig arbeitenden Kapitale von 595,7 Millionen Mark, 1900 202 Gesellschaften mit 640,8 Millionen, 1901 192 Gesellschaften mit 603,8 Mill. Mark Kapital. Den höchsten Rohertrag brachten Glasfabriken, nämlich 1899 = 10,6, 1900 = 21,5, 1901 = 21,3 Proz. des „regelmäßig arbeitenden“, d. h. des durchschnittlich im Produktionsprozess angewandten Kapitals (nicht nur des Nominal-Aktienkapitals), den niedrigsten Rohertrag Gasthäuser und Restaurants sowie Elektrizitätswerke. Letztere ergaben 1899 = 9,3, 1900 = 3,3, 1901 = 5,5 Proz.

Von 1899 bis 1901 sank das nominelle Aktienkapital von 448,9 auf 415,7 Millionen Mark, also um 33,2 Millionen oder 7,4 Proz.; die Dividende (der Reingewinn) sank in der gleichen Zeit um 15,2 Millionen Mark, nämlich von 37,9 und 22,7 Millionen; in Prozenten des eingezahlten Kapitals bedeutet dies ein Sinken von 9,6 Proz. auf 5,2 Proz. Wenn man berücksichtigt, daß die meisten Aktionäre ihre Aktien zu einem wesentlich höheren als dem Nominalwert erworben, ergibt sich, daß das in den Aktiengesellschaften des Kammerbezirks Dresden angelegte Kapital im Jahre 1901 sich in Wirklichkeit mit etwa 4 bis 4 1/2 Proz. verzinst.

Gewerkschaftliches.

6. Verbandstag der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Offenbach a. M., 14. August.

Heute morgen wird die Debatte über die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung fortgesetzt und die Freunde und Gegner des Vorstandsantrages bringen weiter ihre Meinung über den viel umstrittenen Punkt zum Ausdruck. Von beiden Seiten wird die Dringlichkeit der Motivierung des Vorstandsantrages bemängelt, weil diese nicht geeignet sei, die zweifelnden Elemente zu beruhigen. Mehrfach wird die Durchführung der Arbeitslosen-Unterstützung bei einem Beitrag von 25 Pf. bezweifelt und wenigstens 30 Pf. dafür in Aussicht gebracht. Auch wird die mangelhafte Kontrolle und der durch die Beitragserhöhung bedingte größere Mitgliederabfall, der den Zusammenbruch ganzer Zahlstellen im Gefolge hätte, wiederholt als Grund der Undurchführbarkeit der Vorlage angeführt.

Kurz vor Schluß der Vormittagssitzung wird mit großer Mehrheit ein zum drittenmal gestellter Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

In der Nachmittagssitzung wird nach einem längeren Schlusswort Drey eine Urabstimmung beschlossen, die sich nur auf die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung, aber nicht auf Kranken-Unterstützung erstrecken soll. Die Urabstimmung soll im November erfolgen und einfache Majorität gelten. Für den Fall der Annahme der Arbeitslosen-Unterstützung in der Urabstimmung soll die erhöhte Beitragssatzung vom 1. April 1903 ab erfolgen, während die Unterstütlungsauszahlung am 1. Oktober 1904 beginnen soll. Au Beiträgen für diesen Unterstütlungszweig sollen für männliche Mitglieder 10 Pf. und für die weiblichen Mitglieder 5 Pf. pro Woche erhoben werden. Die Karenzzeit wird auf 1 1/2 Jahre festgesetzt.

Die Arbeitslosen-Unterstützung soll von der zweiten Woche der Arbeitslosigkeit an für höchstens 42 Tage innerhalb 52 aufeinanderfolgender Wochen gezahlt werden, und zwar sollen die männlichen Mitglieder nach 1 1/2-jähriger Mitgliedschaft pro Woche 6 M., die weiblichen Mitglieder 3 M. erhalten. Diese Sätze erhöhen sich mit jedem ferneren Jahre der Mitgliedschaft bei den männlichen um 60 Pf., bei den weiblichen Mitgliedern um 30 Pf. pro Woche bis zum Höchstbetrage von 7,80 M. bzw. 3,90 M. Den Vorschlag, betreffend Rückzahlung der Unterstütlung bei Frost läßt der Vorstand fallen, jedoch wird er ermächtigt, eventuell mit dem Ausschuß zusammenzutreten, um Änderungen herbeizuführen, falls sich schwere Schädigungen des Verbandes daraus ergeben sollten. Eine wegen Arbeitsmangel in einem Betriebe erfolgte Einschränkung der Arbeitszeit oder teilweises Aussetzen der Arbeit gilt nicht als Arbeitslosigkeit.

Bei Ablehnung der Arbeitslosen-Unterstützung in der Urabstimmung soll die Arbeitslosen- und Krankenstütlung fortgeführt werden. Bei Annahme der Arbeitslosen-Unterstützung wird die Reise-Unterstützung in Bezug auf Karenzzeit und Leistung gleichgestellt. Eine große Anzahl Anträge und Resolutionen sind durch Annahme vorstehender Beschlüsse erledigt. Die Anträge auf Einführung von Kranken-Unterstützung wird mit allen gegen 1 Stimme abgelehnt.

Nach längerem Füt und Wider wird noch beschlossen, zwei besoldete Gauvorsteher anzustellen. Das Vorschlagsrecht haben die Gaukonferenzen, die Aufstellung geschieht durch den Vorstand. Die Auswahl der betreffenden Gawe verbleibt dem Vorstand und Ausschuß.

Deutsches Reich.

Achtung, Leistenvergolder! In der Goldleistenfabrik von Siga u. Goldmann in Paris, einem Vororte von Paris, ist ein Streik ausgebrochen, an welchem 31 Vergolder beteiligt sind. Da der Fabrikant Arbeitskräfte im Ausland suchen wird, warnen wir jeden, auf etwaige Inserate hineinzufallen.

Für den Inseratenteil verantwortlich: H. Glode in Berlin. Druck und Verlag von Max Spading in Berlin.

Zugung ist streng fernzuhalten. Der Hauptvorstand des Verbandes der Vergolder Deutschlands.

Droschkenlutscher Streik in Hamburg. Der gesamte Droschkenbetrieb in Hamburg ruht seit Donnerstagabend vollständig, was besonders an den Bahnhöfen sowie an der Börse schwer empfunden wird. Es handelt sich bei diesem Ausstand nicht um einen Lohnkampf, nicht um eine Bewegung der Arbeitnehmer gegen die Arbeitgeber, sondern der Streik richtet sich gegen — die Polizei. Diese hat eine neue Verordnung bezüglich des Droschkenwesens erlassen, die am 1. September in Kraft treten soll. Die neue Verordnung entspricht den Wünschen der Droschkenlutscher sowohl als auch der Droschkenbesitzer nicht. Vorstellungen wegen Berücksichtigung dieser Wünsche bei der Polizeibehörde hatten keinen Erfolg und deshalb proklamierte am Donnerstagabend eine Versammlung von 1200 Droschkenlutschern und Besitzern den Streik, der so lange geführt werden soll, bis die Polizeibehörde die berechtigten Wünsche der Streikenden berücksichtigt. Während des Streiks soll keine Droschke auf die Straße oder an die Bahnhöfe gestellt werden. Nur die feste Kundschaft soll befördert und neue Kunden während des Ausstandes nicht angenommen werden. Ein zu Gunsten des Streiks verbreitetes Flugblatt ist von den Organisationen der Droschkenbesitzer und der Kutscher gemeinsam unterzeichnet, die Zahl der infolge des Ausstandes außer Betrieb gesetzten Droschken beträgt etwa 1000.

Der „Hamburgische Korrespondent“ meldet: Die Polizei will gegen die streikenden Droschkenlutscher vorläufig keine Zwangsmaßnahmen ergreifen; sie will aber diejenigen unter ihnen, die der vertragmäßigen Verpflichtung, ihre Wagen an die Standplätze, Bahnhöfe und Dampfschiffhallen zu schicken, nicht nachkommen, in Strafe nehmen und ihnen im Wiederholungsfalle die Konzession entziehen.

Zur Aussperrung im Hamburger Baugewerbe. Die Maurer, welche in Hamburg, Wandsbek, Altona und Wischenburg von den Aussperrten noch vorhanden waren, sind am Donnerstag alle in Arbeit getreten, so daß es in diesen Orten keine ausgesperrten Maurer mehr gibt. In Hamburg sind noch 20 ausgesperrte Maurer vorhanden. — Die Hamburger Bauhilfsarbeiter verzeichnen noch 157 Aussperrte.

Die Maurer in Barmen fordern, wie bereits früher mitgeteilt wurde, die Einführung der 10 stündigen Arbeitszeit und eines Stundenlohnes von 48 Pf. Sie haben jetzt, da Vorstellungen bei den Arbeitgebern keinen Erfolg hatten, beschlossen, die Arbeit niederzulegen, wo diese Forderungen nicht bewilligt werden. Die Zunung zeigt nicht das geringste Entgegenkommen, und deshalb nimmt der Streik eine große Ausdehnung an. Von 500 am Orte beschäftigten Maurern hatten schon am Donnerstagmorgen 300 die Arbeit niedergelegt. Die Zahl der Ausständigen mehrt sich fortgesetzt und dürfte jedenfalls auf 400 anwachsen.

Gegen den § 153 der Gewerbe-Ordnung sollte sich der Sekretär des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Joh. Reichel, vergangen haben, und zwar dadurch, daß er in einer Versammlung der Goldschläger in Schwabach einigen Arbeitern den Ausschluß aus dem Verbanne in Aussicht stellte für den Fall, daß sie in einer Werkstatt, wo die Tarifgemeinschaft nicht anerkannt wird, Arbeit nehmen. Das Schöffengericht, welches sich am Donnerstag mit dieser Angelegenheit beschäftigte, konnte in dem Verhalten Reichels keine Bedrohung im Sinne des § 153 der Gewerbe-Ordnung erblicken und sprach den Angeklagten deshalb frei. Reichel wies nämlich nach, daß er nicht, wie die Anklage behauptet, mit dem Ausschluß gedroht, sondern nur eine aus der Versammlung an ihn gerichtete Frage dahin beantwortet habe: Er halte es für sehr wahrscheinlich, daß Mitglieder, die in Werkstätten arbeiten wo die Tarifgemeinschaft nicht anerkannt ist, ausgeschlossen werden könnten.

Nach dieser Entscheidung war der Anklage der Boden entzogen. Wenn aber die gesunde Vernunft von der Rechtsprechung nicht ganz ausgeschloffen werden soll, dann hätte unfrei Erachtens auch eine Preisprechung erfolgen müssen, wenn den Betroffenen aus den angeführten Gründen der Ausschluß „angedroht“ worden wäre, denn es ist doch selbstverständlich, daß eine Organisation das Recht haben muß, solche Mitglieder, die die Beschlüsse der Organisation mißachten und ihre Einrichtungen nicht anerkennen, auszuschließen, und wenn der Leiter einer solchen Organisation diesen Rechtsstandpunkt vertritt, so kann das unter keinen Umständen strafbar sein. Man muß sich wundern, daß aus den angeführten Ursachen überhaupt eine Anklage erhoben werden konnte.

Dem Maurerstreik in Köln haben sich jetzt auch die Bauhilfsarbeiter angeschlossen. Sie fordern den Zehnstundentag und 38 Pf. Stundenlohn. Bisher erhielten sie 33—35 Pf. und mußten 10 1/2 Stunden arbeiten. Die Zunung ist den Streikenden infolgedessen etwas entgegen gekommen, indem sie beschlossen hat, den Zehnstundentag zu bewilligen, den Maurern 46 Pf. Mindestlohn sogleich, und vom 1. April 1903 ab 48 Pf. (die Forderung der Maurer) zu zahlen. Den Hilfsarbeitern soll ein Stundenlohn von 36 Pf., und vom 1. April 1903 ab ein solcher von 38 Pf. bewilligt werden.

Wegen Bedrohung und Verurteilung hat das Schöffengericht den Geschäftsführer des Braunschweiger Filiales des Bauarbeiter-Verbandes zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Das angelegte Vergehen bestand darin, daß der Verurteilte während des Streiks zwei Arbeiter auf einen Versammlungsbeschluss aufmerksam machte, wonach sie auf dem betreffenden Bau nicht arbeiten dürften. Der Angeklagte soll dabei die Worte gebraucht haben: Ihr sollt und dürft hier nicht arbeiten, denn hier sind Streikbrecher beschäftigt. In diesen Worten wurde die Drohung gesehen.

Wissen das aber janzbesetzte Naturen sein, die sich durch solche Keuherung bedroht fühlen können.

Die Lederarbeiter (Werber) in Görlitz haben durch glückliche Vereinbarung mit den Unternehmern eine Erhöhung des Wochenlohnes von 17 auf 18 M. erreicht.

Ausland.

Der Streik der Arbeiter in der Eisenhütte von Savona (Italien) hat große Dimensionen angenommen; die Zahl der Streikenden beträgt 1600. In geheimer Abstimmung wurde die Weiterführung des Ausstandes mit 1923 gegen 27 Stimmen beschlossen; 100 Abwesende und Kranke sandten ihre Stimme für Fortführung ein. Ein Regierungsvertreter ist nach dem Streikort abgegangen, um eine Verständigung herbeizuführen; für die Arbeiter führt die Verhandlung der sozialistische Abgeordnete Cabrini.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Deutsch-Schweizer Parteitag.

Auffig, 15. August. (Weiddepesche des „Vortwärts“.) Der Parteitag wurde heute unter starker Beteiligung eröffnet, 130 Delegierte waren anwesend. Genosse Adler ist noch nicht eingetroffen, da er bis Sonnabend in Wien zurückgehalten ist. Die deutsche Partei ist vertreten durch die Reichstags-Abgeordneten Kadon und Edmund Fischer. Der Parteivertreter wurde Decharge erteilt. Die Abänderung der Organisation wurde nach dem Vorschlag der Parteileitung gutgeheißen.

Villefranche, 15. August. (W. Z. B.) Bei dem nach der Feier der Einweihung des Denkmal veranlasseten Bankett führte Kriegsminister Andre in Erwiderung mehrerer Toaste namentlich desjenigen des Vertreters von Velfort, aus, er rate Velfort, seine glorreiche Fahne von 1870 nicht früher herauszutragen, bis an dem Tage, da das Vaterland alle seine Kinder zu den Waffen rufen werde. Der Kriegsminister sprach sich alsdann zu Gunsten der zweijährigen Dienstzeit aus.

Tientsin, 15. August. (Meldung des „Reuterschen Bureau“.) Die Uebergabe Tientsin an die chinesischen Behörden ist heute vollzogen worden.

Hierzu 2 Beilagen.

Bericht des Partei-Vorstandes

an den

Parteitag der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

1902 zu München.

Wenige Tage nach Schluß des vorjährigen Parteitages in Lübeck kam aus Leipzig die erschütternde Nachricht, daß unser unvergeßlicher Genosse und Kämpfer Dr. Bruno Schoenlant für immer die Augen geschlossen hat.

Die Folgen übermäßiger geistiger Anstrengung und wohl auch vorhandene körperliche Disposition hatten den unermüdblichen Genossen schon monatelang vorher gezwungen, seine Dienste im Interesse der Partei einzustellen und eine Heilanstalt aufzusuchen. Am 30. Oktober vorigen Jahres kam von dort die Nachricht, daß der Erlöser Tod sich eingestellt, das wadere Herz unfres Genossen und Vorkämpfers für immer zu schlagen aufgehört hat. Ein von den Leipziger Genossen veranstaltetes großartiges Begräbnis, an dem sich Zehntausende von Teilnehmern beteiligten, und wozu Delegationen und Kranzspenden aus allen Ecken Deutschlands geschickt waren, zeigte, welcher Liebe und Verehrung sich der Verstorbene in den socialdemokratischen Kreisen erfreute.

Leider hat auch sonst im letzten Jahre der Tod manchen braven und in weiteren Kreisen bekannten Genossen aus unsrer Mitte fortgerissen. Um nur einige zu nennen, sei hier daran erinnert, daß der Vergarbeiter-Verband seinen langjährigen Vorsitzenden und Mitbegründer, Heinrich Müller, verloren hat. Eine in der schweren Berufsarbeit zugezogene schleichende Krankheit hat der unermüdblichen Thätigkeit des Verstorbenen ein vorzeitiges Ziel gesetzt. In tragischer Weise endeten die Genossen Karl Schoch in Magdeburg und Wilhelm Swienty, der Schwiegerohn Liebknecht, der besonders in der Gewerkschaftsbewegung thätig war, verunglückte bei seiner Thätigkeit für die Arbeiterbewegung, indem er auf dem Wege war, seine Berufs-Kollegen (Rauers) zu einer Sitzung zusammenzuholen. Er wurde von einem Motorwagen der Straßenbahn überfahren und erlitt dabei einen Gehirnbruch, der seinen sofortigen Tod im Gefolge hatte.

Wilhelm Swienty, früher rednerisch und schriftlich für die Organisation seiner Berufs-genossen (Handlungsgehilfen) thätig, war in die Redaktion des Pölschen Partei-Organs eingetreten. Wegen Preßvergehens wiederholt mit längerer Gefängnisstrafe bestraft, war unser Genosse erkrankt. Er mußte sich schwerer Operationen unterziehen. In einem Fieberanfall stürzte der Unglückliche in einem unbewachten Augenblicke aus dem Fenster der dritten Etage in den Hof und verletzte sich dabei so schwer, daß er bereits auf dem Transport nach dem Krankenhaus verchied. Nach langem Leiden hat auch der Genosse Max Redelwitz für immer die Augen geschlossen. Wittich war schon in der Zeit vor dem Socialistengesetz in den Reihen der sächsischen Genossen und speziell in Leipzig schriftlich und rednerisch für die Partei thätig.

Diese Thätigkeit setzte er unter dem Socialistengesetz fort, und er blieb derselben treu, bis der Tod den bereiten Mund schloß und dem Genossen die Feder aus der Hand nahm. Die Arbeiter in Magdeburg, Halle und Leipzig erschienen zu Tausenden, um den Verstorbenen am offenen Grabe den Tribut der Achtung und Liebe zu zollen.

Neben den Genannten, denen noch die Namen vieler anderer ebenso braver, nur vielleicht in weiteren Parteilreisen weniger bekannter verstorbenen Parteigenossen anzufügen wären, haben im letzten Jahre auch unsere weiblichen Parteimitglieder eine ihrer eifrigsten Agitatricinnen durch den Tod verloren. Genossin Egidborn ist in Dresden nach längerem Siechtum an den Folgen der Proletarier-Krankheit verstorben. Die Verstorbenen war ihrem Namen, als dieser unter dem Socialistengesetz auf Grund des kleinen Verlagerungs-zustandes aus Leipzig ausgewiesen war, gefolgt. Die Entrüstung über das erlittene Unrecht und über die Brutalität, mit der die herrschende Gewalt die Emancipations-Bestrebungen der arbeitenden Klasse zu unterdrücken verfuhr, trieb die Genossin, die vor der Ausweisung ihres Mannes nie öffentlich aufgetreten war, auf die Rednertribüne zum lauten Protest gegen alles Unrecht. Aus der bis dahin stillen Hausfrau war durch die Ausweisung eine berebte und begeisterte Vorkämpferin im Befreiungskampf des Proletariats geworden.

Auch eine Wirkung des Schandgesetzes, an die dessen Schöpfer bei Erlaß desselben wohl nicht gedacht haben.

Soeben, wo wir im Begriffe sind, diesen Bericht in den Druck zu geben, erfahren wir, daß Max Regel, der Dichter des Proletariats, in München aus dem Leben geschieden ist. Seit seiner frühesten Jugend zählte der Verstorbene zu den begehrtesten Anhängern unsrer Partei, für deren Presse er in Prosa und Dichtung thätig war. Regel war Mitbegründer und Mitarbeiter fast aller Partei-Viertelblätter, er zählte zu den ältesten Mitarbeitern vom „Wahren Jakob“. Sohn eines sächsischen Proletariats, ist er der Partei des Proletariats ein treuer Anhänger geblieben, bis der Tod unverhofft und allzu früh ihm die Augen schloß.

Mit dem bevorstehenden Abschluß neuer Zoll- und Handelsverträge seitens des Deutschen Reichs mit den andern Nationen haben sich mehr oder minder eingehend bereits unsere letzten Parteitage in Stuttgart, Mainz und Lübeck beschäftigt.

Nachdem feststand, daß der neue Zolltarif und die auf Grund desselben abzuschließenden Handelsverträge wesentliche Erhöhungen der Zollpositionen und vor allem eine ganz unerhörte Steigerung der Zölle auf die notwendigsten Lebensmittel, besonders auf Brot und Fleisch, bringen werden, beschloß der vorjährige Parteitag in Lübeck die Agitation gegen diesen geplanten Raubzug am Volke in umfassendster Weise in Angriff zu nehmen. Zu Tausenden von Versammlungen in allen Teilen des Reichs wurde Protest gegen die Hungerzölle erhoben und in den schärfsten Resolutionen Stellung gegen den Versuch genommen, unter der Maske des „Schutzes der nationalen Arbeit“ die Konsumenten, und vor allem die arbeitende Bevölkerung, zu Ruh und Träumen weniger Tausend Großgrundbesitzer und Schlotjunger in schamloser Weise durch künstliche Verteuerung der unentbehrlichsten Lebens- und Genussmittel auszubuten.

Neben dieser mündlichen Agitation wurde eine ebenso umfassende schriftliche Agitation, besonders durch Flugblätter, unternommen. Ein vom Vorstand herausgegebenes illustriertes Flugblatt wurde in Millionen Exemplaren bis in die letzten Dörfer des Reichs verbreitet. Ebenso wurden der Leitung der Frauenbewegung die Mittel zur Herstellung und Verbreitung eines vor allem für die Frauen bestimmten Flugblattes gegen den Zollwucher zur Verfügung gestellt. Dieses Flugblatt ist in einer Auflage von 400 000 Exemplaren hergestellt worden und von den Genossinnen zur Verbreitung gelangt. Neben dieser von der Centralstelle ausgehenden Agitation gegen den Zollwucher lief eine ebenso umfassende Thätigkeit unsrer einzelnen Landes- und Provinzialorganisationen her. Flugblätter, die in ganz Deutschland Verbreitung und Anklang finden sollen, können sich fast immer nur in allgemeinen Aus-

führungen bewegen, sind aber nicht im Stande, den lokalen und provinziellen Verhältnissen genügend Rechnung zu tragen. So hat z. B. das Flugblatt: „Was uns die Junker kosten?“, das in Ostpreußen vorzüglich wirkte, in Süd- und Westdeutschland weniger angepfunden, weil man eben dort die Schandwirtschaft der Junker und Großgrundbesitzer glücklicherweise aus eigener Anschauung weniger kennt. Die Landes-, Provinzial- und Kreisorganisationen haben deshalb ihren Verhältnissen angepaßte Flugblätter gegen den geplanten Wotwucher selbständig herausgegeben und dazu, wo es notwendig war, Beihilfen aus der Centralstelle erhalten. Der Erfolg dieser Agitation zeigte sich einmal in den Ausbrüchen maßloser Wut in den Organen der Zollwucherpartei über die „gewissenlose Deherei der Socialdemokraten“, dann aber in der großartigen Beteiligung aller Volksschichten an der von unsrer Partei in Scene gesetzten Massenpetition gegen die beabsichtigten Zollserhöhungen und besonders gegen die Hungerzölle auf die notwendigsten Lebensmittel.

Am 23. November vorigen Jahres war der neue Zolltarif-Entwurf dem Reichstage zugegangen und schon in der Nummer 282 des „Vorwärts“ vom 3. Dezember 1901 fand sich folgende Bekanntmachung:

Der Millionentest gegen den Zucker- und Hingertarif wird heute dem Reichstage zugehen. Die etwa 13 Centner wiegenden Petitionsbullen werden mit folgendem Aufschreiben dem Reichstags-Bureau überliefert werden:

Der unterzeichnete Vorstand der socialdemokratischen Fraktion des Reichstags beehrt sich, anbei eine laut beiliegendem Verzeichnis mit

3 431 784 Unterschriften

verlehen gegen jede Erhöhung der Lebensmittelzölle gerichtete Petition ergebnis zu überreichen.

Berlin, 3. Dezember 1901.

Auer, Vebel, Meister, Pfannsch. Singer.

An den Reichstag

Berlin.

Noch nie, seit Verlehen des Reichstags, ist demselben eine Massenpetition mit so zahlreichen Unterschriften zugegangen. Neben dieser gewaltigen Thätigkeit im Kampfe gegen die Zuckerpolitik wurde aber die propagandistische Arbeit auf andern Gebieten keineswegs zurückgestellt. Besonders energisch beteiligten sich unsere Genossen im verflossenen Winter an der von den gewerkschaftlichen Organisationen vorgenommenen Arbeitslozenzählung und bekehrten so an einem praktischen Beispiel die Solidarität der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Der mit der Arbeitslozenzählung verfolgte Zweck, die öffentliche Aufmerksamkeit auf diesen Lebensstand zu lenken und Staat und Kommune zu veranlassen, durch Bereitstellung von Mitteln die Beschäftigung der Arbeitslosen zu ermöglichen und so großen Elend und Hilflosigkeit zu heuern, fand auch nachdrücklichste Unterstützung seitens unsrer Parteimitglieder im Reichstag und in den einzelnen Landtagen und in den Kommunalvertretungen.

Diese Schärfung des bürgerlichen Bewußtseins dem zahlenmäßig aufgedeckten Notstand gegenüber wurde von einem Teile der bürgerlichen Presse zwar mit dem üblichen Gemurmel über „denagogische Deherei“ beantwortet, vielfach wurde aber doch zu mehr oder minder praktischen Auskaufsmitteln gegriffen und damit der Notstand, wie wir ihn gelegentlich früher allgemeiner Arbeitslosigkeit kennen gelernt haben, in etwas gemildert.

Die socialdemokratische Mehrheit in der Osnabrücker Stadtverordneten-Versammlung bewilligte unter immittindem Widerspruch der bürgerlichen Minorität in zwei Raten 80 000 M. zur Beschäftigung Arbeitsloser.

Dah auch sonst die Agitations- und Aufklärungsarbeit in unermüdblicher Weise betrieben wurde, beweist ein Blick in den Annoncen-teil unsrer Parteipresse auf die dort angezeigten Versammlungen. Wenn trotzdem immer wieder Klagen darüber laut werden, daß der oder jener gewollteste Redner nicht nach diesem oder jenem Orte gekommen ist, so werden diese Beschwerden wohl auch niemals verstanden, obwohl ihnen eine solche Berechtigung nicht zuerkannt werden kann. Die Zahl der Orte, in denen der oder jener bekannte Parteiredner noch nicht gesprochen hat, ist zu groß, als daß all den in dieser Beziehung laut werdenden Wünschen auch nur annähernd nachgekommen werden könnte.

Dah auch im abgelaufenen Parteilahre unsrer agitatorischen Thätigkeit von den öffentlichen wie privaten Gewalten alle möglichen Hindernisse in den Weg gelegt wurden, bedarf wohl kaum des besonderen Hervorhebens. Versammlungsverbote aus den wichtigsten Gründen und Versammlungs-Auflösungen unter vollständiger Nichtachtung der begünstigten gesetzlichen Vorschriften sind alljährliche Erscheinungen. Beschwerden gegen diese Willkür, wenn die Genossen es der Mühe wert hielten, solche zu erheben, haben zwar in einzelnen Fällen Erfolg gehabt, aber in der Regel erfolgte die Entscheidung der oberen Instanzen so spät, daß der mit dem Verbot oder der Auflösung angerichtete Schaden dadurch nicht mehr verhindert ward. Wie wenig ernst gemeint in diesen Fällen aber die unteren Behörden die Entscheidungen der oberen Instanzen nehmen, beweist der Umstand, daß dieselben Organe der Staatsgewalt bei nächster Gelegenheit sich nicht scheuen, gegen unsre Versammlungen und Redner in derselben unzulässigen Weise wieder vorzugehen, wegen der sie erst gerügt worden sind. Die Ansicht ist eben weit verbreitet, daß beim schändlichen Vorgehen gegen die Umstürzler man sich um die Zwirnsäden der gesetzlichen Vorschriften nicht viel zu bekümmern braucht.

Neben den direkten Verböten hat man unsre Agitation besonders durch das Mittel der Sozialabtreiberei und der Einschüchterung der Lokalbesitzer zu vereiteln versucht. Ein sehr beliebtes Mittel, unsere Genossen die Lokale für ihre Versammlungen abzutreiben, ist auch die Verhängung des Militärbojotts. Dabei wäre es das Ärgste, anzunehmen, daß dieser Bojott etwa nur Günstigkeit für das aktiv im Dienste stehende Militär hat. Derselbe erstreckt sich auch auf die Mitglieder der Kriegervereine, so daß er sich wirklich zeigt selbst an Orten, wo gar kein Militär vorhanden ist. Die Verneinung jedes männlichen Unabhängigkeitsgefühls, wie sie das notwendige Ergebnis des militärischen Trübs sein muß, wirkt im bürgerlichen Leben noch so sehr nach, daß die in Kriegervereinen verbundenen ehemaligen Soldaten sich vordringen lassen, welche öffentlichen Lokale sie besuchen dürfen und welche nicht. Besonders wird diese Praxis im Ruhrgebiet Saschen geübt, wie denn die dort herrschende Reaktion überhaupt nur ihre Erklärung in der unglücklichen politischen Zeitgeist weitefter bürgerlicher Kreise findet.

Es ist natürlich unmöglich, alle die kleinsten Schikanen und Kadelstiche, die im Laufe des Jahres gegen unsre Genossen zur Anwendung kommen, in dem Berichte zu erwähnen, wohl aber mag hier ein Verzeichnis einiger der Gründe wieder gegeben sein, auf die hin in Saschen Versammlungen aufgelöst und verboten worden sind. Unser jüngstes sächsisches Parteiblatt plaudert darüber in folgender launiger Weise:

„Aufgelöst kann in Saschen eine Versammlung werden, wenn der Redner in „schiendem“ Tone Mißstände bespricht (Reichenbach i. S.), wenn es dem überwachenden Beamten an den Beinen friert (Plauenscher Grund), wenn vom Teufel gesprochen wird (Plauenscher Grund), wenn die Zuhörer dem Redner Beifall spenden bei einer Wortentziehung (Mitweida), wenn dem Beamten die Versammlung zu lange dauert (Rauhlitz), wegen Auflehens gegen die Behörde (Gartha) usw.“

Gleich von vornherein kann eine Versammlung verboten werden,

wenn der Redner vorbehaftet ist (Mitweida, Waldheim, Limbach, Falkenstein, Oelsnitz i. V.),

weil die Tagesordnung eine Beleidigung eines Landtags-Abgeordneten enthält (Pegan),

weil die Volkseigenen aufgestachelt werden können (Grimma),

weil aus der Tagesordnung der Zweck der Versammlung nicht ersichtlich ist (Reichenbach),

weil die Behörde über die Verhandlungen des Gewerkschafts-Kongresses nicht informiert ist, Verbot des betr. Tagesordnungspunktes (Brandis),

weil die Behörde keine Zeit hat, sich nach dem Einberufer zu erkundigen (Weihen),

weil die Antschauptmannschaft in ihrem eignen Bezirk nicht genau Bescheid wußte (Rochlitz-Tauro),

weil die Polizei des Ortes zur Überwachung nicht ausreicht (Ottendorf-Okrilla),

weil über das Thema nicht gesprochen werden darf (Plauenscher Grund),

weil Landestruar angeordnet ist (Pöban),

weil der Nachweis nicht erbracht ist, daß der Besizer des Versammlungsplatzes seine Genehmigung zur Abhaltung der Versammlung erteilt hat (Oberkummersdorf).

Daß mit allen diesen keimlichen Maßnahmen die Ausbreitung unsrer Bewegung auch in Saschen nicht gehemmt wird, dafür spricht in drastischer Weise der Ausfall der Nachwahl zum Reichstag im 10. sächsischen Wahlkreise; das immer stärkere Eindringen unsrer Vertreter in die sächsischen Gemeindervertretungen und wird am deutlichsten sprechen der Ausfall der im nächsten Jahre stattfindenden Reichstagswahlen.

Ein Beispiel für die Wirkunglosigkeit der Kadelstich-Politik mag hier noch angeführt sein. Seit Jahren feiern die Leipziger Genossen ihr Gewerkschaftsfest in einem großen Gartenlokal in Stötteritz. In früheren Jahren wurde dieses Fest durch behördliche Eingriffe wenig geföhrt, neuer Beliebte es nun der Antschauptmannschaft, eine Verfügung zu erlassen, nach der die Erhebung von Eintrittsgeld und die Aufführung von Theaterstücken untersagt wurde. Der Zweck dieser Verfügung ist ebenso klar, wie an deren gezielte Zulässigkeit Zweifel erlaubt sein werden. Unfre Leipziger Genossen ließen sich aber den Dummheit verberden. Sie machten mit der Veröffentlichung des Verbotes der Erhebung von Eintrittsgeld zugleich bekannt, daß natürlich auch in diesem Jahre, wie in allen früheren, ein „Gedenkblatt“ herausgegeben werde und forderten die Arbeiter auf, dasselbe schon vorher zu kaufen, damit in dem Vertriebe auf dem Festplatz die Behörde keine Umgehung des antschauptmännlichen Verbotes“ erblicken könne. Dieser garte Wind sand volles Verhängnis bei den Arbeitern. Das Gedenkblatt wurde in einer Auflage verkauft, wie noch nie vorher, der Festplatz war ungeheurer besucht und das Fest selbst, auf dem Genosse Singer die Festebe hielt, verlief in glänzendster Weise. Der antschauptmännliche Erlaß scheint auch von der Antschauptmannschaft als ein Schlag ins Wasser erkannt worden zu sein, denn in letzter Stunde hob diese Oberbehörde den Erlaß auf, so daß auf dem Festplatz Entree wie sonst erhoben werden konnte. Die Reaktion kann das satte Bürgerium einschüchtern, am Massenbewußten Proletariat scheitern aber alle staatskretterischen Pläne.

Gleichlich wie in Saschen verfährt die Reaktion in einigen mitteldeutschen Kleinstaaten. Das Nichtvorhandensein gesetzlicher Vorschriften über das Vereins- und Versammlungsweisen, das früher nach dem Grundsatze: „was nicht verboten, ist erlaubt“, zu vollständiger Vereins- und Versammlungsfreiheit in diesen kleinen Staatswesen geführt hatte, wird jetzt von Ministerien und unteren Behörden dazu benutzt, um auf dem Wege der Verordnungen das Versammlungsrecht in willkürlichster Weise zu beschränken. Die Verächtlichung ein „aufreißender“ Redner zu sein, genügt in Weimar und Schwarzburg-Rudolstadt, um dem Betroffenen das Zutreten in öffentlichen Versammlungen unmöglich zu machen. Öffentlich geben bei den nächsten Reichstagswahlen unsre Thüringer Genossen darauf die gedehrende Antwort:

Hatten wir im vorigen Jahre die traurige Aufgabe, von dem Hinscheiden unfres unvergeßlichen Genossen W. Liebknecht Akt nehmen zu müssen, so können wir dieses Mal auf einen Akt der Pietät verweisen, der uns neue beweist, wie tief die Liebe und Verehrung für den Mann in den Herzen der arbeitenden Bevölkerung Wlag gefast hat. Bald nach dem Begräbnis Liebknechts erließen die Vertrauenspersonen des VI. Berliner Reichstags-Wahlkreises einen Aufruf zur Sammlung eines Denkmals-Fonds. Am 1. Osterfeiertag dieses Jahres wurde dieser Denkmals auf der Ruhestätte des Verstorbenen enthüllt. Trotz bitterer Kälte und ungemünem Wetter fanden sich Tausende am Grabe ein, um an der würdigen Feier teilzunehmen.

Ueber die parlamentarische Thätigkeit unsrer Vertreter im Reichstag finden die Genossen eine zusammenhängende Schilderung in dem Jahresbericht der Reichstagsfraktion. Kehliche, mehr oder weniger umfangreiche Berichte, haben auch die Fraktionen der einzelnen Landesvertretungen veröffentlicht. Als eine charakteristische Erscheinung darf es wohl bezeichnet werden, daß in den Landtagen der drei Mittelstaaten Bayern, Baden und Hessen, angeregt durch unsre Genossen, die Reform und Erweiterung des Landtagswahlrechts auf die Tagesordnung gestellt worden und in eingehendster Weise darüber verhandelt worden ist. Positive Erfolge sind zwar in keinem der drei Landtage erzielt worden, da die Regierungen und die herrschenden Parteien mit allen verstellten Mitteln sich gegen eine Erweiterung des Wahlrechtes zu Gunsten der Arbeiter streiten. Aber die Frage steht einmal auf der Tagesordnung der betreffenden Landtage, und im Volke sind für dieselbe so tiefe sympathien vorhanden, daß offen als Gegner dieser Reform sich zu bekennen, keine bürgerliche Partei mehr den Mut findet. Die Wahlreform kann zwar verzögert, aber sie kann nicht mehr verhindert werden. Dafür bürgt uns die Stimmung der breiten Massen in Süddeutschland und das Geschick und die Energie, mit der unsre Genossen in und außerhalb der Parlamente die Interessen derselben wahrzunehmen wissen. Die Erfolge aber, die unsre Genossen in Süddeutschland erringen, sie bleiben nicht ohne Auswirkung im übrigen Deutschland. Die sächsischen Reaktionäre werden ihres Sieges beim Wahlrechtsrand so wie so nicht froh. Ist es auch gelungen, den letzten Vertreter der Socialdemokratie, der stärksten Partei Saschens, aus dem Landtag hinaus zu drängen, unsre Partei nimmt dafür Nevada bei den Reichstagswahlen. Die Konservativen besetzen die frei gewordenen Plätze der Socialdemokraten im Landtag, die Liberalen aber, die so reichlich bei der Wahlrechtung der Arbeiter mitgeschossen haben, sie sehen sich um den erhofften Lohn für ihre reaktionäre Handreichung schmächtig hintergangen. Im Reichstag von den Socialdemokraten, im Landtag von ihren konservativen Freunden verdrängt, bleibt den sächsischen Liberalen nichts wie Spott und Hohn von allen Seiten, und sie stehen da und jammern wie die Lohgerber, denen die Felle fortgeschwommen sind.

Die im nächsten Jahre in Preußen stattfindenden Landtagswahlen werden zeigen, ob die preussischen Liberalen an dem Schicksal ihrer sächsischen Freunde etwas gelernt haben oder nicht. Entsprechend den Beschlüssen der Parteitage in Hamburg, Hannover und Mainz werden sich unsre Genossen in Preußen mit aller Energie an den nächsten Landtagswahlen beteiligen. Ist auch bei dem elenden

Dreiklassen-Wahlrecht nur geringe Aussicht, daß unsere Genossen die Majorität der Wahlmänner in einigen Kreisen durchbringen, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß unsere Partei stark genug ist, so viel Wahlmänner in einer Reihe von Kreisen durchzubringen, daß bei diesen die Entscheidung liegt. Bleibt der Liberalismus auch in dieser Situation dennoch bei seiner alten Parole: „Nieder Lucius als Kapell!“ stehen und hilft er so mit verhandeln, daß auch Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiter in das Dreiklassen-Parlament einziehen, dann werden unsere Genossen in den Kreisen, wo von unseren Wahlmännern die Entscheidung abhängt, die notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen wissen. Geht es aber bei der nächsten Wahl, einige unserer Parteivertreter auch in den preussischen Landtag zu bringen, dann werden diese dafür Sorge tragen, daß auch in diesem Parlamente die Frage der Wahlreform im Sinne der Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und gehehmen Wahlrechts auf die Tagesordnung gestellt wird und bis zu seiner Verwirklichung von dieser nicht mehr verschwindet.

Als auf einen hochbedeutenden Vorgang in den Reihen der Klassenbewußten deutschen Arbeiterkassen verdient an dieser Stelle auch auf den vierten Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands, abgehalten in Stuttgart, hingewiesen zu werden. Der Kongreß war zahlreicher besucht wie alle seine Vorgänger, und welche Bedeutung die gewerkschaftliche Bewegung trotz aller Verfolgungen durch Behörden und Unternehmer in Deutschland erlangt hat, dafür zeugt wohl in glänzendster Weise die Beachtung, die die Verhandlungen des Kongresses in der gesamten deutschen Presse gefunden haben. In wie hohem Ansehen die deutsche Gewerkschaftsbewegung bei den Arbeitern des Auslandes steht, das zeigen die Delegationen, die aus fast allen europäischen Ländern zu den Verhandlungen erschienen waren.

Als ein Zeichen der Zeit darf es wohl auch registriert werden, daß — zum erstenmal in Deutschland — das Reichsamt des Innern und das königliche Ministerium des Innern von Württemberg sich auf diesem Kongresse Klassenbewußter Arbeiter durch höhere Beamte vertreten ließen.

Die Verhandlungen des Kongresses waren in allen Stadien von Sachkenntnis und tiefem Ernst getragen, zugleich aber brachten sie auch neue den vollen Beweis, daß unter den Klassenbewußten deutschen Arbeitern vollständige Einigkeit herrscht. Die Hoffnungen auf eine Spaltung zwischen den gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeitern sind elend zu Schanden geworden, darüber haben die Verhandlungen in Stuttgart auch keine Spur von Zweifel mehr übrig gelassen.

Dieser geschlossenen Einigkeit gegenüber ist es von doppeltem Interesse, die Kämpfe in den sogenannten christlichen Gewerkschaften zu beobachten, die wohl als ein sicheres Anzeichen dafür gelten können, daß weite Kreise dieser Arbeiterschichten es satt haben, sich fernerhin als willenloses Stimmvieh für kirchliche und Unternehmer-Interessen mißbrauchen zu lassen.

Internationales. Zum 30. Dezember 1901 war vom internationalen sozialistischen Bureau eine Sitzung der Bureaumitglieder nach Brüssel einberufen. Von unserer Seite nahmen die Genossen P. Singer und A. Kautsky an den Verhandlungen teil. Neben anderen wichtigen Beschlüssen fand auch ein von Singer und Kautsky beantragter Protest gegen die Germanisierungsversuche Preussisch-Polens und gegen die barbarischen Taten Englands in Transvaal einstimmig Annahme. Außer Deutschland waren auf der Konferenz vertreten die sozialdemokratischen Arbeiter von England, Frankreich, Holland, Polen, Belgien, der Vereinigten Staaten von Nordamerika und der Republik Argentinien. Ihre Zustimmung fanden die Arbeiterparteien von Dänemark, Oesterreich, Italien und Spanien.

Zum österreichischen Parteitag in Wien delegierte der Vorstand die Genossen A. Webel und Franz Ehrhardt, die dort freundliche Aufnahme fanden. Der von der Arbeiterpartei Belgiens im Laufe dieses Jahres in Belgien Generalstreik zur Erringung des gleichen Stimmrechts begonnene in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie der größten Sympathien. Nach dem Grundsatze: wer schnell giebt, giebt doppelt, landete der Parteivorstand sofort, nachdem die Proklamierung des Generalstreiks erfolgt war, 10.000 M. an die belgische Parteileitung und eröffnete eine Sammlung zur weiteren Unterstützung unserer belgischen Genossen. Da diese mittlerweile den Kampf aufgeben mußten, wurde die Sammlung eingestellt, von den Erträgen derselben aber noch 5000 M. abgezahlt.

Der Londoner kommunistische Arbeiter-Bildungsverein erteilte an den Vorstand der Partei eine Einladung zur Feier der Einweihung seines neuen Heims in 107 Charlotte Street, Fitzroy Square, W. London. Der Vorstand ersuchte den altbewährten Genossen Fr. Lehner, die deutsche sozialdemokratische Partei bei der Feier zu vertreten.

Wahlen. Seit dem letzten Parteitag war die Partei in 18 Reichstags-Wahlkreisen an notwendig gewordenen Nachwahlen beteiligt. Schon während der Parteitag noch in Lübeck tagte, war die Wahlagitator im Kreise Wiesbaden im vollen Gange und das Resultat der Hauptwahl am 26. November entsprach durchaus den Erwartungen, die unsere Genossen gemacht hatten. Trotzdem alle im Kreise vertretenen Parteien Kandidaten zur Hauptwahl aufgestellt hatten, gelang es unseren Genossen 1500 Stimmen mehr aufzubringen wie bei den allgemeinen Wahlen 1898. Mit 9500 Stimmen kam Genosse Dr. M. Quark mit dem freisinnigen Gegner, auf den 6400 Stimmen gefallen, in die Stichwahl, bei der dann der Freisinn mit 14902 gegen 11346 Stimmen den Sieg davon trug. Centrum, Nationalliberale und Bund der Landwirte hatten sich mit den Freisinnigen vereinigt und so den Wahlkreis noch einmal für die „Ordnungsparteien“ gerettet. Die Entscheidung bei den Stichwahlen lag in den Wahlkreisen Schweinitz, Bitterberg und Schaumburg-Lippe in den Händen unserer Genossen. In beiden Kreisen standen Freisinnige gegen konservativ-antisemitisch-agrarische Kandidaten in Stichwahl. Unsere Genossen, die im ersten Wahlgange in beiden Kreisen einen bedeutenden Stimmengewinn erzielt hatten, entschieden sich bei der Stichwahl für den freisinnigen Kandidaten als das „kleinere Uebel“ zu stimmen und besiegelten damit die konservativen Niederlagen. Einen glänzenden Erfolg errangen unsere Genossen bei der Nachwahl in Döbeln (X. sächsischer Wahlkreis). Der Wahlkreis Döbeln-Rositz war früher im Besitze der Fortschrittspartei, ging dann zu den Nationalliberalen über, die ihn dann an die konservativen Agrarier verloren, bei der letzten Wahl ihn aber wieder erobert hatten. Unsere Genossen haben seit der Wahl 1890 jedesmal in der Stichwahl um den Sieg gerungen, unterlagen aber auch 1898 noch, wenn auch mit geringer Minderheit, der vereinigten Reaktion. Dieses Mal ist es nun gelungen, sämtliche Brotwucher-Parteien gleich im ersten Wahlgang zu schlagen. Auf unsern Kandidaten fielen 11.781 Stimmen, während die Gegner es nur auf 11.459 Stimmen brachten.

Mit dem Sieg in Döbeln-Rositz hat unsere Partei in Sachsen mehr als die Hälfte der dortigen Reichstags-Wahlkreise erobert. Der Wahlkreis Döbeln ist ein stark agrarischer Kreis, fast ohne Großindustrie; die Wahl unserer Kandidaten ist deshalb um so verdienstlicher für die Volkswirter, kann aber auch als Beweis dafür gelten, wie die sächsischen Arbeiter bei den nächsten allgemeinen Reichstagswahlen für die Entrechnung bei den Landtagswahlen qualifizieren werden.

Unsere ost- und westpreussischen Genossen waren bei den Nachwahlen in Marienburg-Gerdauen und in der Stadt Elbing beteiligt.

In beiden Wahlkämpfen behaupteten unsere Genossen glänzend die Stellung der Partei, in Elbing sogar mit einem nennenswerten Stimmengewinn, und bewiesen damit, daß es sich bei dem Aufschwung, den unsere Partei bei den letzten allgemeinen Wahlen in den Ostprovinzen zeigte, keineswegs um ein Strohhalmhandeln, wie die verblüfften Gegner gerne glauben machen wollten.

Die Stichwahl in Haderleben (Nordschleswig) brachte für unsere Kandidaten einen Zuwachs von über 110 Stimmen und damit den Beweis, daß unsere wenigen Genossen, die wir in diesem für unsere Bewegung wenig zugänglichen und von nationalen Kämpfen erfüllten Kreise haben, mit unermüdlichem Fleiße und nicht ohne Erfolg thätig sind.

Weniger erfreulich war das Ergebnis der Nachwahl in dem Kreise Saarbrücken. In diesem hochindustriellen Wahlkreise mit Tausenden von Berg-, Hütten- und Fabrikarbeitern brachte es unser Kandidat nur auf einige hundert Stimmen, so daß der nationalliberale Vertreter, dessen erste Wahl wegen großer Wahlmolektion vom Reichstag kassiert worden war, das Mandat wieder behauptete.

Im hannoverschen Wahlkreis Celle-Gifhorn brachten unsere Genossen beinahe 1000 Stimmen mehr auf als bei der Hauptwahl 1898. Für den stark ländlichen Wahlkreis ein sehr erfreuliches Resultat. Am 20. März d. J. fand in Breslau die Erstwahl für den verstorbenen Schoenlant statt. Volla fünf Monate haben die zuständigen Behörden es verstanden, diese Wahl hinauszuschleppen. In dem vorausgehenden Resultat der Wahl wurde durch diese Verzögerung aber nichts geändert. Mit 14.689 Stimmen wurde Genosse E. Bernstein an Stelle Schoenlants im ersten Wahlgange gewählt.

Ein sehr erfreuliches Resultat unserer Partei zeigte auch die Erstwahl im oberfränkischen Wahlkreise Bayreuth. Unser Kandidat Engel kam dort mit relativer Mehrheit von 5498 Stimmen mit dem nationalliberalen Kandidaten in die Stichwahl, bei der letzterer, durch Unterstützung der Agrarier und Freisinnigen mit knapper Mehrheit Sieger blieb. — Bei der durch den Tod des Führers des Centrums, Dr. Lieber, notwendig gewordenen Nachwahl im s. nassauischen Wahlkreise St. Goarshausen-Rossum behauptete unsere Partei ihre Position, die in diesem Kreise allerdings noch eine sehr schwache ist.

Das Fazit aller dieser Nach- und Erstwahlen kann also dahin gezogen werden, daß unsere Partei fast überall im Fortschreiten begriffen, ihren Bestand behauptet und neues Terrain gewonnen hat. Alle unsere Erfolge haben wir aus eigener Kraft und ohne fremde Hilfe errungen, während unsere Genossen aus freiem Entschlusse überall zu Gunsten der liberalen und agrarischen Reaktion sich befanden.

Die Landtags-Wahlen, die im Laufe des letzten Jahres stattfanden, haben nennenswerte Veränderungen im Bestande unserer Partei nicht gebracht. In Rhenl. 2. hat sich die Zahl unserer Vertreter von 3 auf 5 vermehrt, während unter badischen Genossen von den innegehabten 7 Mandaten eins einbüßten. In Nürnberg, wo infolge der Mandatsniederlegung des Genossen Scherm eine Erstwahl stattfinden mußte, wurde an Scherm's Stelle Genosse Merkel glatt gewählt.

Bei den Offenbacher Kreisstags-Wahlen wurden drei Parteigenossen gewählt. Es sind dies die ersten Sozialdemokraten, die in einen heftigen Kreisstag einzziehen.

Die erfolgreiche Thätigkeit unserer Genossen in den Gemeindeverwaltungungen findet ihre Anerkennung in der wachsenden Zahl von Gemeindeführern, die Sozialdemokraten in die Gemeinderäte wählen, sowie in der Zunahme von Mandaten in den Gemeinden, wo bisher schon Sozialdemokraten in den Gemeinderäten saßen. Durch eine Musterkarte von unreaktionären Bestimmungen ist zwar in fast allen deutschen Staaten dafür gesorgt, daß der besitzenden Klasse in den Kommunalverwaltungungen die Mehrheit — in der Regel die Zweidrittel-Mehrheit — unter allen Umständen gesichert bleibt, so weit aber den breiten Volksschichten ein Wahlrecht zufließt, wenden sie ihr Vertrauen immer mehr den sozialdemokratischen Kandidaten zu. So ist die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter in den Vororten von Berlin in den letzten zwei Jahren von 23 auf 48 und die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen in derselben Zeit von 4450 auf 8199 gestiegen. Ein sehr glänzendes Resultat ergaben auch die Ergänzungswahlen der 8. Wahlklasse zu den Stadtverordneten in Berlin selbst. Unsere Genossen siegten in 13 Bezirken, von denen 6 neu erobert wurden. Die Gesamtzahl unserer Vertreter im Berliner Stadtverordneten-Kollegium beträgt 28, fast drei Viertel der Stadtverordneten der dritten Klasse überhaupt. Selbst in Mecklenburg ist es unsere Genossen gelungen, in den vier Städten Schwerin, Rostock, Güstrow und Wismar Vertreter in die Gemeinderäte zu wählen.

Großartige Erfolge haben unsere Genossen besonders auch bei den letzten Gemeinderatswahlen in den Reichsländern erzielt. In Stralburg haben unsere Genossen 13 von den 30 Gemeinderats-Mandaten erobert, obwohl die bürgerlichen Parteien — Liberale und Demokraten mit eingeschlossen — ihnen geschlossen gegenüber standen. In Mühlhausen i. E. wurden von der zwischen unsren Genossen und den Demokraten vereinbarten Liste 12 Vertreter gewählt. Mit gleichem Erfolge wurde in einer Reihe kleinerer Städte und Ortschaften gekämpft.

Daß diese gewaltigen Erfolge unserer Partei sehr verschmücken, ist erklärlich. Vielfach versucht man, unsren Genossen ihren Erfolg dadurch wieder zu entreißen, daß man die Wahlen wegen angeblich dabei vorgefallener Unregelmäßigkeiten kassiert. Vorgänge bei den Wahlen und Majimen, die seit Jahren unbehelligt bestanden, so lange nur Ordnungsparteien gewählt wurden, müssen jetzt den Vorwand für Kassationen hergeben, um die f. f. f. Sozialdemokraten wieder los zu werden. Dessen thut diese rigorose Anwendung der Wahlbestimmungen freilich in der Regel nichts, denn unsere Genossen kehren meist mit größerer Mehrheit als vorher gewählt wieder.

Im Herzogtum Gotha, wo von 19 Landtags-Abgeordneten neun unserer Partei angehören, Genosse Voeck Vicepräsident des Landtages und als solcher Mitglied des Ober-Verwaltungsgerichts ist, wurde der Landtags-Abgeordnete Genosse Wolf in seinem Heimatsort Dietrich zum Schultheiß gewählt. Diese Wahl erwidert der Gotha'schen Regierung etwas so Schreckliches, daß sie die Verhängung verweigert. Es macht sich eben überall derselbe kleinliche Geist bemerkbar.

Neben den vielen Erfolgen auf dem Gebiete der Gemeindevahlen haben wir im letzten Jahre leider auch eine schmerzliche Niederlage zu verzeichnen. Unsere Genossen in Offenbach a. M. wurden bei den Erneuerungswahlen von den vereinigten Gegnern wider alles Erwarten geschlagen und verloren zwei Mandate. Die auf Offenbach sehr schwer lastende wirtschaftliche Krise, infolge deren über 1000 Gemeindevähler wegen rückständiger Steuern von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machen konnten, mag das ungünstige Wahlergebnis mit verschuldet haben.

Bei den Gewerbegerichtswahlen haben auch im letzten Jahre die von den freien Gewerkschaften resp. den Gewerkschafts-Parteien aufgestellten Kandidatenlisten meistens den Sieg davon getragen. An vielen Orten werden gegnerische Kandidaten gar nicht mehr aufgestellt.

Organisation. Die Parteioorganisation wurde auch im abgelaufenen Jahre durch Reorganisation von Vereinen und festerer Gliederung der Provinzial- und Landesorganisationen weiter ausgebaut. Die württembergische Landesorganisation hat das Parteisekretariat in einen fest besetzten Posten umgewandelt.

Das organisatorische Verhältnis zu einem Teil der polnischen Genossen in Oberschlesien hat sich noch immer nicht befriedigend gestaltet. Die polnischen Genossen handeln nach wie vor auf eigene Faust, ohne auf die Gesamtpartei die gebührende Rücksicht zu nehmen. So hat eine Konferenz ober-schlesischer polnischer Genossen, die am 13. Juli in dem galizischen Grenzorte Dwiecin tagte, bereits auf eigene Faust und ohne jede Verständigung mit den deutschen Genossen für acht von den zwölf ober-schlesischen Reichstags-

Wahlkreisen eigene Kandidaten aufgestellt. Daß ein solch' einseitiges Vorgehen nur zur Zersplitterung der Parteikräfte führen muß, bedarf keiner langen Erörterung. Es ist dieses Verhalten untrer polnischen Genossen um so bedauerlicher, als der Agitation und Organisation für die sozialdemokratische Partei in Oberschlesien von den Behörden wie dem Unternehmertum mit allen Mitteln entgegengekehrt wird.

Verlangen die polnischen Genossen, daß in den Wahlkreisen mit vorwiegend polnischer Bevölkerung Kandidaten aufgestellt werden, die der polnischen Sprache mächtig sind, so wird dieses Verlangen nur als billig bezeichnet werden können. Ebenso entpricht es aber der Billigkeit, daß bei der Aufstellung dieser Kandidaten unsere deutschen Genossen zugezogen werden. Die in polnischen Parteikreisen vielfach vertretene Auffassung, daß in Oberschlesien und Posen die polnische Partei-Organisation maßgebend sei und die deutschen Genossen dort etwa eine Stellung einzunehmen haben, wie die reichsdeutschen Genossen in der Schweiz, kann von uns unter keinen Umständen als zutreffend erachtet werden. Die polnische sozialdemokratische Partei-Organisation war ursprünglich gedacht als ein zwar selbständiger Teil der Gesamtpartei, wie wir sie in den verschiedenen Landes- und Provinzorganisationen mehrfach haben; diese Organisationen bilden aber — unbeschadet aller Selbständigkeit — nur Teile der Gesamtpartei, mit der im Einverständnis und als deren Glieder sie handeln. Diese ursprüngliche Auffassung ist von unsern polnischen Genossen aufgegeben. Daraus resultieren alle Differenzen.

Möge es recht bald wieder zu einer Verständigung kommen, denn andernfalls würden bei den bevorstehenden Wahlen nur unsere gemeinsamen Gegner den Vorteil davon haben.

Das im Organisations-Statut § 2 Abs. II vorgesehene Schiedsgericht ist durch Vermittlung des Parteivorstandes in drei Fällen in Aktion getreten. Die Schiedsgerichte, die sich auf Fälle in Einshorn, Bremerhaven-Lehe und einige Berliner Genossen bezogen, wurden von den beteiligten Genossen in allen Fällen acceptiert. Unliebame Vorkommnisse haben in R u n d e r g zum Ausschluß von vier Genossen aus der dortigen Lokalorganisation geführt. Dieser Ausschluß ist von dem nordbayrischen Gau in Bayreuth bestätigt worden, ohne damit einen Antrag auf Ausschluß aus der Gesamtpartei zu verbinden, wie schon der Umstand beweist, daß die betr. Genossen zu den Verhandlungen des Gantags ohne Widerrede zugelassen wurden. Da später die in Nürnberg ausgeschlossenen Genossen in benachbarten Orten wieder in Parteivereine eintraten, einer sogar demonstrativ als Reichstagskandidat proklamiert wurde, wurde die Frage aufgeworfen, ob der Ausschluß aus einem Partei-Lokalverein nicht eo ipso den Ausschluß aus der Gesamtpartei in sich einschließe?

Ein und Wortlaut unseres Organisationsstatut lassen keinen Zweifel, daß die Frage zu verneinen ist. Zweifellos muß, wenn der Ausschluß aus der Partei erfolgen soll, ein diesbezüglicher Antrag vorliegen und dem Betroffenen Gelegenheit gegeben werden, auf dem im § 2 des Organisations-Statuts vorgesehene Wege seine Verteidigung zu suchen. Das Recht der Lokalvereine, zu entscheiden, wenn sie als Mitglied aufnehmen oder behalten wollen, bleibt unbestritten, über die Zugehörigkeit zur Partei entscheidet aber endgültig ein vom Parteivorstand zu berufendes Schiedsgericht, gegen dessen Entschluß die Berufung an die Controlleure und den Parteitag zulässig ist.

Ueber das Verhältnis der Parteigenossen, die aus der lokalen Parteioorganisation ausgeschlossen oder aus derselben ausgetreten sind, zur Gesamtpartei, äußerte sich der Parteivorstand in einer Zuschrift an Hamburger Parteigenossen, die sich in der vorstehend geschilderten Lage befanden, wie folgt:

„Unser Organisationsstatut enthält keine Bestimmung über die Art, wie sich die in den einzelnen Kreisen wohnenden Parteigenossen zu organisieren haben. Es ist dies ihrem eignen Bestehen überlassen. Den Traditionen in der Partei und einer Reihe von Parteitag-Beschlüssen entspricht es aber, daß, wenn die Mehrheit der Genossen eines Ortes oder Kreises sich für eine bestimmte Form der lokalen Organisation entschieden hat, die einzelnen Genossen diesen Entschluß respektieren. Die Gründung von Sonderorganisationen seitens einer Minorität ist in der Partei von jeher verurteilt worden. Der Parteivorstand kann nur mit den von der Mehrheit der Parteigenossen mit der Wahrnehmung der Parteizustellen (§ 3 des Organisationsstatuts) betrauten Vertrauenspersonen zur Erledigung der Parteigeschäfte in Verkehr treten.“

In welcher Form ihr, als keiner lokalen Parteioorganisation angehörende Genossen, der Partei gegenüber eure Pflichten erfüllen wollt, muß euren Ermessen überlassen bleiben; aber als besondere Parteioorganisation können wir eine etwa von euch ins Leben gerufene Organisation — neben den dort bestehenden Wahlvereinen — nicht anerkennen. Dasselbe gilt für die Ansäbung der Parteizelle, soweit dieselben den örtlich organisierten Genossen zustehen. Nach bereits bei früheren Anlässen gefaßten Beschlüssen mußte der Parteitag eine von euch als lokale Sonderorganisation gesandte besondere Delegation zurückweisen. Dagegen hat jeder von euch das Recht, auf dem Parteitag als Delegierter zu erscheinen, wenn er als solcher von irgend einem Orte oder Kreise entsprechend den Bestimmungen des § 9 Ziffer 1 des Organisationsstatuts gewählt wird.“

Vereins- und Versammlungsrecht. Das preussische Vereins- und Versammlungsrecht bestimmt in § 8a, daß „Frauenspersonen“ nicht Mitglieder von Vereinen sein dürfen, die „bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern“, und daß sie ebensowenig „den Versammlungen und Sitzungen solcher politischer Vereine bewohnen“ dürfen. Nach diesen Vorschriften wurden bisher in Preußen die Frauen aus den Versammlungen politischer Vereine — gleichgültig, ob es sich um geschlossene oder öffentliche Sitzungen handelte — ausgeschlossen und gegen sozialdemokratische Vereine ging man vielfach so weit, daß zu deren Sitzungsstellen oder Sälen die Zulassung von Frauen untersagt wurde. Gegenüber dieser sonst geübten strengen Praxis mußte es nun auffallen, daß bei der letzten Heereschau des Bundes der Landwirte, im Circus Wust in Berlin, die Frauen in großer Zahl anwesend waren, ohne daß sie, wie sonst üblich, von der Polizei angewiesen wurden. Im preussischen Landtage wurde auf dieses Wesen mit zweierlei Maß hingewiesen und in seiner Antwort gab der Herr Minister des Innern von Hammerstein eine ganz neue Auffassung über die Bestimmungen des § 8 des Vereinsgesetzes zum besten. Der Herr Minister billigte es, daß die Circusversammlung nicht aufgelöst wurde, denn die Frauen seien nur als Zuhörerinnen anwesend gewesen, ohne sich an den Verhandlungen zu beteiligen.

„Allerdings wäre es dann richtig gewesen,“ so sagte der Minister, „daß den Frauen ein besonderes Segment des Circus angewiesen würde. Der Polizeipräsident werde für die Zukunft darauf hinweisen, daß die Vermischung von Männern und Frauen in dem Teil des Saales, der für die eigentlichen Verhandlungen bestimmt ist, nicht zulässig sei.“

So sprach der Minister von Hammerstein am 24. Februar. Am 4. März kam er auf die Angelegenheit zurück. Er schänkte keine Erklärung ein; nur in dazu geeigneten Fällen solle die polizeiliche Aufsicht entweder unterbleiben oder über die Formalien des Gesetzes nicht ausgedehnt werden; in einzelnen Fällen werde man den Antragstellern so weit wie möglich entgegenkommen.

Wie nicht anders zu erwarten, haben sich die Polizeibehörden in diese neue Auffassung nicht gleich hinein finden können und so wurde eine Veranlassung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den dritten Berliner Wahlkreis aufgeführt, obwohl die anwesenden Frauen im „besonderen Segment“, nämlich auf der Tribüne des Saales, untergebracht waren. Auf die dagegen erhobene Beschwerde an das Polizeipräsidium erfolgte nun folgender Bescheid:

Die von Eurer Hochwohlgeboren namens Ihres Mandanten, **Maurer Paul Hoffmann**, eingelegte Beschwerde vom 27. v. M. im Vereinbangelegenheiten sehe ich als erledigt an, nachdem inzwischen die überwachenden Polizeibeamten angewiesen sind, in polizeilich überwachten Vereinsversammlungen von der Befugnis, die Entfernung der Frauen zu verlangen, dann keinen Gebrauch zu machen, wenn diese nur als Zuschauerinnen und nicht als Teilnehmerinnen erschienen sind, und diese ihre Eigenschaft auch durch ihr Verhalten in von dem eigentlichen Versammlungsbereich räumlich getrennten Plätzen äußerlich hervorheben. In Vertretung: **Friedheim.**

Damit wäre also für Berlin, wenigstens für die Zeit, so lange Herr von Hammerstein im Ministerium des Innern regiert, ein kleiner Erfolg errungen. Draußen in der Provinz geht die alte Wirtschaft weiter, indem die Polizei alle Hinterhöfe benützt, die die ministerielle Ausrüstung offen läßt. Wie das gemacht wird, dafür zwei Beispiele.

In Hannover war eine Versammlung der Maurer-Verbandsstelle aufgelöst worden, weil Frauen anwesend waren. Auf die erhobene Beschwerde erfolgte folgende Antwort:

Die Polizeistelle ist ein politischer Verein im Sinne des § 8 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850. In Versammlungen und Sitzungen solcher Vereine dürfen aber Frauenpersonen nur dann zugelassen werden, wenn sie nicht als eigentliche Teilnehmerinnen, sondern lediglich als Zuschauerinnen zugegen sind und die Annahme ihrer aktiven Beteiligung an denselben von vornherein ausgeschlossen erscheint. Letzteres ist nur dann der Fall, wenn ihr Platz von dem Versammlungsbereich räumlich getrennt ist, d. h. daß sie sich in durch ausreichende Schranken abgegrenzten Nebenräumen oder Logen befinden. Dies traf in der fraglichen Versammlung nicht zu. Die erschienenen Frauen befanden sich mit den anwesenden männlichen Personen zusammen und ungetrennt in ein und demselben Saal. Auch, als sie auf die Aufforderung des überwachenden Polizeibeamten in den Nebenraum geführt worden, war die obige Voraussetzung nicht erfüllt. Denn, nachdem die Jalousien, welche die beiden Säle trennten, emporgesogen und dadurch zwischen denselben Öffnungen eine Gesamtbreite von 8,82 Meter hergestellt worden, war zwischen den beiden Räumen ein ungehinderter Verkehr ermöglicht, der keine Garantie dafür bot, daß die aktive Beteiligung der in dem Nebenraum untergebrachten Frauen in der Versammlung von vornherein ausgeschlossen war. Der überwachende Polizeibeamte war daher berechtigt, wie verpflichtet, die gänzliche Entfernung der Frauen anzuordnen.

Noch interessanter ist die Entscheidung der Weiskensfelder Polizei auf eine Beschwerde aus gleichem Anlaß. Da heißt es:

Auf die Eingabe vom 17. d. Mts. gereicht Ihnen zum Bescheide, daß der Polizeibeamte besagt war, am 5. d. Mts. die Frauen aus dem Versammlungszimmer des Sozialdemokratischen Vereins hinauszuweisen, weil jene nach der Lage der Gesamtsituation nicht als unteilbare bloße Zuschauerinnen, sondern als Teilnehmer an der Versammlung anzusehen waren. Dagegen erschien es nicht notwendig, daß die Thür zur Garderobe, in welcher sich später die Frauen befanden, geschlossen wurde, weil von dort aus eine Beteiligung nicht mehr zu erwarten war. Allerdings würde eine „Teilnahme“ — was für künftige Fälle zu beachten ist — dann auch aus einem Nebenraum anzunehmen sein, wenn die Frauen in irgend einer Weise, z. B. durch Zwischenrufe oder Bezeugung von Beifall und dergl. sich bemerklich machen.

Man sieht, die Polizei weiß sich zu helfen; eine der im „besonderen Segment“ untergebrachten Frauen braucht nur zu niesen und der überwachende Beamte hat den gewünschten Vorwand, wegen „Zwischenrufe u. dergl.“ die Versammlung zu schließen. Der ganze Vorgang zeigt, wie unzulässig die Bestimmungen der aus der Reaktionsperiode stammenden Vereinsgesetzgebung sind und wie dringend deren durchgreifende Reform ist.

Daß die unhaltbaren Zustände durch die Rechtsprechung unserer höchsten Gerichtshöfe nur noch verworrenere gestaltet werden, ist leider Thatsache. Den neuesten Record auf diesem Gebiete hat das preussische Ober-Verwaltungsgericht geliefert, indem es anspricht, daß ein Komitee von drei Personen bereits im Verein im Sinne des § 2 des Vereinsgesetzes sei. Es bedarf also nur noch eines Schrittes, dann wird in jeder Ehe zwischen Mann und Frau ein Verein im Sinne des Gesetzes gefunden.

Zu den neuerdings sehr beliebt gewordenen Mitteln, den Arbeitern das Versammlungsrecht illusorisch zu machen, gehört die Verhängung einer frühen Polizeistunde über die Lokale, die den Arbeitern zu ihren Versammlungen noch zur Verfügung stehen. Zwar ist die Anwendung der Polizeistunde, wenn nach deren Eintritt der Ausschluß in dem Lokale eingestellt wird, eine direkte Verletzung der Bestimmungen über das Versammlungsrecht und der preussischen Verfassung, aber eine sich ihrer Bedeutung bewußte schweidige Polizei setzt sich über solche Kleinigkeiten leicht weg. — Ganz ungläubliche Vorgänge werden in dieser Hinsicht aus Danzig gemeldet, wo es untrüglichen Genossen im Verein mit den Gewerkschaften gelungen war, sich ein eigenes Lokal einzurichten. Die Polizei hat nicht nur jede Versammlung in diesem Lokal bis auf weiteres verboten, sondern auch die Polizeistunde auf acht Uhr abends festgesetzt.

Im übrigen steht in der preussischen Verfassung noch immer Artikel 29, Abs. 1, welcher lautet:

„Alle Preussen sind berechtigt, sich ohne vorhergehende obrigkeitliche Erlaubnis friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln.“

Die Mairfeier. Die Feier des ersten Mai hat auch in diesem Jahre in umfangreichster Weise und in würdiger Weise stattgefunden. Das Unternehmertum hat vielfach die Gelegenheit wahrgenommen und die Arbeiter, die am 1. Mai nicht zur Arbeit erschienen waren, für den Rest der Woche von der Arbeit überhaupt ausgeschlossen. Der schlechte Geschäftszug ließ dem Proprium dieses Ausnahmestadiums sehr angedrückt erscheinen. Man traf damit zwei Fliegen auf einen Schlag. Man ersparte für ein paar Tage den Lohn für die Arbeiter und konnte zugleich die ordnungsparteiische Bestimmung ins gefährliche Licht stellen. Die Arbeiter haben für dieses billige Proprium den nötigen Humor gehabt und aus den Gewerkschaftskreisen den Gemütsregulierung geleistet. Alles in allem war die Zahl der letzteren nicht von besonderer Bedeutung. — Die Versammlungen, die am 1. Mai vormittags abgehalten wurden, waren durchweg sehr gut besucht. Abends fanden sich Hunderttausende zu den überall arrangierten Festen zusammen und bewiesen damit, daß der 1. Mai ein Weltfest für das Proletariat im schönsten Sinne des Wortes geworden ist.

Die Polizei hat zur Mairfeier in ihrer Weise beigetragen, indem sie die an verschiedenen Orten von wiseren Genossen geplanten öffentlichen Umzüge vielfach aus sicherheitspolizeilichen Gründen verbot.

Von der auch in diesem Jahre erschienenen Mairzeitung wurden 277 000 Exemplare abgesetzt.

Für den unwillkürlichen Fortschritt, den die Arbeiterbewegung in Ostpreußen nimmt und zu welchen kleinen Maßnahmen auch das dortige Unternehmertum greift, dafür spricht folgendes „vertrauliche“ Circular:

An den Verband der Metallindustriellen für Ost- und Westpreußen. Infolge des Beschlusses in der Ausschlußung von 25. September 1899 haben wir die Verpflichtung übernommen, Sie zu bitten, den Mitgliedern Ihrer Verbände rechtzeitig die Benach-

richtigung zukommen zu lassen, daß die Feier des 1. Mai in untern Betrieben nicht gebildet wird und daß die Feiernden als Streikende zu betrachten sind. Demgemäß wollen Sie Vorstehendes Ihren Mitgliedern mitteilen, damit in sämtlichen Betrieben ein einheitliches Handeln ermöglicht wird.

Hochachtungsvoll
Gesamtverband der deutschen Metallindustriellen.
H. Schimff, Vorsitzender.

Die Parteipresse. In neuen Partei-Organen sind im Laufe des letzten Jahres ins Leben gerufen worden die Volkszeitung für das Ruhrgebiet für den XIV. sächsischen Wahlkreis, erscheint in Leipzig als Kopfbblatt der dortigen „Volkszeitung“. Weiter „Volkszeitung“ für die Kreise Landeshut-Vollkorn-Jauer und die „Posener Volkszeitung“, beide Blätter dreimal wöchentlich erscheinend als Abieger der Breslauer „Volksmacht“.

Die in Bont erscheinende „Nordwacht“ wird seit 1. Juli dreimal, gegen früher einmal, wöchentlich ausgegeben; die „Märkische Volksstimme“ in Posen erscheint seit 1. Oktober täglich, statt bis dahin dreimal wöchentlich. Das zehnjährige Jubiläum ihres Bestehens feierten im abgelaufenen Jahre die „Medienburg. Volkszeitung“ in Rostock, das „Volksblatt für Anhalt“ in Dessau und als täglich erscheinendes Blatt das „Saalfelder Volksblatt“.

Zu erscheinen aufgehört hat die „Alteno-Florholzer „Volksstimme“, die als Kopfbblatt der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung“ hergestellt wurde. Im Wahlkreis Alteno-Florholz ist an Stelle der „Volksstimme“ die „Ebersfelder Freie Presse“ als offizielles Parteiblatt eingeführt.

Zur sozialistischen Presse Deutschlands gehörten am 1. Juli 1902 neben dem Centralorgan „Vorwärts“ und der wissenschaftlichen Wochenchrift „Neue Zeit“:

54 täglich	1 mal erscheinende Zeitungen
10 wöchentlich	3 mal
4	2 mal
7	1 mal
1 monatlich	2 mal
2	1 mal

außerdem 2 alle 14 Tage erscheinende Wochblätter und 2 wöchentlich herauskommende illustrierte Unterhaltungsblätter, sowie die „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Zur Gewerkschaftspresse zählen:

1 wöchentlich	3 mal erscheinende Zeitung
32	1 mal
2 monatlich	3 mal
21	2 mal
11	1 mal

Eine Renuerung in der Parteipresse ist insofern eingeführt worden, als dem Unterhaltungsblatt „Neue Welt“ eine regelmäßige Annoncenbeilage beigegeben wird. Diese Renuerung hat sich mit Rücksicht auf die hohen Kosten der Herstellung der „Neuen Welt“ notwendig gemacht. Durch die Einführung des Rotations-Druckes ist zwar die Herstellung des Blattes wesentlich verbilligt worden, da aber im Interesse unter Lokalpresse, die die „Neue Welt“ als Sonntagsbeilage liebt, der Preis derselben fast um ein Drittel ermäßigt ist, so ergab sich immer noch ein Defizit, das durch die Annoncen-Beilage gedeckt werden soll. Den gegen einzelne Annoncen laut gewordenen Beschwerden aus dem Verkekreise hat die Verwaltung der „Neuen Welt“ nach Möglichkeit Rechnung getragen. Dem auf früheren Parteitagen wiederholt gefassten Beschlusse auf Herausgabe eines sozialdemokratischen A-W-C-Buches ist im Laufe des Jahres insofern entsprochen, als in der Buchhandlung Vorwärts das „Sozialdemokratische Handbuch“, ein Führer durch die Zeit- und Streitfragen der Reichsgesetzgebung, erschienen ist.

Der Beschluß der Berliner Genossen, das Centralorgan der Partei, den „Vorwärts“ und die übrigen in Berlin herauszustellenden Partei-Druckarbeiten in Zukunft in einer eignen Druckerei herstellen zu lassen, geht seiner Ausführung entgegen. Am 1. Oktober soll die neue Druckerei eröffnet werden, zu deren Einrichtung von den Berliner Genossen und speziell durch die Gewerkschaften mehrere Hunderttausend Mark als Darlehen beschafft wurden.

Der neue Weltkalender, als offizieller Parteikalender, erfreut sich noch wie vor großer Beliebtheit in den weitesten Volksteilen. Im letzten Jahre ist der Kalender in einer Auflage von 140 000 Exemplaren erschienen und abgesetzt worden. — Auch der im Parteiverlag erscheinende Arbeiter-Weltkalender erfreut sich eines immer mehr steigenden Absatzes.

Nach dem außerordentlich hohen finanziellen Ertrag des vorigen Berichtsjahres weist das diesjährige Ergebnis des „Vorwärts“ einen Minderertrag von ca. 20 000 M. auf. Indessen ist dieser Minderertrag nicht auf eine Verminderung der Abonnentenzahl, die sich vielmehr trotz der wirtschaftlichen Ungunst in der Höhe von 55—58 000 erhielt, sondern auf einen Inseratenrückgang von etwa 25 000 M. gegen das Vorjahr zurückzuführen; auf diesem Gebiet hat die Krisis ihre Wirkungen gezeigt.

Die Thätigkeit der Redaktion wurde in diesem Jahre durch gerichtliche Eingriffe empfindlich gestört. Wegen Veröffentlichung von Hummerbüchsen und Telegrammen über die Kriegsführung wurden nicht weniger als drei Redacteurs, und zwar die Genossen John, Schmidt, Schröder zu sieben, sechs und vier Monaten Gefängnis verurteilt, ohne daß das gerichtliche Verfahren auch nur in einem wesentlichen Punkte die Unrichtigkeit der sozialdemokratischen Kritik und der „Vorwärts“-Veröffentlichungen erwiesen hätte. John und Schmidt haben am 25. Juli Württemberg bezogen, während Schröders Strafe noch nicht rechtskräftig geworden ist.

Weiter hat auch die Staatsanwaltschaft den wunderbaren Versuch unternommen, gegen einen vierten Redacteur, den Genossen Leid, einzuschreiten und zwar nicht wegen eines Freizeitschreibens, sondern wegen eines — gemeinen Verbrechens. Leid soll nämlich sich der Schelerei schuldig gemacht haben dadurch, daß er den Triptich-Erlaß verantwortl. zeichnete. Diese interessante juristische Neugier scheint man indessen wegen ihrer völligen Unmöglichkeit nicht weiter verfolgt zu haben; wenigstens hat man bis zum Abschluß des Berichtes nichts von weiteren gerichtlichen Schritten vernommen.

Erwähnt sei noch, daß der „Vorwärts“ diesmal sich auch des wirksamsten Mittels der modernen Propaganda bedient hat, indem er ein künstlerisch kraftvolles und agitatorisch eindringliches großes Plakat anfertigen und verbreiten ließ.

Die genaue Specification der Einnahmen und Ausgaben folgt nachstehend:

1901/1902.

	Juli-Septemb. 1901	Oktober-Dezemb. 1901	Januar-März 1902	April-Juni 1902	Summe
A. Einnahmen:					
Abonnementsgelder durch die Expedition	116340 35	117500 20	117046 25	116111 65	467008 45
Abonnementsgelder durch die Post	9041 40	10777 30	11842 25	10482 70	42543 65
Interaten-Einnahme	31967 25	48804 30	41173 40	40966 —	188910 95
Ueberschuß aus dem Broschürenverkauf durch die Expedition		867 75			867 75
Gesamt-Einnahme M.	158249 —	178009 55	180561 90	173500 35	690321 80

	Juli-Septemb. 1901	Oktober-Dezemb. 1901	Januar-März 1902	April-Juni 1902	Summe
B. Ausgaben:					
Diversenlohn:					
Druck- u. Verlagskosten	5094 45	8099 00	6030 00	8850 05	28073 50
Redaction	335 60	412 —	381 95	421 55	1551 10
Redacteurs	1955 80	2957 70	2777 35	2422 15	10113 —
Mitarbeiter: Polit.	12351 55	11914 20	12130 75	13741 65	50138 15
Verwaltung	6811 35	6026 30	6229 75	8795 20	27962 60
Verwaltung	1001 40	887 15	857 10	790 70	3536 35
Verwaltung	2058 55	4133 70	3023 90	3869 95	14086 10
Depeschen u. Parlamentsberichte	703 —	1154 —	1091 10	1457 50	5006 60
Neue Welt	8061 10	8200 80	7490 90	7493 40	31255 20
Gehälter der Expedition	3879 —	3479 —	4004 50	3076 25	15037 75
Miete	1247 50	1247 50	1247 50	1247 50	4990 —
Verichtslohn	203 20	822 85	822 50	414 20	1263 75
Redaktionsbibliothek	404 60	218 00	253 70	143 90	1020 80
Druckrechnung	98361 50	112891 —	108250 10	102791 05	423342 65
Gesamt-Ausgabe M.	144168 50	161944 40	158251 —	156414 05	618778 95
Gewinn	13080 40	16065 15	13310 90	17145 40	60061 85

wie oben unter A. M. 158249 — 178009 55 180561 90 173500 35 690321 80
Der Gesamtüberschuß beträgt M. 60 001,85
Berlin, den 7. August 1902.

Revidiert und für richtig befunden:
H. v. d. H. Brühne, Ed. David, F. J. Ehrhart,
Aug. Raden, G. Roenen, G. Reister, Theodor
Reyner, Clara Zetkin.

Die Buchhandlung Vorwärts hatte im abgelaufenen Geschäftsjahre wesentlich unter der Verschlechterung der Erwerbverhältnisse zu leiden; ihre Monatsausweise zeigen, mit einer einzigen Ausnahme, Monat für Monat ein Sinken der Umsatzziffern, und erst die Monate Mai und Juni d. J. sehen mit einer erheblichen Steigerung wieder ein. Während im Vorjahre der Umsatz 201 200 M. betrug, sank er in diesem Jahre auf 193 754 M.; so konnten denn auch in diesem Jahre aus den Geschäftserlösen nur 15 000 M. an die Parteikasse abgeführt werden.

Die Verminderung des Reingewinnes erklärt sich andererseits auch daraus, daß die Herausgabe des Schippelschen Handbuchs mit Kosten verbunden waren, die bei dem Absatzpreise, der hierbei in Frage kam, und den bei uns üblichen Preisen von vornherein jeden Gewinn ausschlossen und wobei die Frage, ob das Buch den gestellten Erwartungen entspricht oder nicht, keine Rolle spielt. Die Parteigenossen haben von dem Handbuch vielfach eine Art Einzelpädle der Politik und Volkswirtschaft, ein Bademeicum durch alle politischen und volkswirtschaftlichen Begriffe erwartet; diese Aufgabe konnte im Rahmen eines Handbuchs nicht gelöst werden. So schlug der mit den Vorarbeiten betraute Verfasser schließlich die Herausgabe eines Reichstags-Handbuchs vor, das in erster Linie auf dem Gebiete der Arbeiterfrage, Gesetzgebung, das einschlägige historische Material für die Agitation und den parlamentarischen Weiterbau liefern sollte und dabei naturgemäß mehr Gewicht darauf legen mußte, allumfassendes Material über die Haltung und Stellung der gegnerischen Parteien und der Regierung den Genossen an die Hand zu geben. Dieser Vorschlag wurde vom Parteivorstand wie vom Verlag acceptiert — es war der einzige Weg, endlich einmal die verschiedenen Parteitagbeschlüsse in dieser Angelegenheit zur Ausführung zu bringen. Ob der Verfasser die gestellte Aufgabe gelöst hat, unterliegt dem Urteil der Leser; nach den bisher laut gewordenen Urteilen hätte er vielleicht besser gethan, die von ihm als selbstverständlich und bekannt vorausgesetzte sozialdemokratische Kritik mehr zu betonen.

Die schlechten Erwerbverhältnisse, die den Arbeiter zu Einschränkungen aller Art und in erster Linie natürlich zur Einschränkung der literarischen Bedürfnisse zwangen, bedingten, daß die Buchhandlung mit der Herausgabe neuer Agitationschriften etwas langsamer als in den Vorjahren vorging. Neben dem „Sozialdemokratischen Reichstags-Handbuch“, das in einer Auflage von 4000 Exemplaren erschien, hat der Verlag die „Sozialistischen Aufklärungsschriften über das Christentum in einer Auflage von ca. 25 000 Exemplaren abgesetzt; „Verhärts: „Krisis, Aris und Arbeiterklasse“ erschien in 12 000 Aufagen, „Heinemanns: „Führer durch die Strafprozess-Ordnung“ in 5000 Exemplaren, „Zetkins: „Geistiges Proletariat, Frauenfrage und Sozialismus“ in 3000 Exemplaren. Die „Arbeitslose-Zeitung“ die dem Eifer der Polizei zum Opfer fiel, monatlang beschlagnahmt war und dann endlich durch Gerichtsbescheid freigegeben wurde, wurde in 76 000 Exemplaren, die „Öster-Zeitung“ in 118 000 Exemplaren und die „Mat-Zeitung“ in 277 000 Exemplaren ausgegeben. Das Protokoll des Lübecker Parteitages erzielte eine Auflage von 34 000 Exemplaren, der Arbeiter-Weltkalender eine solche von 44 000, indem nämlich der Verlag mit einzelnen Gewerkschaften Abkommen traf zur Herausgabe von Special-Jahreskalendern. Ein neues sozialistisches Charakterstück von Brezang: „Die Polizei als Ehefisterin“ wurde in 20 000 Exemplaren ausgegeben.

Von früheren Publikationen wurde Bebel, „Christentum und Sozialdemokratie“ in 37 000 Exemplaren neu aufgelegt, das Programm in 10 000 Exemplaren, „Führer durch das Vereinsgesetz“ in 3000 Exemplaren.

Rassenbericht. Die Gesamteinnahmen des Berichtsjahres übersteigen die des Vorjahres in runder Summe um 20 000 M., während die als die eigentlichen Parteibeiträge zu betrachtenden allgemeinen Einnahmen mit rund 600 M. hinter den Einnahmen des Vorjahres zurückgeblieben sind. Die immer noch andauernde wirtschaftliche Krise hat besonders während des Winterhalbjahres sehr ungünstig auf die Rassenverhältnisse eingewirkt und ihr ist in der Hauptsache auch der starke Rückgang im Ueberschuß des „Vorwärts“ — 20 000 M. weniger als im Vorjahre — zuzuschreiben.

Zu den ersten 5 Monaten des Berichtsjahres betrug das Defizit 79 244,10 M. und nach weiteren 3 Monaten immer noch 71 748,20 M. Von diesem bedenklichen Stand der Parteifinanz wurde den Parteigenossen im Laufe des Sommers durch Circular Nr. 27 Kenntnis gegeben. Beachten die Parteigenossen in Zukunft die Ratschläge und Mahnungen, welche ihnen in dem gedachten Circular vom Parteivorstande erteilt wurden, dann dürften gleich ungünstige finanzielle Ergebnisse, wie sie sich in den ersten 8 Monaten des Berichtsjahres zeigten, fernert auch in kritischen Zeiten nicht mehr zu befürchten sein.

Durch die Einnahme in den letzten 4 Monaten des Berichtsjahres ist allerdings nicht nur das Defizit beseitigt, sondern auch noch ein Ueberschuß von 15 035,56 M. erzielt worden. (Das Mehr von 1840,79 M. in der Ausgabe für Kapitalanlage, die in der Abrechnung mit 16 875,35 M. angesetzt ist, ergibt sich aus der Differenz zwischen dem übernommenen und dem auf neue Rechnung vorgetragenen Rassenbestand.) Aber dieses verhältnismäßig günstige Schlußresultat ist nur durch den Eingang der Schmidt'schen Erbschaft erzielt worden. Ohne die letztere würde die Centrakasse mit einem Defizit von rund 22 000 M. abgeschlossen haben.

Im einzelnen verteilen sich die Einnahmen und Ausgaben wie folgt:

Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse

vom 1. August 1901 bis 31. Juli 1902.

A. Einnahmen.

Im Monat:	Insgesamt		Von den gesammelten Einnahmen entfielen auf:									
			Allgemeine Einnahmen		Darlehens-Rente		Zinsen		Ueberschuß des „Vorwärts“		Diverse	
	RM.	PF.	RM.	PF.	RM.	PF.	RM.	PF.	RM.	PF.	RM.	PF.
1901												
August	18780	27	13770	27	—	—	—	—	—	—	10	—
September	5629	54	4677	24	800	—	150	—	—	—	2	30
Oktober	25859	00	11359	19	—	—	270	—	14050	40	149	50
November	16067	08	12067	08	4000	—	—	—	—	—	—	—
Dezember	10925	55	10923	23	—	—	—	—	—	—	2	30
1902												
Januar	32656	42	9451	67	500	—	6839	60	16065	15	—	—
Februar	18065	86	17712	91	50	—	252	45	—	—	50	—
März	14029	65	13277	35	—	—	750	—	—	—	2	30
April	90271	17	18358	15	2937	50	620	—	13310	90	60044	62
Mai	28141	64	21741	64	6400	—	—	—	—	—	—	—
Juni	27171	19	26168	89	1000	—	—	—	—	—	2	30
Juli	55811	54	22163	94	10000	—	6318	25	17145	40	183	95
	388408	50	176671	58	25687	50	15000	30	60601	85	60447	27

388 408,50 RM.
 Hierzu Bestand vom 31. Juli 1901 8 127,14 „
 346 535,64 RM.

B. Ausgaben.

Im Monat:	Insgesamt		Von den gesammelten Ausgaben entfielen auf:																	
			Allgemeine Agitation		Wahl-Agitation		Unterstützungen		Prozess- und Gefängnis-Kosten		Reichstags-Kosten		Geschäfte und Verwaltungsausgaben		Darlehens-Rente		Verb.-Unterstützungen		Diverse	
	RM.	PF.	RM.	PF.	RM.	PF.	RM.	PF.	RM.	PF.	RM.	PF.	RM.	PF.	RM.	PF.	RM.	PF.	RM.	PF.
1901																				
August	29791	60	3042	10	3113	—	5051	75	50	—	101	—	1760	40	8000	—	7744	35	29	—
September	14948	14	8051	50	—	—	5725	—	—	—	—	—	459	70	—	—	400	—	301	34
Oktober	48299	48	18134	85	650	—	1947	50	454	50	—	—	2353	14	17000	—	7120	—	639	49
November	36731	56	8093	20	3500	—	1058	40	396	—	1500	—	1472	22	17400	—	3273	—	98	74
Dezember	21784	84	1907	40	4481	70	870	—	820	—	3000	—	1393	15	6637	50	2500	—	125	09
1902																				
Januar	22990	30	8336	60	1624	30	922	25	404	35	5000	—	1530	60	3000	—	2141	20	31	10
Februar	17663	30	4165	—	2024	75	795	—	580	—	5200	—	1193	10	—	—	3686	35	4	10
März	18611	94	2834	90	3000	—	505	50	320	65	2200	—	1186	05	—	—	6545	—	19	84
April	23227	84	3346	75	—	—	11756	—	—	—	3000	—	1837	52	—	—	3259	65	27	92
Mai	85228	90	3302	50	—	—	5741	75	250	—	3000	—	1159	65	20000	—	1775	—	—	—
Juni	35422	59	3278	20	—	—	1015	—	187	—	3800	—	856	95	23000	—	3275	—	10	44
Juli	20782	45	5082	85	—	—	1110	50	390	—	1244	—	1878	10	10000	—	913	—	334	—
	323372	94	69405	85	18393	65	37398	65	3852	50	28045	—	16895	58	103037	50	42632	55	1821	66

323 372,94 RM.
 Ausgabe für Kapitalanlage 16 378,35 „
 Kassendefizit am 31. Juli 1902 6 786,35 „
 346 535,64 RM.

Berlin, den 6. August 1902.

Revidiert und für richtig befunden:

W. Bod. Fr. Brühne. Ed. David. F. J. Ehrhart. Aug. Raben. P. Roenen.
 S. Meißner. Theodor Meßner. Clara Zetkin.

Bemerkungen zu A. Einnahmen.

1) Unter diesem Posten befinden sich neben Einnahmen für Flugblätter z. B. auch die Schmittsche Erbschaft mit 36 771,82 RM.

Bemerkungen zu B. Ausgaben.

1) und 2) Die Ausgaben für allgemeine wie auch für Wahl-Agitation halten sich nach Abzug der im vorigen Jahre unserer hiesigen Partei-Organisationen für bestimmte Aktionen oder Kampagnen bewilligten 20 000 RM., annähernd auf gleicher Höhe wie im Vorjahre.

3) Die Ausgaben für Unterstützungen sind gegen das Vorjahr um 25 353,55 RM. höher. In der Hauptsache ist diese Steigerung auf die den belgischen Genossen während ihres Wahlrechtskampfes geleistete Unterstützung zurückzuführen.

4) und 5) Die Reichstagskosten sind gegen das Vorjahr um 855 RM. geringer. Die Ausgaben für Geschäfte und Verwaltung sind infolge der Vergrößerung der Verwaltungskörper gegen das Vorjahr um rund 1000 RM. höher.

6) Das Darlehenskonto hat im Berichtsjahre eine ungewöhnliche Höhe erreicht, doch sind mit Ausnahme einiger weniger Fälle, in denen örtlichen Partei-Organisationen für bestimmte Aktionen oder Kampagnen bewilligte Gelder vorgestreckt wurden, alle Darlehen an die im Besitz der Partei befindlichen Zeitungsgesellschaften gegeben worden. Die durch die Kreditbewilligung der letzteren notwendig gewordenen Neu-Anschaffungen z. B. haben aber nunmehr einen gewissen Abschluß gefunden, so daß — normale Zeitsläufe vorausgesetzt — auf ein allmähliches Zurückfließen der Gelder in die Zentralkasse zu rechnen ist. Ein Geschäft, das vor zwei Jahren ein größeres Darlehen aufgenommen hatte, war im Berichtsjahre bereits in der Lage, 10 000 RM. zurückzahlen zu können.

7) Für Prekursorleistungen sind im laufenden Jahre rund 25 000 Mark weniger ausgegeben worden als im Vorjahre.

C. Ausgaben für die Parteipresse.

in einzelnen nachgewiesen.

„Freie Presse“, Straßburg i. E.	6 458,35 RM. 1)
„Mitteldeutsche Volkszeitung“, Kassel	800,—
„Wiederrheinische Volkszeitung“, Aachen	800,—
„Wiederrheinische Volkszeitung“, Düsseldorf	2 000,— 2)
„Nordwest“, Bielefeld	2 000,—
„Sankteler Blätter“, Sankteler	1 440,—
„Volksblatt“, Aachen	3 800,—
„Volksblatt“, Bochum	5 280,55 2)
„Volksblatt“, Kassel	1 000,—
„Volksfreund“, Korbach	2 000,—
„Volkszeitung“, Halberstadt	1 500,—
„Volkszeitung“, Königsberg	5 435,— 4)
„Volkszeitung“, Mainz	1 200,—
„Volkszeitung“, Posen	2 307,65 2)
„Werk“, Essen	3 633,— 3)
	42 632,55 RM.

Bemerkungen zu C. Ausgaben für die Parteipresse.

1) Die reichsdeutsche Parteipresse erhält auf Beschluß des Parteivorstandes weitere Subventionen nicht mehr.

2) Mit diesem Betrage wurde ein Teil der Forderungen bezüglichen, welche der Druker des früheren Düsseldorf-Partei-Blattes (Kopierdruck) in Düsseldorf hatte, als diese mit der Herausgabe einer eigenen Zeitung begann.

3) Unter diesem Posten befinden sich 435 RM., welche noch für die frühere, dreimal wöchentlich erscheinende „Volkszeitung“ gezahlt wurden.

4) u. 5) Das „Volksblatt“ in Bochum und der „Werk“ in Essen werden vom 1. Oktober d. J. an aufhören, als besondere Blätter zu erscheinen. An ihre Stelle tritt als Zentralorgan für das rheinisch-westfälische Industriegebiet die „Arbeiterzeitung“ in Dortmund.

Strafregister. Mehr als 50 Jahre sind es, was an Gefängnis- und Zuchthausstrafen im letzten Jahre von deutschen Gerichten in Strafprozessen erkannt ist, die sich aus der Arbeiterbewegung herleiten. Ein erheblicher Bruchteil dieser Freiheitsstrafen — besonders auch die drei Jahre Zuchthaus — sind erkannt worden gelegentlich der großen Prozesse wegen Landfriedensbruch, die aus tumultuarischen Vorgängen gelegentlich der großen Streiks in Köslin (Maurer) und Gommern (Metallarbeiter) sich abspielten. Auch die neueste Entscheidung auf dem Gebiete der Rechtsprechung, die Verurteilung streikender Arbeiter wegen „Erpressung“, hat zu den 50 Jahren manches Opfer geliefert. Auf das Konto der Himmelsbrief-Prozesse sind circa zwei Jahre zu legen, von denen auf die drei Redacteure des „Vorwärts“ John, Schmidt und Schröder allein 17 Monate entfallen.

So drastisch aber an untreue Parteigenossen jedes Angeleiteten der Feder oder jedes scharfe Wort geahndet wird, so ungeniert und ohne durch die bezüglichen strafrechtlichen Grenzen besorgt zu werden, kann sich die gegenwärtige Art der untreuen Parteigenossen hermachen. Ein recht charakteristischer Vorgang hat sich in dieser Beziehung gegen untreue Genossen Erdmann in Dortmund abgespielt. Gegen diesen hat sich vor dem Dortmund'schen Landgericht der Anwalt v. Dewitz erlassen, die ehrenrührigsten Vorwürfe zu erheben. Er sprach von unfremden Genossen als

von einer jener vornehmen Feinden, die zur Socialdemokratie gehen um den Dummheit das Geld aus der Tasche zu nehmen, weil sie keine Lust zur ordentlichen Arbeit mehr haben. Erdmann sei ein gemeingefährlicher Mensch, der unschädlich gemacht werden müßte, usw. usw.

Diese ungeheuerlichen Anschuldigungen, öffentlich erhoben in einem Verleumdungsprozeß, der schließlich mit der Verurteilung unfremden Genossen zu 30 RM. Geldstrafe endete, veranlaßte den letzteren, gegen den Anwalt die Klage wegen Verleumdung zu erheben. Das Landgericht eröffnete auch das Verfahren, der Oberstaatsanwalt zu Hamm erhob aber den Konflikt und beantragte Einstellung des Verfahrens, weil sich der Anwalt im Rahmen seiner Amtsbefugnisse gehalten habe. Das Unlaubliche geschah! Das Oberverwaltungsgericht erachtete den Konflikt für begründet und beschloß, das Verfahren gegen den Anwalt einzustellen.

So geschah im 20. Jahrhundert im Reichsstaat Preußen! Das Gesamtstrafregister im letzten Jahre ergibt also, ohne die von Einzelnen verübte Unterdrückung mit eingerechnet, 48 Jahre und 8 Monate Gefängnis, 3 Jahre Zuchthaus und 17 559 Mark Geldstrafen.

Auch diese Opfer des Klassenkampfes sind nicht umsonst gebracht und werden ihre Sühne finden!

Parteigenossen! Das nächste Jahr wird für unsere Partei ein Kampfsjahr im umfassendsten Sinne des Wortes. Noch ist der Protokoll- und Zolleris nicht aus der zu seiner Vorbereitung eingeleiteten Kommission heraus und der Reichstag muß sich in der nächsten Session in zweiter und dritter Lesung noch mit ihm befassen. Unter Abgeordneten haben bisher ihr Möglichstes gethan, um das im Interesse des Großkapitals geplante Attentat auf das wertvollste Volk abzuwehren. Ob diese Abwehr von Erfolg begleitet sein wird, vermag heute niemand zu sagen, unsere heiligste Pflicht aber ist es, mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften dafür zu wirken. Ob der Buchertarif aber Ausnahme findet oder nicht, der nächste Reichstags-Wahlkampf wird unter den Ein- und Nachwirkungen dieses Attentats gegen das Volkswohl stehen. Unsere Partei, die bisher den Vorkampf gegen den Volkswahl geführt hat, wird bei den nächsten Wahlen den schwersten Kampf nach allen Seiten zu bestehen haben. Von gegnerischer Seite werden die kräftigsten Anstrengungen gemacht, um wieder ein Wahlkartell der Ordnungsparteien zu Stande zu bringen, wie gelegentlich der Reichstagswahlen im Jahre 1887.

Um in diesem Kampfe siegreich zu bestehen, müssen unsere Genossen mit verdoppeltem Eifer und aller Energie an die Vorbereitungen des Wahlkampfes gehen. Vor allem gilt es, die Organisation auszubauen, dann aber auch für materielle Mittel zum Wahlkampf zu sorgen.

Parteigenossen, thut Eure Pflicht!

Hoch die Socialdemokratie!

Bericht der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands.

Bis zur Frauenkonferenz in Mainz 1900 gab es in Deutschland nur in wenigen Orten weibliche Vertrauenspersonen, die die Agitation, so gut sie es vermochten, betrieben. Die Agitation selbst erlangte der Plannähigkeit. Die Konferenz schaffte in einem Regulatorium einen Wegweiser für die Aufgaben der Vertrauenspersonen. Eine größere Einheitlichkeit in der Agitation war die Folge davon.

Nach einem Aufrufe in der „Gleichheit“ erfolgte den Beschlüssen der Konferenz entsprechend die Wahl von Vertrauenspersonen, deren Zahl im Januar 1901 bereits 25 betrug und sich bis jetzt verdoppelt hat.

Die Aufklärungsarbeit unter den Frauen mußte selbstverständlich mit Berücksichtigung ihres buntschichtigen Vereins- und Versammlungsrechts betrieben werden. In den Orten, in denen die Frauen das Recht besitzen, politischen Vereinen als Mitglieder anzugehören, sind die Vertrauenspersonen mit Erfolg bemüht gewesen, diesen Organisationen weibliche Mitglieder zuzuführen. Die Wahlvereine der drei Hamburger Wahlkreise stehen in erster Reihe mit der stattlichen Anzahl von 902 weiblichen Mitgliedern. In Sachsen zählt der 12. und 13. Wahlkreis 550 politisch organisierte Frauen, der 4., 5. und 6. Wahlkreis 194, während im 22. und 23. Wahlkreis von Ende 1900 bis Ende Juli 1902 die Zahl der organisierten Frauen von 25 auf 180 gestiegen ist.

Um die beschlossene Agitation für den Arbeiterinnenschutz in Fing zu bringen, erschien ein Aufruf in Nummer 23 der „Gleichheit“ von 1900; die nämliche Nummer veröffentlichte auch die Resolution, in welcher die diesbezüglichen Forderungen der Genossinnen formuliert und begründet sind. Um diese Forderungen den bürgerlichen Parteien des Reichstages zur Kenntnis zu bringen, wurde jedem Mitglied derselben die Resolution in Form einer Petition zugestellt, welche um die gesetzliche Festlegung der geforderten Reformen ersucht.

Sobald die Gefahr des geplanten Zollwuchers festere Gestalt angenommen hatte, traten auch die Genossinnen sofort mit in die Agitation ein. Um den Frauen ärmerer Landesteile, die aus eigenen Mitteln sich nicht politische und sociale Belehrung schaffen können, Aufklärung durch Vorträge zu bringen, wurden Agitationstouren veranstaltet, deren Kosten entweder ganz oder teilweise aus der Kasse der Vertrauensperson der Deutschen Genossinnen gedeckt ward. Im Januar 1901 fand eine Tour im Thüringer Wald statt, die 15 Versammlungen umfaßte; in den lebenden Centren der Spielwaren-, Glasperlen- und Brillenindustrie fielen die Vorträge auf fruchtbaren Boden. Ebenso wurde das arme Schlesien mit einer Agitationstour von 15 Versammlungen bedacht. In der Rheinprovinz wurden 9 Versammlungen, in Sachsen-Altenburg zweimal je vier Versammlungen abgehalten. Im sächsischen Voigtlande fanden zwei Touren von 11 und 10 Versammlungen statt. Im Anschluß an eine größere Tour im Elsaß, die die dortige Vertrauensperson der Genossinnen organisiert hatte, sind in Baden mehrere Versammlungen mit gutem Erfolge abgehalten worden. Auch Opreußen erhielt gelegentlich der Anwesenheit einer unserer Rednerinnen vier Versammlungen. Bei den vorstehenden Angaben sind nicht diejenigen Agitationstouren mit einbezogen, die die Vertrauenspersonen der einzelnen Bezirke und Orte veranstaltet haben, ebenso wenig die sehr zahlreichen Einzelversammlungen, die allertwärts zur Aufklärung der proletarischen Frauen stattgefunden haben. Die Agitation der Genossinnen erstreckte sich sowohl auf den Arbeiterinnenschutz, wie den Lebensmittelwucher; sie knüpfte an die maßlose Kostenerhöhung, die Wohnungsnot, die Arise und alle Zeitereignisse an. Unsere Forderungen an die Kommune wurden gelegentlich der Behandlung einschlägiger Fragen gebührend berücksichtigt und die Genossinnen bei Stadtvorordneten-Wahlen zur thätigsten Unterstützung des Wahlkampfes aufgerufen.

Freiwillig begannen unsere Ideen auch unter die Proletarierinnen von Geseiden zu dringen, die bis vor kurzem unserer Agitation verschlossen waren. So zeigt sich in verschiedenen Teilen Bayerns eine immer regere Anteilnahme der Frauen an der modernen Arbeiterbewegung.

Verkehrsdelegationen der Genossinnen, die Beschwerden der Arbeiterinnen entgegennehmen und der Gewerbe-Inspektion übermitteln, sind außer der in Berlin bestehenden in Leipzig, Dresden und Düsseldorf eingerichtet worden und haben manchen Uebelstand beseitigt helfen. Auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung haben die Genossinnen mehr als je geleistet, Werkstätten- und Fabrikvisitationen, wie öffentliche Agitationsversammlungen in großer Zahl abgehalten. Die Zahl der Frauenbildungsvereine ist gestiegen; ihre Entwicklung ist im allgemeinen eine gute. Da aber das Wirken dieser Organisationen im Hinblick auf das Verbot der Frauen in vielen Bundesstaaten ein streng unpolitisches sein muß, so fällt ein Uebelstand darüber, wie über die steigende gewerkschaftliche Thätigkeit der Genossinnen außerhalb des Rahmens dieses Berichtes. Die Kommission für Aufhebung von Flugblättern gab deren zwei heraus. Das erste behandelte in leicht faßlicher Form unsere Forderungen hinsichtlich des Arbeiterinnenschutzes. Es wurde in einer Auflage von 100 000 gedruckt und an 53 Orten verbreitet. Das zweite Flugblatt, das sich mit den Wucherzöllen beschäftigte, gelangte in 400 000 Exemplaren an 60 Orten zur Verteilung.

Um die Kenntnis des socialdemokratischen Programms unter den Frauen zu fördern, wurden eine größere Anzahl davon, wie auch die Erläuterungen dazu angeschafft und den weiblichen Vertrauenspersonen unentgeltlich zugestanden mit dem Anraten, beides im Kreise von Frauen zu lesen und zu diskutieren.

Als Zeichen der erfreulichen Entwicklung der Frauenbewegung mocht sich ein fortwährendes Steigen des Abonnementstandes der „Gleichheit“ bemerkbar. Das Bedürfnis nach Agitationsnummern zur Unterstützung der Aktionen unserer Genossinnen unter den Arbeiterinnen bestimmter Gewerbe und bei besonderen Anlässen steigert sich fortwährend. Die Zahl der Proletarierinnen, die für die „Gleichheit“ schriftstellerisch thätig sind, nimmt zu; die Entwicklung manch thätiger Kraft wird durch diese Mitarbeit bedeutend gefördert. Die „Gleichheit“, der unsere proletarische Frauenbewegung an erster Stelle die grundsätzliche Arbeit und Hilfe verdankt, die sie von der Bewegung der meisten Länder andrängt, ist den thätigen Genossinnen unentbehrlich als geistiges Band, als Mittel des Zusammenhaltens, der Belehrung und politischer Schulung.

Die in die Augen springenden Fortschritte unserer Bewegung werden sich bei den im nächsten Jahre in Aussicht stehenden Reichstagswahlen zeigen. In den Erfolgen, welche die Socialdemokratie dann erringen wird, werden auch die Frauen ihren Anteil haben, ebenso wie sie ihren Anteil an allen erforderlichen Arbeiten leisten werden und geleistet haben.

Zum Schluß eine Uebersicht der vereinnahmten und verausgabten Gelder, die in der „Gleichheit“ im einzelnen quittiert worden sind. Zwar war es leider nicht möglich, von den eingenommenen Beträgen der Parteikasse einen Teil zuzuführen, doch haben wir wenigstens die Kosten unserer allgemeinen Agitation selbst gedeckt. Fast überall haben außerdem die Vertrauenspersonen der Genossinnen es verstanden, die Kosten der örtlichen Agitation unter den Frauen aufzubringen, sie haben oft den Parteigenossen beim Sammeln von Geldern zu allgemeinen Parteizwecken geholfen.

Sicher ist mit der größeren Aufklärung auch der Opfermut der Frauen gewachsen. Das bisher Erzielte soll uns ein Ansporn zu unermüdlicher Thätigkeit sein.

Einnahmen 2000,29 RM.

Ausgaben 2185,55 „

Bestand 704,74 RM.

Berlin, Ende Juli 1902.

Kinderspielzeug.

Illustriertes Preisverzeichnis künstlicher Orden.
Zu der Debatte in der Posttarifkommission.

Päpstliche Orden Preis pro Stück M. 2500 bzw. M. 3500				San Marino Preis M. 2000 bzw. M. 2500 bzw. M. 1500	Tunis Preis M. 1800 bzw. M. 2500	Persten Preis M. 3500 bzw. M. 6000
Türke Preis M. 3000 bzw. M. 5000	Spanien Preis M. 1000 bzw. M. 6000 bzw. M. 7500		Portugal Preis M. 1000 bzw. M. 6000	Serbien Preis M. 1000 bzw. M. 6000	Rumänien Preis M. 1000	
Italien Preis M. 5000	Venezuela Preis M. 2000 bzw. M. 2500 bzw. M. 3000 bzw. M. 4000	Liberia Preis M. 1000	Oesterreich Preis M. 6000 bzw. M. 1200			

Zu der Posttarifkommission wurde unlängst, nachdem der Abg. Stadthagen einen hohen Vorschlag für ausländische Orden beantragt hatte, in längeren Debatten über das Ordenswesen im allgemeinen gesprochen, und im Anschluß daran wurde in der „Welt am Montag“ ein Preisverzeichnis für ausländische Orden bekannt gegeben. Man sah daraus, daß es mit Geld möglich ist, ohne erst auf Schloßfeldern oder in umständlicher und mühevoller Arbeit Verdienste erworben zu haben, sein in idler Leere starrendes Knochloch mit einem Ordenszeichen zu schmücken. Einen Fehler nur hat dieses Preisverzeichnis: man muß nämlich die Krone im Saal laufen, weil man aus demselben noch immer nicht erkennen kann, wie die verschiedenen Krone und Sterne aussehen. Die Geschmäcker sind eben verschieden; darum lieber Leser, wähle Dir aus dem blinkenden Sternenhimmel, den wir in dem obensichenden illustrierten Preisverzeichnis vor Dir ausbreiten, das Dir konvenierende Ordenszeichen aus. Mit einem Opfer von 80 000 M. kannst Du Ritter der Reichsritterlichen Eisernen Krone werden, und wenn Du Dir an der fraglichen Stelle für einen Obolus von 18 000—60 000 M. noch den Adelstitel gekauft hast, so kannst Du sogar das Mariannekreuz des deutschen Ritterordens in Wien für lumpige 1200 M. erwerben. Preiswerter und nicht minder geschmackvoll ist der Orden der Befreiung Afrikas, der nur 1000 M. kostet. Was

man sich unter Befreiung Afrikas vorzustellen hat, geht freilich aus den Ordensstatuten nicht klar hervor; man wende sich da nur um Ausklärung an Herrn Chamberlain. Sehr schön, für jedes Gesicht, jede Figur und jedes Knochloch passend, sind ferner der Ritterorden von San Marino, der tunesische Orden Kascha-el-Nidhar, der türkische Medjidie- und der persische Sonnen- und Löwenorden. Nicht zu vergessen ist auch der Orden der Witze Bolivar von Venezuela, durch welchen man für 2000 M. Ritter und für 4000 M. sogar Großoffizier werden kann, ohne auch nur als Einjährig-Freiwilliger in der berühmten venezolanischen Armee gedient zu haben. Bessere europäische Sachen in sehr geschmackvoller und gediegener Ausführung sind schließlich die spanischen und portugiesischen Orden; ein Kommandeur 1. Klasse mit dem Stern des spanischen Ordens Isabella catholica und ein solches der portugiesischen Ordens Christus und Villa Vicosa, tadellose Krone, kosten 7500 bzw. 6000 M. Wer sich für Titel interessiert, kann durch den betreffenden Agenten auch solche erhalten, und für wenige tausend Mark kann jedermann beispielsweise portugiesischer Kommerzienrat, serbischer Sanitätsrat und spanischer Ordenskommandeur werden, ohne erst ein thatenreiches Leben hinter sich haben zu müssen.

I. Bei der vorgeschrittenen Fäulnis hat sich eine Todesursache nicht mehr ermitteln lassen, zumal ein wichtiges Organ, nämlich das Gehirn, nur stückweise vorhanden war.
II. Der Herzbefund unterstützt die Annahme eines Todes durch Herzlähmung.
III. Die vorgefundenen Blutaustretungen in das Unterhaut-Fettgewebe können sehr wohl während des Deliriums durch Anschlagen gegen die Zellwand oder dergleichen entstanden sein.
IV. Der Befund der Nase ist lediglich eine Verwesungserscheinung (beginnende Mumifikation).
In dem Absatz I ist sozusagen alles ausgedrückt. Wohl jeder Laie begreift die Befürchtung, daß auch die genaueste ärztliche Untersuchung einer Leiche, die bereits halb verwest ist, ein negatives Resultat ergeben mußte. Wer trägt aber die Schuld an dieser dauerlichen Verzögerung der nochmaligen Sektion? Unfres Gerächens hätte die Staatsanwaltschaft unbedingt schon längst Veranlassung nehmen müssen, die schleimigsten Knochen zur Aufklärung der rätselhaften Angelegenheit zu treffen. An Anregung dazu hat es wahrlich nicht gefehlt. Jetzt kann es höchstens den Eindruck erwecken, als hätten die Behörden ein besonderes Interesse an der Hinausschiebung der ärztlichen Untersuchung bis zu einem Zeitpunkt gehabt, wo die Todesursache nicht mehr zu ermitteln war.
Der Absatz III läßt die Möglichkeit zu, daß Adernmann sich im Delirium selbst diese Verletzungen zufügte; über die zweite Möglichkeit, daß andere die Urheber derselben sein könnten, schweigt das Gutachten. Letztere Möglichkeit ist jedoch um so wahrscheinlicher, als es eigentlich unverständlich ist, wie sich ein Delirant einen handteller-großen Bluterfluß „hinten am linken Knie“, d. h. in der Kniekehle, wie auch oberhalb des Schulterblattes selbst zufügen kann. Doch mag dem sein wie ihm wolle, soviel ist jedenfalls sicher: Will man eine harmlose Erklärung für den Tod Adernmanns finden, so muß man schon an ein überaus merkwürdiges Zusammentreffen von allerhand sonderbaren Umständen glauben. Der robuste, muskulöse Mann geht gesund und munter fort — nach drei Tagen ist er tot. Er bekommt das Alkohol-Delirium — und war gar kein Süßer. Mit zahlreichen blutunterlaufenen Stellen wird er in Herzberge eingeliefert — die soll er sich selbst beigebracht haben. Er befindet sich in den Händen und unter Aufsicht der Behörden, erkrankt, scheidet und wird begraben — und sein Weib erhält Nachricht davon. Wenn man sich dies alles gegenwärtig, dann wird man den Gedanken nicht los, daß bei dem Tode des Verstorbenen andre, noch unaufgeklärte Momente mitgewirkt haben müssen. Doch kurz und gut: das Dunkel dieses rätselhaften Vorfalles ist nicht gelichtet; ob dies jemals gelingen wird, muß der Zukunft überlassen bleiben.

Verstummeude Kritiker. In der „Morgenpost“ schreibt ein Mann, der offenbar nicht weiß, was er will, ein Schularzt Dr. E. W., über die Ferienkolonien. Im Eingang seiner Betrachtungen stellt er fest: „Auser einem einzigen Parteiblatt, das stets einige geringfügige Äußerungen für die gemeinnützige Institution zur Hand hat, begleitet die Berliner Presse die Ferienkolonien gewohnheitsmäßig mit dem Ausdruck ihrer Sympathien, ohne damit zu behaupten, daß sie in der Einrichtung eine Lösung der sozialen Frage sehe.“ Sodann aber fährt er fort: „Die Gemeinnützigkeit des Werkes und die rühmliche Hingebung seiner Leiter veranlassen es, daß jede Art der Kritik, selbst die allerwohlwollendste, gegenüber dieser Einrichtung verstummt, was aber leider zur Folge hat, daß ein dreifachsiges Interesse in der Betätigung für die Sache noch nicht existiert. Man mag über die Kritik klagen so viel man will, das eine steht fest, daß die innere Wärme bei öffentlichen Unternehmungen jeder Art nur hervorgerufen wird durch die Reibung entgegenstehender Meinungen, also zunächst durch die Kritik, die den bestehenden Einrichtungen entgegengebracht wird.“

Nur erst demunziert Herr Dr. W. die Kritik, die bisher allein der „Vorwärts“ (denn den meint er mit dem „einzigsten Parteiblatt“) in die Ferienkolonien geübt hat, als „geringfügige Äußerungen“, hinterher jedoch jammert er darüber, daß in der übrigen Presse Berlins die Kritik verstummt, und findet, daß dadurch das Interesse für die Sache nicht gefördert wird. In seinen weiteren Ausführungen scheint dann der Herr zunächst selber die Ferienkolonien scharf kritisieren zu wollen, indes wandelt auch ihm das Wort des Tadels sich bald in den „gewohnheitsmäßigen Ausdruck der Sympathie“. So vermehrt schließlich der Herr Schularzt die Zahl der verstummenden Kritiker um ein weiteres Exemplar und bleibt bis zu Ende konsequent in seiner Inkonsistenz.

Die Ferienkolonien des „Vooruit“. Der Center „Vooruit“ beschränkt sich nicht darauf, seinen Mitgliedern die notwendigen Lebensbedürfnisse etwas billiger abzugeben als etwa der Privatkapitalist, sondern wie alle belgischen Genossenschaften, so sucht auch der „Vooruit“ den Genossenschaftlern in allen Lebenslagen beizustehen, wie überhaupt das ganze Leben derselben zu umfassen. So sind Unterstufungsklassen für Kranke, Invalidität und Alter eingerichtet, es stehen den Mitgliedern ärztliche Hilfe und Medikamente frei zur Verfügung. Auch die Erziehung der Kinder der Genossenschaftler sucht die Leitung des „Vooruit“ zu unterstützen. Das geschieht unter anderem dadurch, daß in jedem Jahre während der Ferien ein Teil der Kinder unter der Leitung und auf Kosten der Genossenschaft größere Reisen unternehmen. So reisen in diesem Jahre 30 Kinder, 16 Mädchen und 14 Knaben unter der Leitung Vogarerts, des Chefdirecteurs des „Vooruit“, nach Frankreich, der Schweiz, Elsaß-Lothringen und Luxemburg. Sie besuchen dabei unter andern Viller, Paris, Genf, Lausanne, Lugern, Zürich und lernen über Strassburg vorüber. Es ist vorgezogen, daß sie meist in Familien von Genossenschaftlern oder doch in Arbeiterfamilien untergebracht werden. Die Kosten der Fahrt decken die Kinder zum Teil selbst, denn die Schüler des „Vooruit“ sind keine Künstler; sie geben unterwegs Musik- und Gesangsaufführungen (sie werden zu Hause darin unterrichtet) und zeigen auch ihre turnerischen Leistungen. Der ausgleichenden Gerechtigkeit wegen sind in diesem Jahre 40 andre Kinder für 5 Tage aus Meer gesandt worden.

Die Wegener wenden ein, Kinder von 12 Jahren verstanden doch nicht die Schönheiten zu würdigen, die sie sehen. Zunächst ließe sich dieser Einwand gegen die vielen Kinder reicher Leute erheben, welche in jedem Jahr das Glück haben, mit ihren Eltern weite Reisen machen zu können. Auf die Kinder des „Vooruit“ trifft es mindestens in nicht höherem Maße zu, als auf jene. Sie haben alle die erste Klasse absolviert, ferner verweist der Bericht, dem wir das Obige entnehmen, darauf, daß der Führer der Schüler, Vogarerts, der von den Lehren selbst hierfür gewählt ist, ein ausgezeichnete Jugendlehrer sei, der vor allem auch die Gabe besitze, der Jugend zu sehen und Verstehen zu lehren.
Mittlerweile sind die Schüler des „Vooruit“ bereits in Paris angekommen. Sie wurden an dem Bahnhof von den Führern der sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen empfangen und zogen, die Friedens-Marschälle führend, in die französische Hauptstadt ein. Für die Veranstaltung der historischen Denkmal- und Gedenkveranstaltungen von Paris sind 3 Tage reserviert.

Sociales.

Die Barbarei des Strafrechts. Unser Fortschritt-Parteiblatt meldet folgenden Fall aus Kottbus:
„Am Dienstag hatte sich der zwölfjährige Schulknabe Karl Jurek aus Kottbus wegen schweren Diebstahls zu verantworten. Der Junge, ein schwächliches Kind, wird aus dem Centralgefängnis vorgeführt, wo er zur Zeit bereits eine einmonatige Gefängnisstrafe wegen Diebstahls zu verbüßen hat. Er ist geständig, mit einem passenden Schlüssel die Wohnung der Witwe Seidel geöffnet und 1 M. entwendet zu haben. Der Verteidiger fährt an: „Die Mutter des Kindes, die Witwe Jurek, nährt sich kümmerlich, indem sie bei fremden Leuten wohnt, sie kann sich wenig um die Erziehung ihres Kindes kümmern und seine Nahrung bestand größtenteils nur aus Mehlsuppe. Der Junge bleibt die meiste Zeit sich selbst überlassen.“ Das Gericht erkannte unter Zustimmung mildernder Umstände auf 4 Monate Gefängnis.“
Ob die Frage nach der erforderlichen Einsicht in die Strafbarkeit der Handlung erwogen worden ist, ist aus dem Bericht nicht ersichtlich; jedenfalls ist die Frage nicht verneint worden. Wer kann aber glauben, daß dieses arme hungernde, meist mit Mehlsuppe genährte Kind, um das sich die Mutter aus Not nicht kümmern kann, gebietet aus dem Gefängnis kommen wird. Ein Gewohnheitsverbrecher mehr! Das ist das Resultat dieser unsmutigen Methode. Dabei — und das ist das Beschämendste und Nüchternste — ist die überproportionale Mehrzahl aller Hochgelehrten, aller Akademiker, aller Sociologen und aller Politiker einzig darüber, daß solche Kinder nicht ins Gefängnis, sondern in eine gute Pflege und Erziehung gehören, daß sie der menschlichen Gesellschaft verloren sind durch die Einspernung im Gefängnis. Und doch ist noch nicht abzusehen, wann diesem schmachvollen Zustande ein Ende bereitet werden wird.

Aus der Frauenbewegung.

Vom Versammlungswort der Frauen. In Ratingen fand kürzlich eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Adolf Hoffmann aus Berlin einen Vortrag hielt. Gleich bei Beginn des Vortrages verlangte der überwachende Beamte die Entfernung der Frauen. Der Vorsitzende kam diesem Verlangen jedoch nicht nach, sondern gab dem Beamten den Rat, sich beim Bürgermeister Informationen zu holen über den Inhalt des Versammlungsgesetzes. Um ihm dazu Gelegenheit zu geben, wurde die Versammlung auf unbestimmte Zeit vertagt.
Der Beamte befolgte den weisen Rat und als er wiederkam, war er lächer geworden; er ließ die Versammlung in Anwesenheit der Frauen unbehelligt tagen.
Der Herr kann dem gemüthlichen Vorsitzenden dankbar sein; der hat ihm durch seine Geduld zu einer bequemen Vernehmung seiner dienstlichen Kenntnisse verholfen und ihn vor Begehung einer ungeschicklichen, wenn auch leider nicht strafbaren Handlung bewahrt.
Zur Arbeitszeitverkürzung für Frauen hat sich auch die Düsseldorf-Handelskammer geäußert. Selbstverständlich haben alle von ihr befragten Unternehmer erklärt, daß sie die Verkürzung der Arbeitszeit nicht wünschen. Wenn sie jedoch zum Ueberfluß noch erzählen, daß auch die Arbeiterinnen so lange wie möglich arbeiten wollen, so sollten sie es doch den Arbeiterinnen ruhig selber überlassen, ihre Ansichten über das, was ihnen kommt, öffentlich auszusprechen. Wir sind überzeugt, wenn man die Mehrzahl der Arbeiterinnen befragt, so werden sie keine so unvernünftige Antwort geben, wie die Düsseldorf-Unternehmer ihnen in dem Mund legen.

Im übrigen erklären auch die Düsseldorf-Unternehmer, daß für viele Betriebe die Verkürzung der Arbeitszeit der Frauen auch eine solche für Männer zur Folge haben müßte. Das kann uns nur die Verkürzung der Arbeitszeit für Frauen noch wünschenswerter machen.

Schöneberg. In einem fünfviertelständigen Vortrage besprach Genossin Klara Zetkin am Dienstag im Obliken Saale in einer besonders von Frauen gut besuchten Versammlung die Arbeiterinnen-Angewandte Beschäftigung. Rednerin schloß den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag mit einem begeisterten Appell an die anwesenden Frauen, durch Zusammenschluß und Einwirkungen in die Erkenntnis der Verhältnisse an der Befreiung des Proletariats teilzunehmen. — Sodann wurde als Delegierte zur Leinwandbürger-Provinzialkonferenz, zum Münchener Parteitag und dem damit verbundenen Frauenkongreß Genossin Thiele-Tempelhof gewählt.

Ueber Einschränkung der Frauennarbeit im Gebiete der Reichspost.

Während ein Erlaß des Staatssekretärs des Reichspostamts die Anstellung weiblichen Personals im Post- und Telegraphendienst eingeschränkt hat, sind auch die sächsischen Behörden angewiesen worden, bei der Auswahl weiblicher Arbeitskräfte sich größere Zurückhaltung aufzuerlegen. Anlaß zu dieser Verfügung hat die Wahrnehmung gegeben, daß bei dem weiblichen Personal Einschränkungen infolge der Anforderungen des Dienstes häufig vorkommen, namentlich stellt sich bei den Telephonistinnen leicht eine Alteration der Kopfnerven, allgemeine Nervosität und Vulturmut ein; ebenso ist das Verhalten der Schreibmaschinen-jungen Mädchen vielfach unzutunlich. An ein und derselben Dienststelle mußten beispielsweise sämtliche drei mit den Schreibmaschinen dienstvertraute Beamtinnen wegen Ueberanstrengung längere Zeit beurlaubt werden, um Heilung für die im Dienste erworbene Nervosität zu suchen. Derartige able Erfahrungen sind nicht etwa bloß mit jungen Mädchen gemacht worden, die schon schwächlich in den Dienst treten, sondern auch mit solchen, die sich bei Uebernahme der Stellung der besten Gesundheit erfreuten.
Zur Beurteilung dieser Angaben wäre es nötig, zu erfahren, wie lang die tägliche Arbeitszeit der Frauen in diesen Diensten ist, wie sie bezahlt werden und wie der Dienst auf Männer wirkt.

Lothales.

Die Obduktion Adernmanns
die, wie wir bereits mitteilten, am Mittwochmorgens 2 Uhr durch den Gerichtsarzt Dr. Puppe vorgenommen wurde, hat ebenfalls nur wenig Licht in die dunkle Affaire gebracht. In dem umfangreichen Sektionsprotokoll, das am gestrigen Spätnachmittag unserm Genossen Stadterordneten D. Puppe zugeht, ist der Befund aller irgendwie in Betracht kommenden Leichenteile eingehend beschrieben. Danach ist eine Verletzung edler Körpertheile nicht festgestellt. Dasselbe befragte auch das Protokoll aus Herzberge. Ueber die besonders auffälligen Stellen heißt es im Auszug: Die Obduktion hat freie Blutergüsse am rechten inneren Knöchel, hinten am linken Knie, sowie am Rücken beiderseits neben der Wirbelsäule ergeben. Der Bluterguß am rechten inneren Knöchel hat nur geringen Umfang; der am linken Knie ist handteller-groß. Die Blutergüsse am Rücken enthalten noch mehr Blut als der am Knie; der rechte befindet sich oberhalb des Schulterblattes, der linke etwas abwärts davon. Seine Gesamtunter-suchung sagt Dr. Puppe in folgendem Gutachten zusammen:

Unbenutzte Fahrkarten. Ganze Stöße von Anträgen auf Verlängerung der Geltungsdauer von Rückfahrkarten, auf Erstattung des Fahrgeldes für nicht benutzte Billets der Fahrkarte etc. laufen jetzt tagtäglich bei der Königl. Eisenbahn-Direktion Berlin ein, ja, viele Reisende, die irgendwo in der „Sommerfrische“ sitzen und auf besseres Wetter warten, richten ihre Gesuche um Verlängerung der Geltungsdauer sogar telegraphisch an die Direktion. Alle derartigen Gesuche werden nach der eben erst erfolgten Verlängerung der Geltungsdauer rundweg abgelehnt. Anders ist es mit den Erstattungsanträgen. Zu Ruh und Frommen aller derer, die heute und an den folgenden Tagen noch ihre Erholungsreise antreten, sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Staatsbahnverwaltung bei Nichtbenutzung einer Rückfahrkarte zur Heimreise, bei Nichtausnutzung eines Rundreisebilletts etc. die Differenz zwischen dem ganzen und dem einfachen Fahrpreis resp. dem Preis für die nicht benutzte Strecke in jedem Falle zurückerstattet, falls der Reisende sich auf der Station, auf welcher er die Reise abbricht, eine diesbezügliche Bescheinigung geben läßt. Die mit diesem amtlichen Vermerk versehenen Fahrkarte etc. ist aber nicht in allen Fällen an die Königl. Eisenbahn-Direktion Berlin zu senden, — hierhin gehören nur Erstattungsanträge, die sich auf den Verkehr mit außerdeutschen Bahnen beziehen, wenn also z. B. eine Fahrkarte Berlin—Petersburg nicht voll ausgenutzt worden ist (wie andererseits die Erstattung für eine Fahrkarte Potsdam—Paris an die Direktion Magdeburg zu richten wäre). Dagegen ist, wenn es sich um den Verkehr mit deutschen Bahnen handelt, nur die der Ausgangsstation vorgesehene Verkehrs-Inspektion zuständig, und alle an die betreffende Direktion gerichteten Anträge erleiden durch die falsche Adressierung nur unliebsame Verzögerungen.

Die Eröffnung der neuen Eisenbahnstation in der Dorfstraße wird in einigen Tagen erfolgen. Zunächst wird sie für den Verkehr nach und von Groß-Lichterfelde-Ost und Jossen zur Benützung kommen. Die räumliche Ausdehnung der neuen Haltestelle ist eine ganz bedeutende, damit sie dem zu erwartenden Sonntagsverkehr gegenüber voll und ganz gewachsen ist. Namentlich bedeutet die Station Dorfstraße für den Verkehr mit Groß-Lichterfelde-Ost eine wesentliche Erleichterung. Bisher ließ sich Lichterfelde-Ost in Berlin nur vom Inhalter bezw. Potsdamer und Wannsee-Bahnhof aus erreichen, in diesem Falle mußte man jedoch, um nach Lichterfelde-Ost zu kommen, ganz Lichterfelde-West mit der elektrischen Straßenbahn oder zu Fuß durchwandern.

Mit den Empfangsfeierlichkeiten für den König von Italien beschäftigte sich die gestrige Magistrats-Sitzung. Die Pläne des Stadtbaurats Ludwig Hoffmann zur Ausschmückung des Brandenburger Thores, des Pariser Platzes und des Platzes vor dem Brandenburger Thore wurden genehmigt. Die Kosten sollen, wie berichtet wird, dem Repräsentationsfonds entnommen werden.

Zu der Unthat in der Jungfernhöhe wird gemeldet, daß die Nachforschungen der Kriminalpolizei bereits zu mehreren Festnahmen geführt haben. Dahin gehört zunächst die eines Steinlufschers Wurm, der bei einem Führern in der Verlebergerstraße beschäftigt war und am Vortage in angetrunkenem Zustande einen Bau verließ, bei dem er Steine anfaß. Abends hat er dann in einem Wirtshause geäußert, daß er „ein Ding gedreht“ habe. Sein ganzes Zeug und die Wäsche, mehrere Säcke voll, wurden beschlagnahmt, da an dem Anzuge, dem er trug, nichts Auffälliges wahrzunehmen war. Wurm bestreitet den Mord und war heute vormittag bei der Kriminalpolizei damit beschäftigt, seinen Alibibeweis zusammenzustellen. Die Angaben müssen dann später auf ihre Richtigkeit hin geprüft werden. Vorläufig bestehen noch Zweifel, ob er der Thätigkeit verdächtig erscheint. Außerdem wurde noch ein Vootmann mit einem Freund zusammen in der letzten Nacht festgenommen. Aus den aufgefundenen Papierschmügeln wurde an Ort und Stelle ein Name zusammengestellt, der auf einen Vootmann hindeutete. Nun wurde nach den 148 Jahrgängen, die am Tage nach der That durchgesehen und nach Spandau, Charlottenburg und anderswohin weiter gefahren, teils auch in Berlin geblieben waren, gesucht. Dabei wurde ermittelt, daß ein Vootmann, der in Frage kommen konnte, dem Schiffsführer von dem am Reichstags-Ufer festgelegten Fahrzeug verschwunden war. Dieser wurde in einem Wirtshaus gefunden. Aber auch bezüglich seiner Person läßt sich noch kein bestimmtes Urteil abgeben. Die Gesamtlage ist demnach so, daß die kriminalistischen Nachforschungen noch mit allem Eifer fortgesetzt werden. Die Kriminalkommissare Behn und Danonowski leiten die Maßnahmen.

Ferner kam mitgeteilt werden, daß die Flecke, die der Steinlufschers Paul Buchmann am Beinleid, Unterarmleid und an einer Schürze hatte, allerdings von Menschenblut herrühren. Die Sache hat aber eine harmlose Aufklärung gefunden. An dem fraglichen Abend befand sich B. in einer Wirtshaus der Wesselsstraße. Er war fast sinnlos betrunken, wurde von Raibenbluten befallen und beunruhigte sich seine Kleidungsstücke. Man brachte ihn in eine Schenke, ernüchterte ihn etwas durch kaltes Wasser und wusch ihn ab. Am Freitag wachte er trotzdem nicht mehr, wo er gewesen war. Die Polizei hatte aber inzwischen dies Ergebnis herbeigeführt, so daß B. als Mörder der kleinen Waise nicht mehr in Betracht kommen kann. Ebenfalls wird läßt sich der Verdacht gegen die beiden auf Anordnung der Staatsanwaltschaft festgehaltenen Schmidt und Meppin aufrechterhalten. Diese drei Personen wurden bereits in Freiheit gesetzt. Es bleiben nur noch der Vootmann und sein Freund übrig; gegen diese beiden hat sich das Verdachtsmaterial bereits derart vermindert, daß ihre Entlassung noch am Freitagabend erwartet werden konnte. Die Nachforschungen nach dem wirklichen Thäter müssen also weiter betrieben werden, und dies geschieht ununterbrochen sowohl in Berlin, als auch nach außenwärts. Die Nachricht einiger Blätter, daß vom Kahn 43 am Nordufer eine Verhaftung vorgenommen wurde, beruht auf einem falschen Irrtum. Im Laufe des Freitags bis zum Spätnachmittag ist keine einzige Verhaftung in der Wardsache vorgefallen.

Vermißt wird seit Montagmittag der Rohrleger Bender aus der Kommandantenstr. 61. Derselbe ist Mitinhaber der Firma Bender u. Co. (Gas- und Wasserleitungs-Unternehmer). Alle Nachforschungen in Krankenhäusern, auf Rettungswachen etc. sind ergebnislos geblieben. Der Vermißte hatte ca. 300 M. Geld bei sich; man nimmt an, daß ihm ein Unfall zugefallen ist, denn irgend eine Ursache, etwa freiwillig aus dem Leben zu scheiden, lag nicht vor.

Schwer verunglückt ist gestern morgen der Arbeiter Hermann Unger, als er in der Baderei-Abteilung der Firma Siemens u. Halske in Charlottenburg eine Risse verlegen wollte. Hierbei fiel ein Stapel Ankerisen auf ihn und er mußte schwer an den Weinen verletzt in das Charlottenburger Krankenhaus gebracht werden. Unger ist verheiratet und Vater von zwei Kindern.

Zu dem Prozeß Geiger gegen Klinger hat, wie dem „Berliner Tageblatt“ aus Leipzig gemeldet wird, der Vertreter des Prof. Geiger beantragt, die Vernehmung der Frau Meyer, die Zeugnis über die von ihr an Geiger gemachte Schenkung ablegen soll, vor dem Berliner Amtsgericht und nicht in Freiburg vorzunehmen, da die Krankheit der Frau Meyer von ihm angezweifelt wird.

Vom Juge überfahren. Der 17-jährige Stredemarbeiter Edwin Reunig aus Friedrichsberg wurde gestern, während er in Stralau-Rummelsburg bei einer Wochstation arbeitete, von der Lokomotive eines Stadtbahnzuges auf der Strecke Stralau-Rummelsburg-Treptow erfaßt. Er geriet unter die Räder und erlitt so schwere Verletzungen, daß er eine halbe Stunde nach seiner Entlassung ins Krankenhaus dortselbst starb.

Als gefährlicher Fahrradmörder hat sich der 20 Jahre alte Hausdiener Karl Tschirner entpuppt, der jüngst in Berlin bei einem Einbruchsdiebstahl festgenommen wurde. Er trug dabei eine Litwaka. Als der Steglitzer Polizeikommissar Hoffmann in Steglitz dies erfuhr, erinnerte er sich, daß ihm jüngst gemeldet worden war, ein Fahrradliebhaber, den man noch auf der Fucht nach dem Diebstahl

gesehen hatte, habe die Uniform eines Postunterbeamten getragen. Der Beamte kombinierte, daß jemand, der in Uniform ein Lokal betritt, um ein Rad zu stellen, dies bei weitem unauffälliger thun kann, als ein anderer Gast, da man in einem Beamten so leicht keinen Radfahrer argwöhnen wird. Er forschte in Zehlendorf, Wannsee, Brunowald und Nachbarorten nach, stellte alle Einzelheiten der dort vorgekommenen Diebstahlsfälle fest und kam schließlich zu vollen Verfassung seines Verdachtes. Das Ergebnis seiner Nachforschungen ist folgendes: Der in Berlin festgenommene ist Tschirner, der bis zum Mai bei dem Kaufmann Tschirner in Zehlendorf in Stellung war, er hat die meisten Raddiebstahle, welche in den letzten Monaten aus den westlichen Vororten gemeldet wurden, ausgeführt, indem er die Litwaka eines Postunterbeamten trug. Bei der Veräußerung der Räder ist ihm nach seinem Geständnis der jetzt in Ebersfeld weilende Kommissar Glaser, der ebenfalls bei Tschirner-Zehlendorf in Stellung war, beihilflich gewesen.

Eine langgeachtete Schlafstelenbierin, Namens Anna Strauch aus Pilsnitz bei Legnitz, auf deren Konto zahlreiche Strafthaten entfallen, und die schon oft mit dem Gefängnis Bekanntschaft gemacht hat, wurde jetzt wieder von der Kriminalpolizei gefaßt. Sie tritt als Porträtmalerin auf und hat eine Vorliebe für solche Zimmer, die von Witwen abvermietet werden. Bei dem Scheinmieten besaß sie sich stets bittler über die letzte unbrauchbare Wohnung. Wenn sie dann später fortgeht, um ihre Ausrüstung zu holen, vernimmt die jetzmalige Vermieterin Versuchen aller möglichen Art. Ihre Verhaftung gelang anlässlich eines solchen Diebstahls in der Elbstrasse.

Beim Feuerwerk verbrannt wurde auf einem „Fohertestest“ die acht Jahre alte Tochter Martha der Witwe Heim, Pioniersplatz 12. Das Festest wurde auf dem Hofe des Hauses Pioniersplatz 48 von den Bewohnern, einem langjährigen Brauch gemäß, veranstaltet; ohne Feuerwerk geht eine solche Festlichkeit nicht ab. Bei der geringen Ausdehnung des Festplatzes spritzten brennende Körper umher und trafen Martha Heim am linken Ohr. Ein Teil des Ohrs ist förmlich verlohrt, die Mutter wandte aber nur Hausmittel dagegen an. In der Gemeindefabrik 171 wurde gestern der gefährliche Zustand erkannt, und der Direktor schickte das Mädchen nach der Rettungswache III in der Kasanienallee.

Ein großer Dachstuhlbrand wütete Freitagnachmittag 5 Uhr in der Mittenwalderstraße 6. Das im Uebergange aus-gefallene Feuer verbreitete sich in kurzer Zeit über sämtliche mit Hausat und Brennmaterial angefüllte Bodenkommerzien, so daß die Feuerwehre sofort mit Dampfstrahlen vorgehen mußte, um den gefährdeten Seitenstapel zu schützen. Es mußte eine Stunde lang mit vier Schlauchleitungen Wasser gegeben werden, um die Flammen zu erlöchen. Der Dachstuhl wurde vollständig zerstört. Ueber die Entstehungsurache ist nichts ermittelt. Die Aufräumungsarbeiten beschäftigten die Wehr noch Stundenlang am Brandplatz.

Einen Schönheitswettbewerb, verbunden mit gymnastischen Kampfspiele, hält der Deutsche Verein für vernünftige Lebensweise am Sonntagnachmittag 3 Uhr im Licht-Luft-Sportbad am Kurfürstendamm ab. Das Preisrichteramt haben Künstler und Gelehrte übernommen.

Arbeiter-Sängerbund. Bei dem Sängerefest sind folgende Gegenstände gefunden worden: 2 Damenhüte, 1 Traning, 1 Taschentuch und 2 Rämme. Die Eigentümer können diese Sachen bei S. Käthebusch, Grandenzerstraße 4, abholen. Ebenfalls ist noch ein Capes verloren gegangen, welches der Finder an dieser Stelle abgeben wolle.

Aus den Nachbarorten.

Stralau. Morgen Sonntag findet die Generalversammlung des Wahlvereins bei Gursch, Alt-Stralau 5, statt. Tagesordnung: 1. Kasienbericht. 2. Wahl der Delegierten zur Kreisversammlung. 3. Verschiedenes.

Charlottenburg. Der Konsumverein verhandelte in seiner Generalversammlung am 14. August über den Anschluß an die vereinigte Berliner Konsumgenossenschaft. Es wurde mitgeteilt, daß die Vereine Berlin-Süd, Berlin-Nord und Schönberg sich bereits zusammengeschlossen haben resp. direkt vor dem Zusammenschluß stehen. Der möglichst rasche Anschluß Charlottenburgs wurde als erwünscht bezeichnet; doch warnte Kieß, Vorstandsmittglied von Berlin-Nord, vor einem zu raschen Tempo der Verschmelzung, denn die Verwaltung muß sich auch erst in den vergrößerten Geschäftsbetrieb — sie hat es jetzt bereits mit 13 Verkaufsstellen zu thun — hineinleben. Auch können nicht ohne weiteres schlecht gehende Geschäftsstellen in den centralisierten Verein für Berlin und Umgebung aufgenommen werden; man müsse einen monatlichen Mindestumsatz von 4500 M. für jede Geschäftsstelle verlangen. Vermutlich wird der Anschluß Charlottenburgs am Schlusse dieses Geschäftsjahres — es schließt am 14. Oktober — noch nicht Wirklichkeit werden, hoffentlich aber im nächsten Jahre; bis dahin wird auch der Norden Charlottenburgs stärker bebaut und näher an Moabit herangerückt sein, und ebenso wird die vereinigte Genossenschaft „Berlin und Umgebung“ wohl von Schönberg her über Wilmerdorf an Charlottenburg heranzuwachen.

Der Umsatz des Konsumvereins betrug im ersten Lager (Wilmerdorferstraße) bisher 50 270 M. gegen 46 000 M. in der gleichen Zeit des Vorjahres, das zweite Lager (nördlich der Spree) hatte bis jetzt 28 160 M. Umsatz und das erst seit 6 1/2 Monaten bestehende dritte Lager (Spandauer Viertel) 19 305 M. Für die beiden neuen Verkaufsstellen müssen die Mitglieder noch einen regeren Eifer zur Heranziehung weiterer Genossen einflößen.

Eine Reuerung hat der Verein in Bezug auf die Kohlenlieferung geschlossen: eine Kohlenparaffie. Es werden Kohlen zu 7,10 M., 7,40 M. und 8 M. das Tausend geliefert; weil nun die meisten Mitglieder nicht in der Lage sind, im Oktober mit einem Male mehrere Hundert oder Tausend Kohlen abzunehmen, können sie schon jetzt zu jeder Zeit Kohlenmengen in Beträgen von 50 Pf. an in Empfang nehmen; die Lieferung kann nach Wunsch im Oktober stattfinden.

In ganzen zeigt sich in der Genossenschaft ein regeres Leben als früher, es werden Versuche mit der Einführung neuer Waren vorgenommen, der Umsatz ist in erfreulicher, wenn auch noch nicht sehr erheblicher Wachsen begriffen, die Mitglieder erkennen, daß die Konkurrenz der Rabatmarken-Geschäfte für das laufende Publikum nicht nützlich sein kann, sondern die Waren entweder verteuern oder verschlechtern muß. Dazu kommt die weiter greifende Erkenntnis, daß die Mitglieder auch innerlich zusammengehören, indem sie nicht nur einen Vorteil von einigen Pfennigen erstreben, sondern durch den Ausbau der genossenschaftlichen Einrichtungen einen wirkungsvollen Einfluß auf die Arbeitsverhältnisse gewinnen wollen. Auf dem Stiftungsfest der Genossenschaft, das am 7. September im Volkshaus gefeiert wird, werden die Mitglieder dieser Stimmung auch deutlichen Ausdruck geben.

In Granzow ist in der Person des 56 Jahre alten Manners W. Mand ein Falschmünzer festgenommen worden. Viele falsche Silber- und Nickelmünzen, sowie Platten und Werkzeuge wurden beschlagnahmt.

Gerichts-Beitrag.

Ein großer Prozeß wegen Landfriedensbruchs wurde gestern vor der 1. Ferien-Strafkammer des Landgerichts I verhandelt. Es befanden sich 25 Angeklagte aus Friedrichsberg auf der Anklagebank und eine große Anzahl Zeugen sind vernommen worden. Die Verhandlung findet in kleinen Schwurgerichtssaal statt. Es handelt sich um den Anwalt, der am Abend des 1. August v. J. vor dem Hagelstein Hauke, Rummelsburgerstr. 54, zu Friedrichsberg stattfand. Die Gemüthskünderin und Maurer-Gehilfin Haase, welche bereits am 6. März d. J. vom Schwurgericht des Landgerichts II wegen Landfriedensbruchs zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, lebte mit dem Vermieter in Reinickendorf. Sie wurde am Vormittag des 31. Juli ermittelt. Als sie sich mit ihren Sachen auf der Straße befand, erregte sie durch ihr Jammer und Klagen

das Mitleid der Nachbarn; es sammelte sich eine Menschenmenge an, welche für sie Vortel nahm und sich in Drohungen gegen den Hauswirt erging. Es kam bei dieser Gelegenheit aber nicht zu weiteren Ausschreitungen. Tagegen sammelte sich am Abend des folgenden Tages wiederum eine größere Menschenmenge vor dem Hause an. Frau Haase erzählte wiederum ihr Leiden und es währte nicht lange, bis die Menge ein regelrechtes Stein-Bombardement auf das Haus eröffnete. Das Gebäude wurde arg verwüstet, fast keine Scheibe blieb ganz und auch die Fensterrahmen wurden zumest zerstört. Auch die Möbel in den Stuben erlitten erheblichen Schaden. Es sind später in den Stuben nicht weniger als 35 schwere Steine aufgefunden worden. Frau Haase hatte während des Bombardements die Menge durch die Rufe „Feste, feste!“ angefeuert. Die Gendarmen hatten Mühe, die Aufstörer zu zerstreuen, es mußten viele Verhaftungen vorgenommen werden. Die Angeklagten befinden sich zumest noch im Alter von unter 12 Jahren, sonst würde die Sache vor die Geschworenen gekommen sein.

Durch die Beweisaufnahme konnte nicht festgestellt werden, daß vierzehn der Angeklagten sich direkt an dem Tumult beteiligt hatten. Diese mußten freigesprochen werden. Die übrigen Angeklagten wurden verurteilt, die jüngsten mit einem Verweis, ein Teil von ihnen mit je 14 Tagen, die am schwersten Belasteten mit 3 Monaten Gefängnis. Die Strafen wurden durch die erlittene Untersuchungsfrist für verhöht erachtet.

Der seltsame Fall, daß eine Angeklagte um eine Zuchthausstrafe anstatt um eine Gefängnisstrafe bat, ereignete sich gestern vor der ersten Ferien-Strafkammer des Landgerichts I. Die unverschämte Martha Lange, welche zur Zeit in Weeslau eine dreijährige Gefängnisstrafe wegen Betruges verbüßt, war nach hier transportiert worden, weil sie auch in Berlin verschiedene Schwindereien begangen. Als der Staatsanwalt eine Zusatzstrafe von sechs Monaten Gefängnis gegen sie beantragte, brach die Angeklagte in heftiges Weinen aus und bat den Gerichtshof flehentlich um Umwandlung ihrer ganzen Strafe in eine Zuchthausstrafe, damit ihr dadurch schneller die Freiheit wiedergegeben werde. Sie habe die Absicht, nach Verbüßung der Strafe ein ordentliches Mädchen zu werden, sich eine Nähmaschine anzuschaffen und sich durch ihrer Hände Arbeit ehrlich zu ernähren. Der Gerichtshof war nicht in der Lage, die Bitte der Angeklagten erfüllen zu können. Es wurde nach dem Antrage des Staatsanwalts erkannt.

Versammlungen.

Der Socialdemokratische Verein des 5. Berliner Reichstags-Wahlkreises hielt am Donnerstag in den Johanniskäfen seine ordentliche Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden 45 neue Mitglieder aufgenommen. Im Bericht des Vorstandes bemerkte der Vorsitzende Zucht, daß eine besonders hervorzuhebende Thätigkeit im letzten Quartal nicht eintrat worden sei. Es haben 2 Generalversammlungen und 4 Vorstandssitzungen stattgefunden; in letzteren habe man sich unter anderem auch mit der von verschiedenen Genossen gewünschten Errichtung einer Parteipredigt beschäftigt, die Sache jedoch bis auf weiteres zurückgestellt. Ferner hat der Vorstand mehrfach zur Lokalfrage Stellung genommen. Da in diesem Kreise ein Mangel an größeren Versammlungslökalen herrsche, der Oekonom des „Handwerkerloales“ aber kontraktlich verpflichtet sei, denselben für socialdemokratische Versammlungen nicht herzugeben, so will der Vorstand beim freisinnigen Handwerkerverein vorstellig werden, den Oekonom von dieser Klausel zu entbinden. Um den Mitgliedern das Auffinden der Sitzstellen zu erleichtern, sollen bei allen parteifreundlichen Geschäftslökalen Plakate angebracht werden, auf denen die einzelnen Sitzstellen verzeichnet sind; auch sollen demnach die neuen Vereinsstatuten zur Ausgabe gelangen. Die Mitgliederzahl ist etwas gestiegen, sie erreicht gegenwärtig die Ziffer 778. — Den Kasienbericht gibt Liepmann. Demnach belaufen sich die Gesamteinnahmen auf 2224,20 M., die höchste Summe, die der Verein in einem Quartal bis jetzt erzielt hat. Die Ausgabe betrug 1767,74 M., so daß ein Kasienbestand von 456,55 M. verbleibt. An den Vorleitvorstand wurden 600 M. und an die Agitationskommission der Provinz 312 M. abgeliefert. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. — Hierauf folgen die Berichte der Vereinstenente, der Lokal-, Preis- und Agitationskommission. Friedländer bemerkt, die wichtigsten Verhandlungen und Beschlüsse der Provinzkommission würden demnach offiziell im „Vorwärts“ veröffentlicht werden. — Koyke führte aus, bei der Wahl der Delegierten zur Provinzial-Konferenz möge man die zu wählenden Genossen anweisen, dort entschieden die Rechte der Agitationskommission gegenüber den Forderungen der Provinz-Wahlkreise zu vertreten. Wenn Berlin immer ohne weiteres von der Provinz als melkende Kuh betrachtet werde, so müsse es auch bei der Agitation ein Wortchen mitzureden haben. Eine umfangreiche Debatte entspann sich bei dem Punkte: „Wie gestalten wir in Zukunft die Agitation im fünften Kreise?“ Sämtliche Redner betonten, es sei eine Ehrenpflicht der Genossen, alles aufzubieten, um das bei der vorigen Wahl verloren gegangene Reichstags-Mandat wieder zu erobern. Unter den praktischen Vorschlägen, die Agitation im Kreise zu beleben und den Ausbau der politischen Organisation zu fördern, fand derjenige, Abteilungsversammlungen abzuhalten und Besprechungen in kleinen Circeln herbeizuführen, allgemeine Billigung.

Die Arbeiterinnen behandelt werden. Am 13. d. M. fand in den Germania-Sälen eine von ca. 2000 Arbeitern und Arbeiterinnen der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft besuchte Versammlung statt, in der Scheffler vom Deutschen Metallarbeiter-Verein über die in den Betrieben der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft vorhandenen Mißstände referierte. Redner führte etwa folgendes aus: Das Bestreben der Direktion geht dahin, durch Einsetzen von weiblichen Arbeitskräften recht billig zu produzieren, so daß z. B. Arbeiter, die früher von Wechtern, Schäffern etc. angefertigt wurden, jetzt von Arbeiterinnen angefertigt werden. Die dabei von den Arbeiterinnen erzielten Verdienste sind teilweise sehr geringe, z. B. sind Wochenverdienste von 3, 4, 5, 6 Mark keine Seltenheit; davon gehen noch Beträge von 1,50 bis 2,00 für verbrauchte Rohrer und teilweise sehr hohe Strafen ab. Auch geht das Bestreben der Direktion dahin, durch Anstellen von guten Aufpassern, Antreiber, Meister genannt, die Löhne der Arbeiter zu drücken. Mehrere Meister, die es mit ihrer Ehre nicht vereinbaren konnten, solche unerhörte Lohnrückfälle zu treiben, haben bereits aufgehört. Die Zustände in der Fabrik Schlegelstraße, in der hauptsächlich Arbeiterinnen mit der Glühlampen-Fabrikation beschäftigt sind, spotten jeder Beschreibung. Von den Meistern werden die Arbeiterinnen: alle Kränze, Sänen, Sande etc. tüftelt. Verschiedene Kränze sind überhaupt nicht wiederzugeben. Beim Auffinden der Meisterei müssen die Arbeiterinnen die Zeit notieren, wann sie weggehen. Donert er den Meistern zu lange, dann geben sie ungeniert nach den Meistern, um die Arbeiterinnen zu haken; das zu lange Ausbleiben wird mit 25 und 50 Pf. bestraft. Ein Meister, der einer Arbeiterin schamlose Anträge mehrmals vergebens gemacht hatte, entließ den Bräutigam dieser Arbeiterin, der in derselben Abteilung arbeitete, während der Vortreffende krank war. Es wurde auch dieser Fall der Direktion unterbreitet, der Meister befindet sich aber immer noch in seiner Stellung. Die Arbeiterinnen müssen oft halbe Tage lang auf Arbeit warten, dürfen die Fabrik aber nicht verlassen, können sich aber während dieser Zeit mit Häkeln und Stricken beschäftigen. Zeitung lesen und sprechen kostet 50 Pfennig Strafe. Die Direktion, die bei jeder Gelegenheit mit ihren Wohlthaten prahlt, stellt ihren Arbeitern und Arbeiterinnen nicht einmal einen genügenden Speiseraum zur Verfügung. Die in der Kellerstraße Arbeitenden müssen ihr Mittagbrot in Wind und Wetter auf dem in der Nähe befindlichen Gartenplatz einnehmen. Nach einem Appell des Referenten an die Anwesenden, sich der Organisation anzuschließen, wurde die Versammlung geschlossen.

Ausgewählte Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. (G. d. B. Hamburg.) Mitgliederversammlungen haben am Samstagabend 9 Uhr: Bönke Berlin 3, bei Bergner, Reichsbergerstr. 157. — Bönke Berlin 4, bei Metzow, Rindowstr. 25.

Centralverein der Bildhauer Deutschlands.
Dienstag, den 19. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause,
Engel-Hof 15 (Saal I):

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Vink über: „Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung“.
2. Abstimung über den Antrag des Centralvorstandes betreffend Einberufung einer General-Versammlung im nächsten Jahr (zur Regelung der Beiträge und des Unterstützungswesens). 3. Bericht: Angelegenheiten.
4. Verschiedenes.
Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen, wegen der bedeutenden Wichtigkeit sämtlicher Punkte der Tages-Ordnung.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand.

Achtung! Bauanschläger. Achtung!

Sonntag, den 17. August, vormittags 10 Uhr, bei Hagen:
**Versammlung der Vereine der Bauanschläger
Charlottenburgs und Berlin Norden.**
Tages-Ordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Beratung der Verbandsstatuten. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

**Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter
und Arbeiterinnen Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)**

Sonntag, den 17. August, nachmittags 4 Uhr, bei Wittwe Thomas,
Eichbornstraße, Ecke Augusta Victoria-Allee:
**Öffentliche Versammlung
für Reinickendorf und Umgegend.**
Tages-Ordnung:
1. Vortrag der Kollegin H. Kiesel über: „Warum organisieren wir uns?“
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zahlreiches Besuch erwartet
NB. Nach Schluss der Versammlung: Gemütl. Beisammensitzen (Tanzt.).
Der Vorstand.

Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 18. August, abends 8 1/2 Uhr,
Andreasstr. 26:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Stadtvorordneten Th. Meiner über: Die gewerkschaftliche Organisation in der Möbelindustrie. 2. Diskussion. 3. Wie stellen sich die Kollegen zu der Handlungsweise des Möbelpolierers Otto Schöpfung. 4. Verschiedenes.
146/18

Vereine!

In **Scheruchs Festsälen, Rüdersdorferstr. 45,**
sind Sonnabende und Sonntage Säle von 50 bis 2000 Personen zu haben.
Bereitszimmer in jeder Größe stehen den geehrten Vereinen zur Verfügung.
Albert Scheruch.
Zu dem am Sonnabend, den 16. August, stattfindenden
Sommerfest 1453b
beranfollet von den Vereinen Männerquartett Union, Tornow und Harmonia, ladet alle Freunde und Gönner ein
Das Komitee.

Charlottenburger Volkshaus, Rosinenstr. 3.

Morgen Sonntag: 1455b
Gr. humoristischer Abend
arrangiert von Berthold Schröder. — Konzertkapelle: Max Rißcher.
Konzert — Gesang — Lebende Bilder.
Während der Vorstellung im unteren Saal und nach der Vorstellung im oberen Saal **Tanz.** Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

Jede Uhr

zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens
nur **1 Mk. 50 Pf.**, außer Bruch, kleine Reparaturen billiger.
Großes Lager in Uhren, Goldwaren, Ketten zu erkannlich billigen Preisen.
Zufahrt-Verkehr, 900 gest., 1 1/2 Dutzend 15,50, 2 Dutzend 20,50.
Für sämtliche Waren schriftliche Garantie. Eßt Rathenower Brücken,
Pincener, Operngläser. 45098*

T. Stolz, Chausseestr. 78, P. Stolz, Badstr. 57.

„Pferdebucht“, Restaurant b. Köpenick.

Empfehle mein albetanntes, in herrlichem Landwalde gelegenes Lokal den geehrten Gesellschaften und Vereinen zu Ausflügen und Landpartien.
Sommerwohnen mit und ohne Pension. Grobhartige Brombeeren.
100 Morgen Spielplätze. 5000 Sitzplätze. Knüppelung für 80 Pferde.
Gute und berühmte Küche. — Es ladet zum Besuch freundlichst ein
40368* **Wilhelm Bräsewitz, Besitzer.**

Freie Volksbühne.

I. Serie, 1./2. Abteilung: Sonntag, den 31. August,
nachmittags 2 1/2 Uhr, im Metropol-Theater:
John Gabriel Borkmann.
Schauspiel in 4 Aufzügen von Henrik Ibsen.
Inszeniert vom Direktor Adolf Steinhart.

Die Mitgliedskarten für die Saison 1902/3 müssen aus den Zahlstellen abgeholt werden
Der August-Beitrag ist laut Statut bis spätestens zum 30. August zu entrichten, da nach diesem Termine die Mitgliedskarten, die nicht abgeholt worden, anderweitig an neue Mitglieder vergeben werden.

Die Mitglieder werden dringend ersucht, die in den Zahlstellen ausliegenden Fragebogen betreffs obligatorischer Einführung des Bühnenscheffes etc. auszufüllen.

Achtung! Mitglieder, die als Ordner fungieren wollen, können sich für die neuen Abteilungen beim Kassierer schriftlich melden.

Geschäftsleute

werden besonders auf den Inseratenteil unserer Monatschrift aufmerksam gemacht. Bestellungen sind direkt an untenstehende Adresse zu richten. 229/18
Der Vorstand.
I. A.: G. Winkler, Rixdorf, Kirchhofstr. 46, II.

„Jägerhäuschen“ Saatkübel

Am Spandauer Schiffsfahrkanal. Inh.: Heinrich Hoppe
empfehle Vereinen, Gesellschaften und Fabriken sein am Wald und Wasser gelegenes Lokal mit 3000 Sitzplätzen, herrlichem Naturgarten und großem Tanzsaal zum geselligen Besuch. Für Kremler-Partien besonders geeignet. Knüppelung für 150 Pferde. Bestellungen werden auch in meinem alten Geschäft Berlin, Allee-Str. 21 angenommen.
47372* **Heinrich Hoppe.**

Kutekes
BESTE NAHRUNG FÜR
gesunde & darmkranke Kinder
Kindermehl

Gebrüder Bell, Gräfrath 23 bei Solingen. **Zeltes Fabrikverwandhaus am Plähe, gegründet 1876.**

14 Tage zur Probe mit 5 Jahren Garantie
verfassen wie franco Messer Nr. 64, genau wie Zeichnung, aus Silberstahl, fein behauener, fertig zum Gebrauch, mit halbrunder, leicht zu öffnender Klinge. Größter Verzicht ist in angesehener Ansehen. — Sollte aufgeführtes Messer Ihren Wünschen entsprechen, so verlange man neudruckte Preisliste.
für das Jahr 1902 ganz umsonst und portofrei ohne Kaufpreis. Letzte enthält große Auswahl in Rasiermessern, Kastrations-, Daarmalshaken, Taschen-, Tafelmessern und Gabeln, Damen-, Haar- und Schneidermessern, Rasen- oder Gartenmesser, Sägen, Sägemessern, Beil-, Schlicht-, Gemütle-, Hack- und Wiegemessern, Ähren, Ähren- u. Halmmesser, Weiden-, Ringen, Hartmetall-, Pfeifen-, Schaber-, Feinmesser, Feinmesser, Feinmesser, Schaber- und Schrauber-, Weidwerkzeuge und sonstige Schneid- und Handhaltungsinstrumente etc. etc.
Von aufgeführtem Rasiermesser wurden von uns circa 40,000 Stück in kurzer Zeit versandt.



Mehr wie ein Stück verdienen nur gegen Nachnahme. — bitten genau auf unsere Firma zu achten.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort 5 Pfennig.
Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vorortblätter bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Reuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Edelkaffee, langjähriges einträgliches Geschäft, große Wohnung, billige Miete, schöner Garten. Umständlicher preiswert abzugeben. Mars, Kottbus-allee 96. 462*

Leppiche mit Gardenteilern Fabrikniederlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. 457*

Herrnenanzüge, feine Stoffe, welche von der Saison zurückgelassen, fertige nach Maß von 25,00 an. B. Benschlowy, Schneidermeister, Alexanderstraße 14a, I. 12212*

Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinen Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21, II. 12428*

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stroh 35 Pfennig, bessere Sachen enorm billig. Gussfabrik, Compotstr. Kaiserstraße 25A, früher Sammlerstraße 4 und 5. Sonntags geöffnet. 11072*

Leppiche (schlechte) in allen Größen (für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Gabelstr. 14/15, Bahnhofs-Platz. 119,5*

Sportbillig Leppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Regulatoren, Repetieruhren, Verbands-Neanderstraße 8. Teilaufnahmen gestattet. *

Versteuern, Fund von 45 Pf. an, erst kürzlich Wandbrennmaschinen Fund 1,90. Fabriklager Landsberger-allee 37, I. 1206K*

Neuerheits vorrätig Gutgeschalt. Goldbrennmaschine 61. 12492*

Ausbaumöbel, ganzes Wohnzimmer, wie neu, sportbillig verkauft. Gartenstraße 148 I links. 4153*

Zähne billig. Stuhl- und Bett-Verkauf 4. 1043b*

Rähmaschinen ohne Anzahlung, Model 1,00, vermietet gemietet 12,00. Röhrenstraße 60/61, Landwehrerstraße 82, I. 491*

Versäufene Uhren, goldene Uhren, Ringe und andre Goldsachen, Ketten jeder Art, sauber und schön, werden preisbillig verkauft. Alfred Gold und Silber wird gekauft und in Zahlung genommen in der Plandstraße Prinzenstraße 28, I. Ecke Ritterstraße. 1386b*

Rähmaschinen ohne Anzahlung, Romanbrennmaschine 15. 33/2*

Gänse! Gänse! Enten! leben auf dem Central-Viehhof zum Verkauf, gegenüber Felderhauser Allee 101, Weißbier-Verkauf. 33/4*

Steppdecken billig, Fabrik-Größe, Kranzstraße 9, parterre. 457*

Tischlerei-Verkauf, 60 Quadratmeter, Möbelbau, mit reichlichen Vorräten, bis Oktober unterverlet. Wert 1000 Mark, Preis 700 Mark. Auskunft Kaiser Wilhelmstraße 16 im Gartenversteher. 462*

Alkohol, weiche, und Aquarium verkauft Preiswunder, Siedingstr. 4. *

Herrnenanzüge verkauft Preis, Kleiderbergstraße 31. Auskunft Sonntags vormittags. 1461b

Materialwaren, Obd und Gemälde fränkischer Halber sofort billig zu verkaufen Koppenhagenstraße 6. *

Fahrrad verkauft Pinnow, Weberstraße 10. 44

Polierlappen, Pfund 40 Pf., sauber, verkauft Handlich-Verleth, Institut Kottbus, Spandauer-allee 47/48, Fernsprecher 1 3014.

Rähmaschinen, Fahrräder, gebräunte, ungeliebte, ausschließlich hochqualitative Fabrikate, Kleiderauswahl, unglaublich billig. Pfandloshaus, Segebergstraße zwanzig. 1447b

Kretschke 8,00, Rege Dreyer 4,00, Maulschellen, Schindelhänder, Schneide, Große Frankfurterstraße 13.

Restaurant, Fabrikverwand, 1000 Mark, verkauft Ederstraße 18. *

Wegen Verzug noch außerhalb eine ganze Wirtschaft zu verkaufen, gleichzeitig eine Tischlerei mit zwei Hobelbänken zu übernehmen. Schöneberg, Kottbusstraße 23, Dehler. *

Anzüge, elegant, wenig getragen, auch neue zurückgelehrt, sportbillig. Schneidermeister Hirschenstr., Rosenhakenstraße 15, III. *

Zahnarzt, Tagesklinik 50 Pf., wegen Übernahme eines Grundstücks billig zu verkaufen. Postgasse, Mittelstraße 22, vorn III. rechts. 4115

Reformtoilette, Damen- und Kinderkleider fertig nach Maß bei billigen Preisen. Garantie für tadelloser Sitz. Frau Kruschwitz, Mobilien, Ramlersstraße 32. 1458b

Rechtsbureau Fabrik, Andreasstraße dreizehn, Rechtsbills, Eingabengeld, Raterteilung 1383b*

Unfallkassen, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Puffer, Steglitzerstraße 65. 898*

Fahrradantau, Kayloff, Schönbauer-allee 103a. 119,8*

Metallbruch aller Art, Kauf Braderstr., Oppenstraße 19. 74*

Wirtschaft! Wer sich über diese rechtliche Grundausfertigung unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Wirtwirtschaft, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Verkehrsverein, Königgrätzerstraße 108, um gültigen Abdruck wird gegeben. 101b*

Kostenfreie jahrgängliche Behandlung, Zahnärztliche Poliklinik, Chausseestraße 1a. 1207R*

Garehonorar habe eröffnet, Wilford, Regelmäßigen sowie Verordnungen, bis 100 Personen fassend, empfehle Parteinamen für geselligen Vergnügen. Karl Schmidt, Wittkoderstr. 18. 1425b

Rosenthalerstraße 57, Ein Zimmer, passend zum Arbeiter-Radweil-Bureau, und große Vereinszimmer sind nach einig Tage zu vergeben. August Jablonka. 1413b

Vereinszimmer, 40 Personen, frei. Theiner, Neue Friedrichstraße 20. 1281b*

Vereinszimmer, Kaufeld, Marthstraße 47. 1413b

Nehme hiermit die Beleidigung gegen Frau Woldemar zurück und erkläre sie für anständig. Frau Rauwolf, Saal, 400 Personen fassend, am 13. September ca. und 31. Januar 1903 zu vergeben. Herzog, Remerstraße 67. 1452b

Gehelbungs, Unfallkassen, Straßensachen! Raterteilung! Lintestraße 36. Auch Sonntags. 1456b

Ein schwarzes Damen-Jackett ist am Sonntag in Meinet Volksgarten verloren gegangen. Dasselbe ist bei Adam, Falkenstraße 31, abzugeben. 1457b

Rechtsbureau, Prozeßbeihand, Eingabengeld, Raterteilung. Jall, Brunnenstraße vierzig. 1460b

Vermietungen.

Zimmer.

Balkonzimmer, gut möbliert, für 1 oder 2 Herren, vermietet Wilm Jacoby, Rotbergerstraße 26, vorn III.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Jubiläer Buchdrucker, 41 Jahre, welcher nur Invalidenrente bezieht, sucht leichte Beschäftigung jeder Art. Seher, Oranienstraße 200 bei Friedlich.

Buchdrucker-Jubiläer, 35, schriftgewandt, guter Rechner, sucht Beschäftigung bei bescheidenen Ansprüchen. Walter, Fischerstraße 12.

Blinder Stuhlrechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigen Preisen geschlochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Mulackstraße 27, II. Wäfer.

Kochfrau sucht Stellung, in welcher Brande gleich. Kasper, Straußenerstraße 38, Hof III. 1459b

Stellenangebote.

Bader für Goldschmied zur Aufhilfe gesucht. Ralchig, Engeliner.

Wamsfeld auf Jackett verlangt Weile, Baderstraße 22. 1446b

Achtung! Bauarbeiter. Achtung!

Wegen Differenzen ist der Bezug nach Köpenick, Kaiser Wilhelmstraße, Unternehmer Sabelat, fernzuhalten. 43/8

Herner machen wir darauf aufmerksam, daß auf dem Bau (Krankenhaus) Roßbitt, Turmstraße, Unternehmer Schwanke, die Steinträgerarbeiten 50 Pf. unter dem Tarif ausgeführt werden.

Die Lohnkommission: Karl Holdmann.

Schirmnäherinnen finden dauernde Beschäftigung. Drecks, Oranienstraße 172. 1444b

Karton-Arbeiterinnen, geübt, dauernde Beschäftigung bei Greifenhagen, Stallweberstraße 58. 33/7*

Am Arbeitsmarkt durch beidernden Druck hervorgehobene Anzeigen können 10 Pf. pro Seite

Achtung! Holzarbeiter.

In der Holzschleiferei von E. Schira, Weidenleue, Königshausen 74, laden sämtliche Arbeiter wegen Lohnhöherungen die Arbeit niedergelegt.

Zugung ist streng fernzuhalten. Die Eröberverwaltung. 87/7*

Achtung! Holzarbeiter!

Geprüft und folgende Werkstätten für Tischler, Einleger, Maschinenarbeiter und Polierer:
H. Schulz, Rantstr. 18/19.
Gmüsel, Weidenleue, 33.
Kündel u. Friedrichsen, Poststr. 43.
Kündel u. Friedrichsen, Poststr. 59.
Herdinand Wolf, Waldemarstr. 27 und Verbanen-Weil 6.
Vogel u. Engbrecht, Weidenleue.
Wolz u. Braunmann, Holzmarktstr. 11.
Die Eröberverwaltung.